Nr. 44. 22. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 21. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der handelspolitische Stand in Oesterreich.

Aus Wien wird uns vom 19. Februar geschrieben:

Der Zollausschuß im österreichischen Abgeordnetenhaus hat vorige Woche den autonomen Zolltarif-Entwurf erledigt. Das scheint seltsam: denn wenn Oesterreich in der Lage war, zwei neue Handelsverträge mit Italien und dem Deutschen Reiche abzuschließen, so muß doch auch der Tarif, die Grundlage der internationalen Vereinbarungen, längst beschlossen sein. Dem ist aber nicht so; tatsächlich sind die Verhandlungen mit den zwei Staaten nur auf der Basis des Tarifentwurfes geführt worden; der Entwurf selbst ist aber weder in Oesterreich noch in Ungarn zur Gesetzwerdung gediehen. Er ist bisher nur von den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses erledigt worden, aber wann er sowohl in Wien als in Budapest ins Plenum gelangt, ist noch lange nicht abzusehen.

Der komplizierte Sachverhalt ist der folgende: Die Vereinbarungen über den neuen Ausgleich sind zwischen den beiden Regieungen — der österreichischen des Herrn von Koerber und der ungarischen des Herrn von Szell, die inzwischen beide das Zeitliche gesegnet haben — an dem berühmten Silvester des Jahres 1902 geschlossen worden. Dieser Ausgleich enthielt, was die Handelspolitik betrifft, zwei miteinander untrennbar verknüpfte Dinge: das Zoll- und Handelsbündnis zwischen Oesterreich und Ungarn, wodurch die Gemeinsamkeit des Zollgebietes bis zum Jahre 1915 verbürgt wird, und den Entwurf des für dieses gemeinsame Zollgebiet geltenden autonomen Zolltarifes. Zurzeit besteht zwischen den beiden Ländern ein Zollbündnis nicht; es ist infolge der österreichischen Wirren nicht zustande gekommen, sondern als Surrogat ist die sogenannte selbständige Regelung — die jeder Staat für sich selbst verfügt und die identische Verfügung bei dem andern zur Voraussetzung und Bedingung macht — vorgenommen worden, wodurch die Gemeinsamkeit des Zollgebietes bis zum Jahre 1907 festgesetzt ist.

Es sind nun in Hinsicht dieser Gemeinsamkeit jedoch — theoretisch — folgende Fälle möglich: erstens, daß das neue Zoll- und Handelsbündnis überhaupt nicht zustande kommt, indem entweder Ungarn oder Oesterreich die Gemeinsamkeit über den letzten verbürgten Termin, also über 1907, nicht erstrecken wollen; zweitens, daß die betreffenden Vorlagen wohl nicht abgelehnt, aber auch nicht beschlossen, daß sie nämlich obstruiert werden, was in Oesterreich, trotz dem glühenden Arbeitseifer, den das Parlament im Augenblick entfaltet, nicht unmöglich ist; drittens, daß die neue Mehrheit in Ungarn wohl die Zollgemeinsamkeit bis Ende 1915 akzeptiert, aber es ablehnt, ein Bündnis zu beschließen, vielmehr in der Form die Selbständigkeit Ungarns gewahrt sehen will.

Was wird nun eintreten? Der erste Fall, der indirekt auf die Lösung des wirtschaftlichen Dualismus innerhalb drei Jahren hinauslaufen würde, ist nach der Sachlage am unmöglichsten; abgesehen davon, daß sich die Krone auf das Experiment nicht einlassen würde, daß die zwei schon abgeschlossenen Verträge hemmend im Wege stehen, streiten dagegen die wirtschaftlichen Interessen beider Staaten so stark, daß davon überhaupt nicht zu reden ist. Vielmehr kann man als bestimmt annehmen, daß die Zollgemeinschaft bis Ende 1915 in irgend einer Form festgesetzt werden wird, auch das gemeinsame Zollgebiet, „das Vertragsobjekt", wie Graf Posadowsky jüngst sagte, für die (allerdings kürzeste) Dauer des Handelsvertrages mit Deutschland aufrecht bleiben wird. Allerdings ist es möglich, daß diese Gemeinsamkeit nur materiell gesichert, der Form nach aufgelöst wird — was übrigens auch jetzt der Fall ist; denn jede selbständige Regelung setzt formell für jeden Staat die Freiheit voraus, und so erklärt auch das betreffende ungarische Gesetz vom Jahre 1898, daß Ungarn „in den Zustand des selbständigen Zollgebietes getreten" ist.

Würde in Oesterreich die Obstruktion ausbrechen, so wäre die Sache am einfachsten. Das klingt bizarr, aber es beruht auf folgender Erwägung: So lange die Unabhängigkeitspartei in der Opposition war, hat sie allerdings jenem Paragraph des 1867er Ausgleiches, der erklärt, daß Ungarn nur mit der konstitutionellen Vertretung Oesterreichs in Berührung treten kann, die größte Bedeutung beigelegt und einen Ausgleich, der in Oesterreich mit dem § 14 zustande kommt, als der verfassungsmäßigen Legitimität entbehrend entschieden abgelehnt. Aber jetzt wird sie den Ausgleich, nämlich das Bündnis, nicht mehr beschließen, den „Zustand" des selbständigen Zollgebietes nicht mehr verlassen wollen, die Selbständigkeit wenigstens in der Form genießen wollen. Wird nun das österreichische Parlament arbeitsstark, so wird die Sache schwierig, denn es ist nicht abzusehen, wie ihm die ungarische Schrulle plausibel gemacht werden soll; ist es aber obstruiert, so ergiebt sich die Logik der selbständigen Regelung von selbst.

Nach den parlamentarischen Verhältnissen der Parlamente ist es ausgeschlossen, daß Tarif und Vertrag, die man in Oesterreich wie in Ungarn zusammen erledigen wird, ins Plenum etwa schon im Frühjahr gelangen könnten. Der entscheidende Zeitpunkt für die dualistische Gemeinsamkeit für die Handelsverträge und in Oesterreich auch für das weitere Leben des Abgeordnetenhauses wird also der Herbst werden. Mit der Eventualität, daß in einem der Parlamente der Vertrag mit Deutschland aus sachlichen Gründen abgelehnt oder abgeändert werden würde, ist leider nicht zu rechnen; die Aussichtslosigkeit einer solchen Abänderung lähmt auch die Agrarier der beiden Parlamente, obwohl sie von der Frucht des deutschen Lebensmittelwuchers natürlich nicht entzückt sind.

Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 17. Februar. (Eig. Ber.) Jetzt erwarten alle die Berufung des Semski-Sobor, d. h. eine unter archäologischem Deckmantel durchgeführte Fälschung einer Volksvertretung. Es wird angenommen, daß die Regierung zuerst dem Sobor die Frage über Krieg oder Frieden vorlegen und die durch künstliche Mittel gefälschte Volksvertretung die rührendste Harmonie mit der Regierung zeigen wird.

Sotworin-Vater, der allbekannte Leiter der infamen „Notwoje Wremja", betreibt jetzt, offenbar im Auftrage der Zaristen, eine großartige Preßkampagne zugunsten einer „Volks"vertretung altertümlicher Art, die auf dem Standesprinzip aufgebaut werden soll. Reiche Großgrundbesitzer, reiche Kaufleute und konservative Großbauern sollen diese Vertretung bilden. Der Trumpf, den die Regierung ausspielen will, ist das **konservative und selbstsüchtige Großbauerntum**, das aus den Blutsaugern des Dorfes, aus den Wucherern und bäuerlichen Dorftyrannen besteht und sich auf der Grundlage der allgemeinen Aushungerung des russischen Volkes besonders stark entwickelt hat. Die Romanows wollen nach allen ihren Gewalttaten zuletzt das Volk durch die Parodie einer Vertretung betrügen.

Die Petersburger Arbeiter sind jetzt in politischer Richtung stark erregt. An die Stelle Gapons sind jetzt Vertreter der sozialdemokratischen Parteien getreten.

Von den früher verhafteten Schriftstellern sind noch nicht freigelassen: 1. Maxim Gorki, 2. der Stadtverordnete Rechtsanwalt Kedrin, der viele Jahre der Hauptredner der „jungen Partei" in der Duma war, 3. Peschechonoff, einer der besten Mitarbeiter der radikalen Zeitschrift „Rußkoje Bogatstwo" und der Zeitung „Raschi Dni". Bei Kedrin wurde ein von Gorkis Hand geschriebenes Konzept eines Aufrufs gefunden, und das war alles. Wirkliche Beweise gegen Kedrin liegen nicht vor.

Gorki spricht mit den Gendarmen, welche die Untersuchung leiten, in einer höchst mutigen und schneidenden Weise. Während eines Verhörs sagte er den Gendarmen: **„Es ist bekannt, daß ich öfters in der Gesellschaft von Vagabunden, Lastträgern und Schmugglern gewesen bin, aber in einer solchen schlechten Gesellschaft bin ich nie gewesen."**

Der Schriftsteller Strojeff ist jetzt auch verhaftet worden. Er schrieb in der „Rußkaja Gazeta", einem kleinen Blatt, das für die Arbeiter bestimmt ist und in deren Kreisen sehr beliebt ist. Die Artikel in diesem Blatte sind kurz, klar, populär, aber auch sehr inhaltsvoll und tüchtig. Der literarische Teil, die Chronik der lokalen Ereignisse und die Gerichtschronik sind so redigiert, daß sie die Lage der Volksmasse grell beleuchten. Die beste Kraft dieses Blattes war der jetzt verhaftete Strojeff. Er ist ein talentvoller Mann, der sich für die Besserung der Lage der Volksmassen lebhaft interessiert, aber der eigentlichen Revolutionsbewegung vollständig fremd ist.

* * *

Die Mörderhorde.

Aus Petersburg wird gemeldet:

Amtliche Berichte bestätigen die Massen-Hinrichtungen in Warschau auf Anordnung des Gouverneurs Tschertkow. 150 Arbeiterführer seien Donnerstag an eine Mauer gestellt worden und durch mehrere Salven einer Militärabteilung getötet worden, ohne daß vorher ein Richterspruch gegen sie ergangen wäre.

Und wenn die ganze in Rußland herrschende Verbrecher-Kamorra vom Erdboden ausgetilgt würde, sie könnten diese Bestialitäten nicht sühnen.

* * *

Sergius-Panik.

Der Schrecken unter den tapferen Männern des Absolutismus ist so groß, daß man sogar verzichtet, die Leiche des Großfürsten mit allem Pomp zu begraben; sie bleibt vorläufig im Tschudow-Kloster. Erst im Mai soll in Petersburg die Beisetzung erfolgen. Allerdings gibt es eigentlich nichts mehr, was man beisetzen könnte. Denn die revolutionären Bomben sind gnädiger und barmherziger als die, welche durch sie beseitigt werden; sie martern nicht zu Tode, sondern schaffen im Augenblick eine schmerzlose und restlose Vernichtung; sie tilgen vollkommen aus!

Ueber die Stimmnng in Petersburg wird dem „Tag" telegraphiert:

„Eine unbeschreibliche Unruhe hat sich der ganzen Bevölkerung bemächtigt. Wer halbwegs in der Lage ist, kehrt jetzt Rußland den Rücken, um im Auslande die weitere Entwickelung der Dinge abzuwarten. Der Handel stockt vollständig. Das gesellschaftliche Leben fließt wie unter einem schweren Druck dahin."

Zur Totenfeier für Sergius wollen übrigens einige deutsche Fürstlichkeiten nach Moskau reisen; die höfische Sitte hat doch auch ihre schweren Kalamitäten. Auch das preußische Regiment, das zur Trauer aus konventionellen Rücksichten genötigt ist, wird nicht gerade mit angenehmen Gefühlen durch öffentliche Schaustellung aller Welt gegenüber behaupten, daß es über einen Sergius trauert. Es erging nämlich eine Kabinettsorder an das Ulanen-Regiment Kaiser Alexander II., dessen Chef Sergius war, in der es heißt:

„Um das Andenken des aus dem Leben geschiedenen Großfürsten Sergius Alexandrowitsch zu ehren, bestimme ich hierdurch, daß die Offiziere des Ulanen-Regiments Nr. 3 acht Tage Trauer anlegen. Außerdem hat eine Abordnung des Regiments, bestehend aus dem Kommandeur, einem Rittmeister und einem Leutnant, an den Beisetzungsfeierlichkeiten teil zu nehmen."

Die Kabinettsorder ist an das Kriegsministerium gerichtet und wird von diesem dem Auftrag gemäß zur Kenntnis der Armee gebracht.

* * *

Internationale Kundgebungen zum Moskauer Attentat.

Das Attentat, welches gegen den Großfürsten Sergius begangen wurde, wird fast von der gesamten internationalen Presse aufgefaßt als die Vollstreckung eines Todesurteils an einem Verbrecher, als eine geradezu erlösende Tat, welche kommen mußte. Die Zeitungen vom Schlage der „Post" und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" finden nur einige wenige Sekundanten in **Frankreich**. Und zwar sind es vor allem der **„Figaro"** und der **„Gaulois"**, welche ihre Russenfreundlichkeit und ihren Schmerz über den Tod des vielfachen Verbrechers Sergius in die Worte höchster Entrüstung kleiden. Der „Eclair" begeht die Albernheit, in diesem Attentat die Hand der Rivalen Rußlands zu erblicken. Dagegen erblickt die **„Lanterne"** in dem Attentat die Antwort auf die fürchterliche Unterdrückung und Repression, die seit einem Monat in Rußland herrscht. Die **„Humanité"** sagt:

„Derjenige, der heute stirbt, ist nicht nur ein Verbrecher, unheilvollen und verderblichen Geistes, sondern die revolutionäre Bombe hat die hauptsächlichste Stütze des Zarentums vernichtet. Die Revolution hat ein sicheres und gerechtes Ziel."

Im übrigen hofft die „Humanité", daß die Ereignisse von Moskau den letzten Widerstand des Zaren gegenüber der Volksbewegung besiegen werden.

Der „Siècle" erklärt, daß durch das Attentat niemand überrascht sein könne. In Rußland sind die Gesetze aufgehoben, die Regierung ist ersetzt durch die Gewaltherrschaft, die Opposition kann sich nur durch Dynamit Gehör verschaffen.

Die „Aurore" schreibt:

„Ein Verbrecher ist gerichtet. Wenn ein Gleiches durch die Entfaltung des offiziellen Justizapparates geschieht, dann sagt man, die Gerechtigkeit hat gewaltet; wird aber das Urteil durch ein rächendes Volksgericht vollzogen, dann verlangt man die Verdammung einer solchen Tat."

In ähnlicher Weise äußern sich alle links-liberalen und radikalen Blätter.

Francis de Pressensé verlangt in einem zweiten Artikel der „Humanité" die Ablehnung jeder Solidarität und der Komplizität der Republik mit dem im Todeskampfe liegenden Zarentum. Vor allem fordert er die **Beseitigung des skandalösen Zustandes**, daß in Paris (wie in Berlin) **russische Polizeispitzel** ihr unsauberes Gewerbe frei und unter dem Schutze der Regierung ausüben dürfen. Die persönliche Unantastbarkeit müsse den russischen Emigranten in der französischen Republik unter allen Umständen gewährleistet werden.

Die **englische** Presse äußert sich ebenfalls beinahe einstimmig dahin, daß das Attentat eine **Antwort auf die Metzeleien** vor dem Winterpalais in Petersburg sei.

Die **„Norddeutsche Allgemeine Zeitung"** aber setzt in ihrer Sonntagsnummer ihre infame Sergius-Politik fort. Sie schreibt:

„Die ruchlose Mordtat in Moskau, der der Großfürst Sergius, Oheim des Kaisers Nikolaus, zum Opfer gefallen ist, drängt im Augenblick die übrigen russischen Vorgänge in den Hintergrund. Bis zum Beweis der Irrigkeit unserer Auffassung halten wir an der Ueberzeugung fest, daß dieses Verbrechen mit der Arbeiterbewegung in Rußland nur insofern ursächlich zusammenhängt, als anarchistische Elemente sich die allgemeine Erregung zunutze zu machen suchen, daß aber die Ziele dieser Elemente ganz andere sind als jene der Arbeiter. Bezeichnend für die Leiter unserer Sozialdemokratie ist die Tatsache, daß der „Vorwärts" ein Jubelgeheul erhebt über die neueste Tat anarchistischer Mordbuben, mit denen er sonst theoretisch jede Gemeinschaft zu leugnen beflissen ist. In dem Bewußtsein der eigenen Sicherheit bestreben sich die Inspiratoren des sozialdemokratischen Zentralorgans, durch brutale Aufreizung neue Bluttaten in Rußland hervorzurufen, und verraten mit ihrem Gebaren abermals, daß ihnen die Interessen des Anarchismus viel näher stehen als die Interessen der Arbeiter, deren sie sich als Deckmantel bedienen. Durch Bombenwerfer ist noch niemals der Weg zur Freiheit gebahnt worden; einer derartigen „Aktion" pflegt meistens die Reaktion auf dem Fuße zu folgen. . . Kaiser Nikolaus II. und seine Berater haben sich durch die betrübenden Vorgänge vom 22. Januar und durch die im russischen Weichselgebiet vorgekommenen Auflehnungen gegen die Staatsgewalt nicht beirren lassen in dem Bemühen, eine zeitgemäße Umgestaltung der reformbedürftigen Institutionen ins Werk zu setzen."

Man könnte der Haltung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" mildernde Umstände bewilligen, wenn dies Blatt so zart besaitet wäre, daß es prinzipiell vor jedem Blutvergießen zurückschaudert. Als offizielle Vertreterin aber einer Politik, deren letzte und erste Waffe die Gewalt ist, die ostasiatische Kreuzzüge wie südwestafrikanische Greuel verteidigt und verherrlicht, ist sie natürlich nicht von so empfindsamem Gemüt. Geradezu widerwärtig aber ist die schamlose Sympathie-Erklärung mit Verbrechern des russischen Zarismus, weil dasselbe preußische Regierungsblatt über ruchlose Mordtaten zetert, das die Vorgänge vom 22. Januar geradezu in Schutz genommen hat und auch jetzt nur noch sich herbeiläßt, sie „betrübend" zu finden. Ja, das Regierungsblatt bringt es sogar fertig, die verantwortlichen Verbrecher dieser Volksmetzelei zu preisen, daß sie trotzdem nicht den Mut verloren haben, unermüdlich an der Reformierung des russischen Volkes zu arbeiten. Das Blatt meint damit die Papiergauneréien, die man jetzt in den russischen Bureaukraten-Stuben ausarbeitet.

Wenn aber die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sich sogar vermißt, die russischen Revolutionäre über die Zweckmäßigkeit ihrer Taktik zu belehren, so wird sie mit diesen Bemühungen ein verständnisvolles Gelächter ernten. Es ist sehr komisch, daß die „Norddeutsche Allg. Ztg." so sehr um die russische Reform besorgt ist, daß sie von den Bomben eine Stärkung der Reaktion befürchtet! So viel wir wissen, ist die „Nordd. Allg. Ztg." bezahlt, eine Politik zu treiben und zu vertreten, welche das äußerste an Stärkung der Reaktion bedeutet. Wenn also die Moskauer Bombe geeignet wäre, die Reaktion zu fördern, so sollte man meinen, daß für das deutsche Regierungsorgan die Förderung dieses willkommenen und ersehnten Zieles doch **einen Sergius wert ist.** Dann

müßte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ allerdings in erster Linie die Bombe segnen. Es scheint aber, daß sie doch nicht so sehr sicher ist, daß die Notwehrakte der russischen Revolutionäre geeignet seien, der „Norddeutschen Allgemeinen“-Politik zu nützen.

* * *

„Die zeitgemäße Umgestaltung der reformbedürftigen Institutionen“

nennt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den papiernen Reformschwindel, ohne zu ahnen, wie sehr sie durch diese Huldigung die deutsche, ähnlich benamste, offizielle Reformpolitik kompromittiert.

Auch heute liegen wieder lange Telegramme derart vor. Es ist zwecklos und langweilig, sie auch nur zu erwähnen; es werden wieder entweder neue „Komitees“ für irgend welche Untersuchungen eingesetzt oder die alten „Komitees“ geben Lebenszeichen von sich. Aus all' diesen papiernen Täuschungs-Versuchen geht nur hervor, daß der Zarismus an keine Reformen denkt, weil er wohl weiß, daß dieses System keine ernsthaften Reformen verträgt!

* * *

Die Ausstandsbewegung.

Moskau, 18. Februar. Heute sind hier sämtliche **Apothekergehülfen** in Ausstand getreten; sie verlangen siebenstündige Arbeitszeit und Gehaltserhöhung. In einigen Apotheken wurden die Forderungen bewilligt und daher dort der Betrieb am Abend wieder aufgenommen.

Die Verwaltung der **Windau-Rybinsk-Eisenbahn** hat eine Kundgebung erlassen, in der sie den Angestellten Besserung ihrer materiellen Lage zusichert, sie aber auffordert, die Arbeit wieder aufzunehmen; wer sich dessen weigere, werde entlassen.

Moskau, 19. Februar. Angestellte der Verwaltung der **Moskau-Kasan-Eisenbahn** haben eine Petition beschlossen, in der auch die Wiederaufnahme der ausständigen Telegraphisten gefordert wird. Wenn die aufgestellten Forderungen bis zum 21. Februar nicht erfüllt werden, wollen **sämtliche Bahnbeamte Moskaus** und der hier einmündenden Linien in **Ausstand treten. Der Eisenbahnverkehr zwischen Windau und Moskau ist eingestellt.**

Warschau, 18. Februar. Heute traten die **Angestellten einiger Banken** in den Ausstand.

Warschau, 20. Februar. Die Angestellten der **Apotheken haben** die Arbeit wieder aufgenommen, da ihre Forderungen bewilligt worden sind; dagegen haben die Apothekergehülfen in **Lodz** die Arbeit eingestellt. Die Beamten sämtlicher Warschauer **Banken** haben Forderungen aufgestellt; werden diese nicht binnen acht Tagen erfüllt, wollen sie in den **Ausstand treten.**

Baku, 19. Februar. Heute mittag erfolgte auf dem Schiffsanlegeplatz bei Bibi-Eibat auf einer Naphtabarke eine **Explosion.** Fünf benachbarte Barken gerieten in Brand, ebenso der Anlegeplatz. Gegen zwanzig Menschen sollen umgekommen sein.

Saratow, 20. Februar. Sämtliche **Mühlenarbeiter** haben die Arbeit wieder niedergelegt. Sie haben wirtschaftliche Forderungen erhoben.

Kiew, 20. Februar. Bei der Verwaltung der **Südwesteisenbahn** hat ein Ausstand begonnen.

Charkow, 20. Februar. Die Arbeiter der **Tabakfabriken** sind in den Ausstand getreten. Man erwartet dasselbe von den Arbeitern der **Staatsbahn.**

Batum, 20. Februar. Der **Ausstand der Setzer verschärft sich.** In einer Werkstätte wurden mit militärischer Hülfe Verhaftungen einiger Arbeiter vorgenommen.

Suchum-Kale (Gouvernement Kutais), 18. Februar. Letzte Nacht bewarf eine aus etwa 500 Handlungsgehülfen und Arbeitern bestehende Menge die Wohnung eines Mannes, den sie im Verdacht der politischen Angeberei hatte, mit Steinen. Die Ruhestörer widersetzten sich der Polizei, die gegen sie einschritt, mit Revolvern und anderen Waffen. Ein Polizist wurde getötet und zwei schwer verletzt; auch wurde ein Arbeiter getötet und zwei verwundet.

* * *

Unterdrückte Zeitungen.

Petersburg, 19. Februar. Die Blätter „Naschi Dni“ und „Naschi Schisn“ sind zum drittenmal verwarnt und müssen auf drei Monate ihr Erscheinen einstellen.

* * *

Der Kampf der Schüler.

Warschau, 20. Februar. Bei allen hiesigen Gymnasien sind Polizeimannschaften aufgestellt. Bei einigen steht auch Militär. Die **Polizei verhaftete Schüler** der höheren Klassen, welche Schüler der unteren am Schulbesuch zu verhindern versuchten.

Warschau, 19. Februar. Heute vormittag wurde mit Genehmigung der Verwaltung eine Versammlung der Eltern und Vormünder der Mittelschüler abgehalten zur Klarstellung der Frage, ob **polnische Schulen** einzuführen seien. Die Versammlung, die von etwa 1500 Personen besucht war, nahm folgende Resolution an: Es empfiehlt sich **die Schule nicht vor dem neuen Schuljahr wiederzueröffnen** und eine den nationalen Wünschen entsprechende Reform der Schulen anzustreben. Der Kurator des Warschauer Schulbezirks hat eingewilligt, das Gesuch um Hinausschiebung der Wiedereröffnung der Schulen dem Minister zu unterbreiten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Februar.

Die große Schafschere.

Für jede Position etwa eine Zehntel Sekunde Bedenkzeit, so peitschte in toller Karrikatur ernster Gesetzgebungsarbeit die Zollwuchermehrheit die sieben Handelsverträge im Reichstage durch die zweite Lesung. Eine Sitzung hatten die Anhänger der lex Kardorff und des Zollwuchers der Minderheit gnädig zur Beratung der Verträge konzediert, die auf ein Jahrzehnt hinaus über das Wohl und Wehe der deutschen Volkswirtschaft entscheiden sollen. Unsere Fraktion beteiligte sich an dieser Entwürdigung des Reichstages nicht. In kurzen Worten erklärte Genosse Scheidemann, daß angesichts dieser Sachlage alles Reden für die Katz' sei. An die Klage der freisinnigen Redner über den hohen russischen Zoll auf Schafscheren knüpfte er das treffende Wort, daß man die Schafscheren eben im Lande behalten müsse, um die misera plebs gehörig zugunsten der Agrarier zu scheren und kennzeichnete erschöpfend die ganzen Handelsverträge als eine große Schafschere, mit der den deutschen Industrie-Arbeitern und den deutschen Kleinbauern die Wolle vom Fell heruntergeschoren werden sollte.

Auch die Freisinnigen verzichteten bald darauf, einer Mehrheit, die nichts mehr hören wollte, nutzlose Klagen über die schwere Schädigung wichtiger deutscher Industriezweige vorzutragen. Von der freisinnigen Vereinigung nagelten die Abgg. Gothein und Dr. Potthoff die Farce der Kommissionsberatung fest, in der ohne jedes Material und ohne sachliche Begründung die Verträge im Ramsch erledigt worden waren, den Schwindel, den die Regierung durch die Veröffentlichungen in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ mit dem Inhalt der Handelsverträge getrieben hatte, und den sie durch die gewollte Unübersichtlichkeit der dem Reichstag gemachten Vorlagen fortsetzte.

Dann überließ man der Zollwuchermehrheit und der ihr angeschlossenen freisinnigen Volkspartei das Feld. Jetzt wo der Erntewagen vollbepackt mit Liebesgaben für die Landwirtschaft dicht vor den Scheunen steht, wagen es Zentrum und Nationalliberale nicht mehr, die Komödie vom gerechten Ausgleich weiter zu spielen. Die Abgg. Dr. Semler, Dr. Lucas und Wallau von den Nationalliberalen, der Abg. Osel für das Zentrum, gestanden ganz offen, **daß man die Industrie aufs schwerste geschädigt, die süddeutschen Bauern und den Kleinbetrieb übers Ohr gehauen habe.** Aber die Konsequenz aus dieser Erkenntnis durch Ablehnung der Handelsverträge zu ziehen, wie Genosse Singer ihnen vorschlug, lehnen sie natürlich ab. Sie vertrösten die Industrie auf spätere Liebesgaben; das heißt, daß man den industriellen Unternehmern auf Kosten ihrer Arbeiter gelegentlich Vorteile auf anderen Gebieten zuwenden will.

Die Abstimmungen waren so eingerichtet, daß die Freisinnigen ihr Gewissen salvieren und doch für die Handelsverträge stimmen konnten. In namentlichen Abstimmungen lehnten sie die grundlegenden Paragraphen des deutsch-österreichischen und deutsch-russischen Handelsvertrages ab und gaben im übrigen dem „nationalen Werk“ auch ihren „freihändlerischen“ Segen. Für den Handelsvertrag mit Belgien stimmte sogar geschlossen die ganze freisinnige Vereinigung. So blieb unsere Fraktion die einzige, die während der ganzen Zolltariflämpfe entschlossen den Zollwucherplänen Widerstand geleistet hat.

Die dritte Lesung der Handelsverträge soll am Mittwoch vorgenommen werden. Am Dienstag ist auf Antrag unserer Fraktion Schwerinstag. Zur Verhandlung kommen unsere Anträge auf Errichtung von Arbeiterkammern und eines Reichs-Arbeitsamts. —

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Das preußische Abgeordnetenhaus beriet am Montag in zweiter Lesung den Etat des Finanzministeriums. In diesem Etat finden sich die bekannten Korruptionsfonds, die zur angeblichen Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken dienen sollen. Der Dispositionsfonds der Oberpräsidenten zur Förderung und Befestigung des Deutschtums in den Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen sowie im Regierungsbezirk Oppeln und den nördlichen Kreisen der Provinz Schleswig-Holstein ist von $1^1/_2$ auf $2^1/_4$ Millionen erhöht worden, und auch der Fonds zu widerruflichen, nicht pensionsfähigen Gehaltszulagen an die in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen angestellten mittleren Kanzlei- und Unterbeamten sowie zu widerruflichen Zulagen für die in diesen Landesteilen angestellt gewesenen und dort verbleibenden Beamten dieser Kategorien weist eine beträchtliche Erhöhung auf.

Wie alljährlich, so rief auch in diesem Jahre wieder die Beratung der genannten Positionen eine Polendebatte hervor. Es ist immer das gleiche Bild: polnische Abgeordnete bringen bestimmte Beschwerden vor, der Finanzminister, sekundiert von nationalliberalen Polenfressern, hält als Erwiderung, ohne auf Einzelheiten einzugehen, eine Kriegervereinsrede, und das begeisterte Haus bewilligt in Hurrastimmung alles, was die Regierung verlangt. Komisch ist es nur, daß die Minister trotz der großen Aufwendungen im Kampfe gegen die Polen jedes Jahr ein weiteres Zurückdringen des Deutschtums in den Ostmarken konstatieren müssen.

Im weiteren Verlauf der Debatte hielt der nationalliberale Großindustrielle v. Eynern programmäßig seine Rede, in der er vor einer stärkeren Heranziehung der großen Einkommen zur Steuer über 4 Proz. hinaus wie überhaupt vor einer weiteren Belastung des Besitzes warnt. Mit seiner Behauptung, daß die besitzenden Klassen, wenn sie zu hoch besteuert werden, in Gemeinden mit niedrigen Kommunalzuschlägen ziehen, hat er zweifellos recht. Wir nehmen von dieser Charakteristik der Besitzenden durch einen Mann aus ihren eigenen Reihen mit Genugtuung Kenntnis.

Die Debatte drehte sich weiter um die Belastung der großen Städte, wie Berlin, durch die Polizeikosten, und um die Besitzverhältnisse des Berliner Tiergartens.

Die Forderung einer neuen Regierung in Allenstein wurde zwecks schriftlicher Berichterstattung an die Kommission zurückverwiesen.

Am Dienstag beginnt die zweite Beratung des Kultusetats.

* * *

Deutsches Reich.

Dr. Philadelphiae. Es wird berichtet:

„Ein amerikanischer Doktortitel soll dem Kaiser Wilhelm verliehen werden. Die **Universität Pennsylvaniens** will dem Kaiser zur Wiederkehr des Geburtstages Washingtons am 22. Februar den Titel eines Ehrendoktors der Rechte verleihen und ebenso dem Präsidenten Roosevelt. Der Kaiser hat sich bereit erklärt, diesen Doktortitel anzunehmen und den deutschen Botschafter in Washington angewiesen, das Diplom für ihn in Empfang zu nehmen. Diese Bereitwilligkeit des Kaisers wird in New York aufgefaßt als ein weiterer Beweis der freundlichen Gesinnung Kaiser Wilhelms gegenüber den Vereinigten Staaten.“

Der amerikanische Doktortitel hatte bisher in der preußischen Wissenschaft den denkbar übelsten Ruf. Durchaus verfehmt galt insbesondere gerade das in Philadelphia, der Universitätsstadt von Pennsylvanien, erworbene Doktordiplom. Wer sich bisher bei uns als Dr. phil. bezeichnete, weil er in Philadelphia seine Examina bestanden, wurde von der preußischen Behörde gehindert, sich den Schein des vollwertigen Titels eines Dr. phil. zuzulegen. Es erfolgte polizeiliche Strafe, und so wurde die amerikanische Minderwertigkeit ausgerottet.

Nachdem jetzt der Kaiser — vielleicht als eine Gegengabe für die Sendung der Alten Fritzen-Statue — den Philadelphischen Doktortitel angeboten erhielt und annahm, wird ihm die Ebenbürtigkeit nicht länger bestritten werden dürfen. —

Ueber das Ergebnis des Bergarbeiterstreiks

sagt die „Gleichheit“ in einem Artikel:

„Manchen mag die Frucht des schweren, opferreichen Ringens zwischen Kapital und Arbeit eine dürftige und teuer bezahlte dünken. Die gewaltige „Meuterei“ der Hörigen des Grubenkapitals gehört jedoch unseres Erachtens zu jenen Lebensäußerungen des kämpfenden Proletariats, von denen das Wort des „Kommunistischen Manifests“ gilt: „Ihr eigentliches Resultat ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter“. Und so betrachtet, erscheint der Kampf der Bergarbeiter von einschneidender Bedeutung.“

* * *

Die zweite Berggesetz-Novelle, die dem Schutze der Bergarbeiter gewidmet sein soll, soll nach einer hiesigen Korrespondenz spätestens in zwei Wochen dem Abgeordnetenhause zugehen.

* * *

Zur Novelle über das Zechenstillegen ist jetzt auch die Begründung erschienen. Sie beschränkt sich auf den Nachweis, daß die vorgeschlagenen neuen Bestimmungen zur Erreichung des angestrebten Zweckes — zwangsweiser Fortbetrieb eines rentablen Bergwerks im öffentlichen Interesse — geeignet sind.

* * *

Herr v. Rottenburg, den man wegen seines Sammelaufrufs für die streikenden Bergleute gern disziplinieren möchte, veröffentlicht in der „National-Zeitung“ einen Artikel, worin er seine Meinung über den Streik ausführlich darlegt. Herr v. Rottenburg nimmt darin ungefähr die Stellung unserer bürgerlichen Sozialreformer ein und wendet sich dementsprechend gegen die Unternehmer, insofern sie den Arbeitern die Gleichberechtigung und das Recht der Koalition bestreiten. Wenn auch der Artikel nur der nackten Sozialreform der Berlepsch und Franke das Wort redet und sogar von unerfüllbaren Forderungen der Bergarbeiter spricht, so berührt er doch immerhin sympathisch, indem er zeigt, daß der Verfasser vor der Drohung der Disziplinierung nicht ins Mauseloch kriecht.

Scharfmacher-Orthographie. Alle deutschen Blätter schreiben das Wort „ausständig“ mit g. Anders die „Kölnische Zeitung“. Sie schreibt stets von „ausständisch“ und „Ausständischen“; eine andere Schreibweise kennt sie nicht. Das Bülow-Organ will wohl mit dieser Schreibweise einen Anklang an Aufständische und aufständisch erzeugen, um auf diese Art darzutun, daß der Streik etwas dem Aufstand, der Revolution Verwandtes sei. Die „Kölnische Zeitung“ ist bekanntlich das anständigste Blatt der deutschen Presse! —

Die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums in der Praxis.

Vom Rhein wird uns geschrieben: Die Gemeinden Spandau, Frankfurt a. M., Hanau, Offenbach, Darmstadt, Mainz, Mannheim, Ludwigshafen, Stuttgart, Straßburg, Mülhausen i. E. und andere haben, fast überall auf sozialdemokratischen Antrag, zum Teil erhebliche Summen zur Unterstützung der Ruhrbergleute bewilligt. In Breslau, Bielefeld, Fürth und München ist der Antrag auf Unterstützung abgelehnt worden. Aber auch in diesen letzteren hat doch wenigstens ein Antrag vorgelegen. Man sollte meinen, daß das angeblich so arbeiterfreundliche Zentrum sich beeilt hätte, dort, wo es die Macht hat, nach dem Vorbild der anderen Städte ebenfalls die Unterstützung der Ruhrbergleute herbeizuführen. Die Städte Köln und Aachen, wo das Zentrum im Stadtrat die Mehrheit hat und die für mancherlei unnütze Sachen Geld ausgeben, haben aber weder etwas für die Bergleute bewilligt, noch hat jemand auch nur einen Antrag gestellt. Man fürchtet nämlich mit Recht, daß ein Teil der Zentrums-Stadtverordneten gegen die Unterstützung stimmen würden, wie es ja in Darmstadt und Ludwigshafen geschehen ist. —

Nicht genug geschrien. Nach Mitteilung der „D. T.“ hat im Leipziger nationalliberalen Vereine jüngst der sächsische Landtags-Abgeordnete Langhammer eine Rede gehalten, in der er unter anderm erzählte, Graf v. Posadowsky habe dem Geheimen Kommerzienrat Vogel vor kurzem bei einer Unterredung gesagt: **„Ja, warum haben denn die Industriellen nicht genug geschrien?“**

Die Leipziger Nationalliberalen nahmen den Scherz Posadowskys für Ernst. Sie wissen nicht, daß die Regierung, der Graf Posadowsky zugehört, niemals auf Schreier und Lärmmacher hört, sondern allein das Allgemeinwohl im Auge hat, da sie den Latifundienbesitz bereichert und die Industrie schädigt. —

Gegen die Handelsverträge hat die Krefelder Handelskammer Stellung genommen. In einem Bericht, den sie herausgibt, weist sie nach, daß die heimische Seidenindustrie durch die Handelsverträge sehr geschädigt sei. Dem Auslande sei die Einfuhr nach Deutschland durch Herabsetzung unseres Zolles auf ganz- und halbseidene Stoffe sehr erleichtert worden, während die Ausfuhr deutscher Fabrikate gar keine Erleichterung, sondern im Gegenteil viele schwere Neubelastungen erfahren habe. Besonders wären die Zollsätze in der Schweiz und in Oesterreich-Ungarn bedeutend erhöht worden. Die heimische Seidenindustrie wäre deshalb mit der österreichischen nicht mehr konkurrenzfähig, besonders wenn man noch in Betracht ziehe, daß die Löhne in Böhmen um ein Drittel niedriger als am Rhein seien. Hinzu komme die starke Erhöhung der Nahrungsmittel-Zölle, die eine Verteuerung der Lebenshaltung im Gefolge habe, so daß auch eine steigende Tendenz der Löhne im Auge behalten werden müßte. Alles in allem würden die Handelsverträge den Seidenfabrikanten sowie auch der betreffenden Arbeiterschaft schwere Opfer auferlegen.

Trotzdem stimmten die Vertreter des Handels, der Handelstag, den Verträgen zu! —

Menschendressur mit dem Seitengewehr. Wegen Mißhandlung eines Untergebenen in Verbindung mit rechtswidrigem Waffengebrauch, hatte sich der Unteroffizier Gottschalk der 10. Kompagnie Gardefüsilier-Regiments vor dem Kriegsgericht der I. Gardedivision zu verantworten. Am Sonntag, den 5. Februar, hatte Gottschalk die Mannschaften seiner Kompagnie zum Essenempfang antreten lassen. Da ihm die Leute nicht schnell genug auf sein Kommando liefen, jagte er alle Mann mehreremal in die Stuben zurück und wiederholte das Manöver des Antretens ebenso oft. Einer der Leute blieb jedoch auf dem Korridor vor der Stubentür stehen, um bei dem neu zu erwartenden Befehl des Antretens möglichst schnell an Ort und Stelle zu sein. Gottschalk sah dies und geriet hierüber in eine derartige Wut, daß er sich mit den Worten: **„Hund, ich steche Dich tot!“** auf den vor der Tür stehenden Mann, den Füsilier Konrad Beck stürzte, diesen am Hals packend und an die Wand drückend, das Seitengewehr zog, und durch einen Stich **in die Brust** verletzte. Der Angeklagte bestritt jede böse Absicht, er hätte in Erregung gehandelt, und versuchte den Vorfall so harmlos wie möglich darzustellen. Das Seitengewehr hätte er nicht besonders dazu gezogen, um den Mann zu stechen, sondern schon eine Zeitlang vorher. Dies wurde von dem gestochenen Beck vor Gericht bestimmt bestritten. Das Gericht nahm die ganze Sache noch harmloser auf, als Gottschalk sie darzustellen versucht hatte. Der militärische Verteidiger meinte, es handle sich nur um einen Scherz seitens des Angeklagten, im schlimmsten Falle aber nur um **ein übel angebrachtes Erziehungsmittel; gerade so wie man ein Pferd mit der Peitsche behandelt,** um Erfolge zu erzielen, hätte auch der Angeklagte das Seitengewehr gezogen. Das Gericht verurteilte diesen Menschendressierer zu ganzen **acht Tagen Mittelarrest,** mit der Begründung, daß es in der Säbelstecherei keine Mißhandlung, sondern nur vorschriftswidrige Behandlung Untergebener finde!

Thorn, 20. Februar. (Privattelegramm.) Für die in Aussicht stehende Reichstags-Nachwahl im Wahlkreise Thorn-Kulm-Briesen ist von sozialdemokratischer Seite Redakteur Morawski aus Kattowitz, der sich heute den Wählern vorstellte, als Kandidat aufgestellt. Die Polen halten an dem bisherigen Abgeordneten Redakteur Brejski fest. Die deutschen Parteien wollen einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen, worüber die Verhandlungen noch schweben.

Südwestafrikanische Verluste. Amtliche Telegramme aus Windhuk melden: Unteroffizier Hermann Hennig, geboren am 20. 9. 1881 zu Potsdam, früher im Feldartillerie-Regiment Nr. 56, bei einem feindlichen Ueberfall bei Arris am 9. Februar gefallen, Schuß in den Hals. Reiter der Landwehr Gustav Bräuer, geboren am 25. 11. 1876 zu Weißenfels, früher im Feldartillerie-Regiment Nr. 4, auf dem Marsche von Swakopmund nach Okahandja am 10. 2. 05 in Aukas infolge Unvorsichtigkeit eines Kameraden durch Schuß in die Brustseite schwer verwundet. Reiter Michael Paul, geboren am 28. Sep-

tember 1882 zu Oberseelbach, früher im Infanterie-Regiment Nr. 169, ist am 16. Februar 05 im Lazarett zu Windhuk an Typhus gestorben. —

Ausland.

Friedensgerüchte

tauchen wieder auf. Englische und amerikanische Blätter behaupten, daß ein russischer Ministerrat bereits sich in diesem Sinne entschieden habe.

Glaubwürdiger als diese Nachrichten sind Mitteilungen, daß in **der mandschurischen Armee** infolge der innerrussischen Vorgänge **revolutionäre Stimmungen** herrschen, auch die Offiziere sollen meutern. Jeder denkende Offizier muß sich allerdings sagen, es sei sinnlos für das Vaterland gegen die Japaner zu kämpfen, während die Volksgenossen dieses Vaterlandes durch diejenigen niedergemetzelt werden, in deren Namen man Krieg führt. Die russische Armee hat allerdings nichts mehr zu verteidigen — als den Sieg der Revolution.

Im übrigen liegen heute nur Nachrichten von kleineren Scharmützeln auf dem Kriegsschauplatz vor.

Tokio, 20. Februar. Aus dem Hauptquartier in der Mandschurei wird gemeldet: Die Russen ließen gestern eine Division gegenüber dem japanischen Zentrum nach dem linken Flügel vorrücken, ebenso gingen sie von Tashan aus vor; einige Abteilungen marschierten 15 Meilen in westlicher Richtung und machten bei Hangchiataitzu, 1¼ Meile nordwestlich von Wanchiakuantzu, Halt. Die Russen fuhren fort, Teile der japanischen Linien zu bombardieren. Am Sonnabend enthielten sich die **Japaner häufig der Erwiderung des Bombardements**, welches oft **vollkommen wirkungslos** war und nur eine **Verschwendung von Munition darstellte.**

Schweiz.

Die Züricher Regierung über die politische Polizei.

Zürich, 18. Februar. (Eig. Ber.) Der Züricher Regierung macht die im Kantonsrat bevorstehende Erörterung der Umtriebe der politischen Polizei so arge Pein, daß sie sich zu dem ganz ungewöhnlichen Schritt entschlossen hat, zu dem Bericht der kantonsrätlichen Kommission eine besondere Erklärung aufzustellen und sofort in der Presse zu veröffentlichen, um an den bewährten Sinn des staatserhaltenden Spießbürgertums zu appellieren und so gutes Wetter für sich zu machen. Dadurch soll die gründliche Abrechnung, die unsere Genossen mit der politischen Polizei, diesem Schandfleck der demokratischen Republik, vornehmen wollen, vereitelt werden; allein die so schlau angelegte Gegenmine der Regierung wird die erwartete Wirkung nicht haben.

Der Regierung liegen vor allem sehr schwer im Magen die „Schlüsse", zu denen die kantonsrätliche Kommission in ihrem Berichte gekommen ist und die jede Ueberwachung von Arbeitervereinen und -Versammlungen als unzulässig erklärt, ebenso die Auslieferung von Ausgewiesenen an die ausländische Polizei, die Verwendung von Privatpersonen zu polizeilichen Nachforschungen (Spitzeleien), den Verkehr des kantonalen Polizeikommandos mit fremden Konsulaten; sie fordert ferner von der Polizei vollständige Rechnungsführung über alle Einnahmen und Ausgaben. Diese Beschlüsse hat die Kommission einstimmig gefaßt. Die sozialdemokratischen Mitglieder derselben fordern außerdem noch die strenge Wahrung des unverletzlichen Postgeheimnisses, die Wahrung der persönlichen Freiheit und der Freiheit der Meinungsäußerung und endlich die entschiedene Ablehnung aller Zumutungen, welche diese Freiheiten beeinträchtigen könnten, mögen sie von welcher Seite immer gestellt werden. Diese „Schlüsse", sagt nun die Regierung in ihrem Versuche, den Kantonsrat zu bevormunden, können nur zu langen, unfruchtbaren Diskussionen führen und den Kantonsrat hindern, vorliegenden wichtigen und dringenden kantonalen Angelegenheiten die erforderliche Zeit zu widmen. Als ob die Verunmöglichung der schändlichen Umtriebe der politischen Polizei nicht geradezu die wichtigste und dringendste Angelegenheit wäre. Und dann versteckt sich die Regierung unter schmählicher Preisgabe der Rechte des Kantons hinter den Kompetenzen des Bundes, um sodann weiter alle „Schlüsse" der Kommission mit leeren Phrasen zurückzuweisen. Schließlich anerkennt sie, daß „Unrichtigkeiten" vorgekommen sind, aber die hat sich der entlassene Polizeihauptmann Rappold zuschulden kommen lassen. Mit diesen läppischen Phrasen will sich die Regierung und insbesondere die Justiz- und Polizeidirektion ihrer Verantwortung entziehen, und verlangt sie vom Kantonsrat, daß er die „Schlüsse" der Kommission ablehne.

Nun weiß man auch, was die „wichtige Sache" betraf, die kürzlich den Justiz- und Polizeidirektor Dr. Stössel in Bern festhielt, so daß er der Kantonsratssitzung nicht beiwohnen und in dieser die politische Polizei nicht behandelt werden konnte. Da haben Dr. Stössel, der Bundesrat Brenner als der eidgenössische Justiz- und Polizeidirektor und der Bundesanwalt Kronauer das seltsame Schriftstück verfaßt, das nun als Erklärung der Züricher Regierung den Kantonsrat davon abhalten soll, die Pestbeule der politischen Polizei zu öffnen und Heilung anzustreben. Die Sozialdemokraten sind fest entschlossen, diese neuen Umtriebe und Manöver der politischen Polizei und ihrer Protektoren energisch zurückzuweisen und sich Geltung zu verschaffen. —

Frankreich.

Paris, 20. Februar. Deputiertenkammer. Bei der Beratung des **Marinebudgets** fragt Chaumet (rad. Rep.) den Marineminister, welche Maßregeln er zur Verstärkung der französischen Marine zu ergreifen gedenke. Die Ausführung des Programms von 1900 sei zwei Jahre im Rückstande und werde erst im Jahre 1908 beendet sein. Man müsse daran denken, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten Japan nach Indochina zu drängen könnten und daß Indochina deshalb instand gesetzt werden müßte, sich verteidigen zu können. Deloncle (Rep.) fragt den Marineminister, welche Maßregel die Regierung zu treffen beabsichtige, um die Verteidigung Indochinas zur See zu vervollständigen. Redner betont die Notwendigkeit, das Geschwader im äußersten Osten zu verstärken. Man sollte Seeleute aus den Annamiten entnehmen und es müßten Flottenstützpunkte geschaffen werden, besonders in Haiphong; ferner müßte das Arsenal von Saigon vergrößert und die Vorräte an Kohlen und Lebensmitteln müßten vermehrt werden. Er beantragt schließlich Einsetzung einer größeren Kommission, der unverzüglich die Vielfachen, auf die Verteidigung Indochinas bezüglichen Fragen zu unterbreiten seien. Die Weiterberatung wird darauf auf morgen vertagt.

Paris, 20. Februar. Das Institutsmitglied Professor Havet hat dem Großkanzler der Ehrenlegion, General Florentin, ein Gesuch überreicht, in dem die **Streichung der Generale Mercier, Billot, Béranger, Dionce** und anderer gefordert wird, weil sie **in der Dreyfus-Affäre teils Fälschungen begangen und falsches Zeugnis abgelegt**, teils an der Verherrlichung des Fälschers Obersten Henry teilgenommen hätten. Das Gesuch ist von dem Akademiker Anatole France, dem Maler Eugen Carrière, dem Chirurgen Réclus, dem Bildhauer Charpentier, sowie anderen Gelehrten, Künstlern und Deputierten unterzeichnet.

Die nationalistischen Erpresser. Aus Paris wird vom 20. Februar gemeldet: Der nationalistische Deputierte Guyot de Villeneuve hat in einer in Rouen abgehaltenen nationalistischen Versammlung angekündigt, daß er die **Veröffentlichung der Auskunftszettel** wieder aufnehmen werde, falls das Ministerium noch lange zögern werde, gegen die Angeber einzuschreiten. Die „Schonung", welche die Nationalisten der Regierung bewilligt hätten, habe schon zu lange gedauert. Er verlange, daß die Regierung „sich der Schonung würdig zeige".

England.

Ein Protest Irlands.

London, 20. Februar. Unterhaus. John Redmond (Ire) beantragt einen Unterantrag zur Adresse an den König, worin die **Verwaltung Irlands getadelt wird**; er erklärt, er habe den Unterantrag eingebracht, um die ganze Frage der irischen Verwaltung aufzuwerfen und dem **Gefühl des Abscheus für das gegenwärtige System** Ausdruck zu geben. Dieses Gefühl sei fast allgemein unter allen Klassen Irlands. Die Haltung der Nationalisten dem Homerule gegenüber sei unverändert und die Nationalisten werden sich unabhängig von irgend einer Regierung halten, die nicht das Homerule als einen Kardinalpunkt in ihr Programm setzt; die Nationalisten werden mit keiner Partei in ein Bündnis treten, die die Politik des Homerule nicht annehme. Es gebe in Irland eine von den Sympathien des Volkes getrennte Bureaukratie, eine Bureaukratie, die man in Rußland tadelt. Der Volksgeist empöre sich gegen das herrschende System und die Volksgesinnung sei, daß ein Aufstand mit den Waffen Pflicht sei, wenn nur baldige Aussicht auf Erfolg vorhanden sei. —

William Moore, irischer Unionist, greift die Regierungspolitik an und beklagt sich über die unbillige Behandlung der Unionisten in Irland; ebenso greift er die Haltung Wyndhams dem sogenannten Reformprojekt gegenüber an; er erklärte, die irischen Unionisten glauben, daß sie durch die Regierung verraten seien und könnten daher das Vertrauensvotum nicht unterstützen. Staatssekretär für Irland Wyndham erklärt, er habe immer den Hauptpunkt des Reformprojektes, nämlich Ueberweisung legislativer Befugnisse an irgend einen irischen Rat, beanstandet.

Einigkeit der Arbeiterklasse.

London, 18. Februar. (Eig. Ber.) Die Einigkeitsbestrebungen, die sich auf dem Liverpooler Kongreß des Labour Representation Committee bemerkbar machten, nehmen jetzt eine greifbarere Gestalt an. Beim Zusammentritt des Parlaments hielten die 13 Arbeiterabgeordneten eine Konferenz ab, um sich über ein einheitliches Zusammengehen zu verständigen. Es wurde eine Arbeiterfraktion gebildet, die John Burns zum Vorsitzenden ernannt hat.

Dieses Zusammengehen hat indes nur einen zeitweiligen Charakter und ist deshalb nicht so wichtig wie die angebahnte Vereinigung der drei großen Arbeiterverbindungen, die gegenwärtig in England existieren. Wir haben hier bekanntlich 1. das Parlamentarische Komitee des Trades-Unionskongresses, das jedes Jahr vom Trades-Unionskongreß gewählt wird, um für die Durchführung der Kongreßbeschlüsse zu sorgen; 2. die allgemeine Föderation der Trades-Unions; 3. das Labour Representation Committee, das eine große politische Arbeiterpartei bildet. Bis jetzt bestand keine engere Verbindung zwischen diesen Körperschaften. In den letzten Wochen wurden indes Versuche gemacht, eine Einigung herbeizuführen, die bald perfekt sein wird. Alle drei Körperschaften werden das Recht haben, Kandidaten aufzustellen und auf gegenseitige Unterstützung zu rechnen.

Um das Gewerkschaftsrecht.

London, 18. Februar. (Eig. Ber.) Gestern abend fand in Holborn Town Hall ein Meeting der Londoner Gewerkschaften statt, um im Namen der organisierten Arbeiter Englands die Wiederherstellung des Gewerkschaftsrechts zu verlangen. Es sprachen unter anderem der Bergarbeiter-Abgeordnete Fenwick, der Sekretär der Londoner Schriftsetzer Mr. Bowerman und Mr. Steadman. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Da die zweite Lesung der Gewerkschaftsbill im vorigen Jahre vom Unterhause beschlossen wurde, fordert diese Versammlung die Regierung auf, die weitere Durchberatung und die schließliche Annahme der Bill zu erleichtern. Die Versammlung fordert ferner die Arbeiter auf, für keinen Parlamentskandidaten zu stimmen, der, sich nicht verpflichtet, für die Bill zu stimmen."

Aehnliche Meetings wurden in allen größeren Städten des Landes abgehalten. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Auch ein Märtyrer.

Vor einigen Tagen brachten wir die Mitteilung, daß der wegen seiner vielen Auftritte mit Streikposten bekannte starke Mann aus der Alexanderstraße, der Sekretär Meinecke vom Arbeitsnachweis der Holzindustriellen, wegen schwerer Körperverletzung zu der auffallend niedrigen Strafe von 30 M. verurteilt wurde. Die Gerichtsverhandlung selbst bot nun so viel Interessantes, daß wir die gravierendsten Einzelheiten ebenfalls noch zur öffentlichen Kenntnis bringen wollen.

Angeklagt war der Herr Meinecke, weil er den Tischler H. mit einem derben Spazierstock auf offener Straße über den Kopf gehauen hatte, daß dieser über eine Woche lang Schmerzen von der Verletzung ertragen mußte. In der Verhandlung stellte M. die Sache nun folgendermaßen dar. Er habe einen Kontrollposten des Holzarbeiter-Verbandes arretieren lassen, weil der sich vor dem Arbeitsnachweis lästig gemacht habe. Bei dieser Gelegenheit sei er von einem „Rudel" Leute verfolgt worden. Aus dem Haufen will er von irgend jemand einen Stoß bekommen haben, und da er annahm, daß H. der Täter war, so habe er diesem den Stockhieb versetzt. — Sämtliche Zeugen mit Einschluß des seinerzeit bei der erwähnten Arretierung tätig gewesenen Schutzmanns sagten dagegen übereinstimmend aus, sie hätten nichts davon gesehen, daß M. damals überhaupt von irgend jemand gestoßen oder geschlagen worden wäre. Einige der Zeugen bekundeten sogar, sie hätten, da sie sich in unmittelbarer Nähe des M. befanden, es unbedingt bemerken müssen, wenn dieser Schläge oder Stöße bekommen hätte. Positiv festgestellt wurde aber durch die Beweisaufnahme, daß der Tischler H. nicht gestoßen hatte, er mithin gänzlich unschuldig gemißhandelt worden war.

Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von — 10 M. Er hielt dieses überaus milde Strafmaß deshalb für ausreichend, weil seiner Ansicht nach durch die Beweisaufnahme die ungewöhnliche Schwierigkeit der Position des Herrn Meinecke dargetan sei. Vor den Arbeitern sei Herr Meinecke ja kaum noch seines Lebens sicher gewesen. Er habe, indem er „auf Befehl seiner Vorgesetzten" (der Herren Innungsmeister) Arbeitswillige vor Belästigungen durch Arbeitsunlustige schützte, sicher einen ehrlicheren Erwerb geführt, als Leute, die es sich zur Aufgabe machten, Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten. Aus diesen Gründen rechtfertige sich nur eine milde Strafe.

Demgegenüber wies der Vertreter des als Nebenkläger zugelassenen Tischlers H., Rechtsanwalt Dr. Heinemann darauf hin, daß mit dem beantragten, ungewöhnlich niedrigen Strafmaß doch wohl kaum die Gleichheit vor dem Gesetze gewahrt werde, besonders wenn man bedenke, daß ehrliche Arbeiter mitunter wochenlang ins Gefängnis gesteckt würden, wenn sie in berechtigtem Unmut einen Arbeitswilligen einmal „Streikbrecher" nennen. Im Hinblick auf die Entscheidung des Reichsgerichts aber, wonach das Streikpostenstehen und die sachliche Beeinflussung Arbeitswilliger durch Streikende lediglich als ein notwendiger Ausfluß des Koalitionsrechtes anzusehen ist, sei auch die Bemerkung des Herrn Staatsanwalts über den ehrlicheren Erwerb des Herrn Meinecke gegenüber der Tätigkeit von Streikposten sehr wenig am Platze. Auf Antrag Dr. Heinemanns wurden alsdann eine Reihe von Aktenstücken zur Verlesung gebracht, und die Herbeischaffung weiterer Akten anheimgestellt, aus denen sich überall ergab, daß der Angeklagte Meinecke eine wahre Flut von Anzeigen gegen Leute, die er für Streikposten hielt, erstattet hatte, die indessen, da niemals irgend eine Straftat der sistierten und denunzierten Arbeiter vorlag, durchweg mit der Freisprechung der Betroffenen endeten. Hieraus allein lasse sich schon zur Genüge schließen, was es mit der „ungewöhnlichen Schwierigkeit der Position" des Herrn Meinecke auf sich habe. Aus dem ganzen Vorgehen des Angeklagten gegen die Streikposten ergebe sich aber auch, daß gerade diese viel weniger „ihres Lebens sicher" gewesen seien als Herr Meinecke, der die Leute unter dem ausgiebigsten Schutze der Polizei nach Belieben sistieren lassen durfte. Daher sei eine schärfere Strafe sehr wohl am Platze.

Das Urteil lautete wie bekannt auf 30 M. Geldstrafe. Begründend führte der Vorsitzende aus: Als erschwerend falle allerdings ins Gewicht, daß Herr Meinecke bereits mit sechs Monaten Gefängnis wegen schwerer Körperverletzung vorbestraft sei; doch kämen im vorliegenden Falle eine Reihe von Milderungsgründen in Betracht. Herr Meinecke und die organisierten Arbeiter hätten in einem ähnlichen Verhältnis zu einander gestanden wie zwei Konkurrenten im geschäftlichen Leben. Beide hätten sich um die Arbeitswilligen bemüht. Wenn nun der eine Konkurrent dem anderen die Kunden abwendig mache, wie dies doch seitens der organisierten Arbeiter Herrn Meinecke gegenüber geschehen sei, so sei das als eine offenbare Niederträchtigkeit zu bezeichnen. Nun hätten sich die Streikposten aber teilweise noch sogar in den Hausflur des Gebäudes gestellt, wo sich der von Herrn Meinecke verwaltete Arbeitsnachweis befand, um schon dort die Arbeitswilligen zu beeinflussen, und das sei doch eine bodenlose Unverschämtheit gewesen. In Anbetracht all dieser mildernden Umstände lasse sich die Erregung des Herrn Meinecke begreiflich und erklärlich finden. Mithin habe das Gericht eine Geldstrafe von 30 Mark als eine genügende Sühne für diese Körperverletzung erachtet.

Nach dem Urteil dieses Gerichts erscheint der gute Herr Meinecke urplötzlich als eine Art Märtyrer. Die organisierten Holzarbeiter denken allerdings etwas anders über den viel genannten Mann; vielleicht auch die Holzindustriellen selber.

Achtung, Metallarbeiter! Nachdem jetzt durch Verhandlungen auch die Differenz bei Joseph, Ritterstraße, erledigt ist, gilt der Streik der Kollegen der Gelbmetall-Industrie als beendet.

Sollten jetzt noch Betriebe zurückbleiben, in denen die Unterschrift des Reverses verlangt wird, ersuchen wir, uns dies sofort zu melden, und bleiben diese Betriebe natürlich gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin.

Die Bautischler beschäftigten sich am Sonntag in einer Vertrauensmänner-Versammlung mit der Frage, wie die Durchführung des Tarifs zu regeln sei. Bekanntlich ist der Tarif anfangs dieses Jahres vor dem Einigungsamt vereinbart worden mit der Maßgabe, daß da, wo günstigere Bedingungen wie die des Tarifes vorhanden sind, dieselben bestehen bleiben sollen. Es handelt sich nun darum, daß in den Werkstellen, wo einzelne Positionen bisher besser bezahlt wurden, als der Tarif angibt, diese weitergezahlt, ungünstigere Preise dagegen auf die Höhe der betreffenden Tarifsätze gebracht werden. In manchen Werkstellen herrschen hierüber Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Meister und den Gesellen. Es wird deshalb den Arbeitnehmern der Bautischlerei zur Pflicht gemacht, die Tarife den genannten Grundsätzen entsprechend auszufüllen. Zur Regelung dieser Angelegenheit sollen am 7. März in allen Bezirken Branchenversammlungen der Bautischler abgehalten werden. — Ferner wurde in der Versammlung darüber gesprochen, daß in der Werkstatt von Schaar, des Vorsitzenden vom Zentralverein der Bautischlermeister, jetzt oft Ueberstunden gemacht werden, um die während der Aussperrung zurückgebliebenen Arbeiten möglichst schnell fertig zu stellen. Ein Arbeiter ist von Herrn Schaar sogar deshalb entlassen worden, weil er eine Arbeit nicht nach Feierabend fertig gemacht hat. Man verurteilte diese Mißstände und bemerkte, daß dieselben nur deshalb einreißen konnten, weil nur ein kleiner Teil der Arbeiter bei Schaar organisiert sind. Ebenso wurde es gerügt, daß auf dem Umbau des Schauspielhauses Tischler und Einsetzer zum Ueberstundenmachen angehalten werden.

Eine Zwangsinnung als Mittel gegen die freie Gewerkschaft.

Wie eine Zeitungskorrespondenz meldet, ist die Verschmelzung der beiden Berliner Bäckerinnungen „Germania" und „Konkordia" zu einer großen Zwangsinnung geplant. Diese Zwangsinnung soll u. a. eine „bessere Regelung des Arbeitsnachweis-Wesens" durchführen, vermutlich also eine Art Maßregelungs-Bureau nach dem Muster der Kühnemänner gründen. Darauf weist auch hin, daß die Neugründung weiter dienen soll „einem stärkeren Schutz gegen die Gesellenforderungen und einer kräftigen Abwehr von Streiks und Boykotts". Die Form der Zwangsinnung ist offenbar gewählt, um auch diejenigen Bäckermeister, welche der jetzigen „Freien Vereinigung" angehören, und die sich mit ihren Gesellen geeinigt haben, zwangsweise mit den Maßregeln der Innung zu befreunden. Wie nun aber, wenn diese mit dem Gesellen-Ausschuß gemeinsam die Absichten der Scharfmacher zunichte machen?

Von der Firma Emil Pinner Nachf. erhalten wir nachfolgende Berichtigung:

Mit Bezug auf Ihren Bericht über die Lohnbewegung der Schuhmacher ersuche ich hierdurch auf Grund des Paragraph 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender tatsächlichen Berichtigung unter Ihrer Rubrik „Gewerkschaftliches". In meiner Fabrik ist seit Juli 1902, so lange bin ich Besitzer derselben, noch niemals einem Arbeiter ein Lohnabzug gemacht worden. Niemals hat eine unerträgliche Lohndrückerei bei Einführung neuer Maschinen stattgefunden, und nie ist ein Arbeiter gemaßregelt worden, der gegen diese Abzüge protestiert hat. Dagegen ist es wiederholt vorgekommen, daß ich die Anordnung getroffen habe, wenn mir aus den Lohnlisten bekannt geworden war, daß einzelne Arbeiter an alten oder auch an neu eingeführten Maschinen meiner Auffassung nach zu wenig verdient hatten, ihnen für diese Zeit des Minderverdienstes Nachvergütungen gemacht worden sind bis zu einem Mindestlohn von 24 M., sogar bis zu 40 M. pro Woche. Diese Minderverdienste waren nicht durch geringe Akkordlöhne entstanden, sondern dadurch, daß für die betreffenden Maschinen zeitweise weniger Arbeit gewesen ist. Ich habe die betreffenden Arbeiter bei der Gelegenheit aufgefordert, sich bei den Lohnzahlungen selbst „auf meine Veranlassung" zu melden, wenn jemals von mir ein derartiger Uebelstand übersehen werden sollte. Meine Fabrik zahlt die höchsten Löhne in der Branche, teilweise bis zu 100 Proz. mehr, als in anderen Fabriken gezahlt worden ist. — Es ist unwahr, daß die Arbeiter meiner Wende-Abteilung Wochenlöhne von 16—19 M. mit Schafsgeduld ertragen haben, denn ich habe ihnen — sogar in der Zeit, in welcher sie angelernt worden sind — Wochenlöhne von 24—28 M., größtenteils ohne irgend welchen Abzug für Kranken- und Invalidenversicherung, gezahlt. Bei Akkordlöhnen haben sie nach Fähigkeit bis zu 36 M. pro Woche verdient. Jugendliche Arbeiter haben 12—19 M. pro Woche verdient. — Es ist nicht wahr, daß sich diese Leute redliche Mühe gegeben haben, auf gütlichem Wege zu erträglichen Löhnen zu gelangen, sondern ich bin mit der Mitteilung überfallen worden,

daß in geheimer Abstimmung beschlossen worden ist, die Arbeit niederzulegen, wenn ich nicht 5 Leuten die Löhne bewillige, welche sie fordern. Dabei ist willkürlich von den Arbeitern die Frist verkürzt worden, welche wir vereinbart haben zur Prüfung ihrer Forderung, und ich bin aufgefordert worden, sofort aus meiner Wohnung, in welcher ich soeben erst angelangt war, zurückzukommen und mich binnen wenigen Minuten zu entscheiden. Die Kommission der Arbeiter erklärte mir gleichzeitig, daß sonst sämtliche Arbeiter mit ihren Verhältnissen durchaus zufrieden seien. Von diesen fünf Leuten, um die es sich gehandelt hat, war ein Mann noch nicht 14 Tage bei dieser Arbeit, auf die er sich erst einrichten sollte, bei einem Wochenlohn von 27 M. eingestellt, ein Lehrling seit wenigen Tagen an der Maschine beschäftigt mit 24 M. Wochenlohn, zwei Leute bei 27 M. Wochenlohn seit längerer Zeit, die sich aber auf ihre Arbeit durchaus nicht einrichten konnten, ein Maschinennäher, seit einigen Monaten angelernt, der bereits über 30 M. pro Woche verdient hatte, obgleich er nach Ansicht jedes Sachverständigen noch als Lehrling bezeichnet werden muß. Dieser Mann hat mehrere Monate bei 28 M. Wochenlohn gelernt und bei Akkordlöhnen im November 28 M., 30,50 M., 28,45 M., 33,45 M., im Dezember 30,60 M., 24,72 M., 28,60 M., 28,78 M. verdient. Im Januar und Februar war er aber eigentümlicherweise wiederholt nur noch in der Lage, 18—22 M. zu verdienen. Ich muß ferner erwähnen, daß sämtliche Arbeiter der Wende-Abteilung von mir aus Mitgefühl für ihr Schicksal eingestellt worden sind. Ich habe darauf verzichtet, gelernte Fabrikarbeiter einzustellen und mich der ungeheuren Mühe unterzogen, meine Heimarbeiter, die sonst brotlos geworden wären, anzulernen, was selbstverständlich auch mit beträchtlichen Geldopfern verbunden gewesen ist. Die Mitteilung von der Arbeitseinstellung ist mir gemacht worden in dem Augenblick, in welchem ich den 2 bis 3 Leuten, auf die es überhaupt nur ankam, den Rat erteilt habe, falls sie sich durchaus auf die Fabrikarbeit nicht einzurichten verstünden, doch wieder zu ihrem alten Gewerbe zurückzukehren. — Es ist nicht wahr, daß nach Ausbruch des Streiks nur 22 Mann Arbeitswillige in meiner Fabrik beschäftigt sind. Ich beschäftige vielmehr nach meiner Lohnliste vom letzten Sonnabend 120 Leute. — Es ist ferner unwahr, daß den neu eingestellten Leuten ein Wochenlohn von 24—28 M. versprochen worden ist, dagegen nur 12—14 M. gezahlt werden. Ich zahle vielmehr 21—24 M., obgleich Leute aus allen möglichen Berufszweigen neu angelernt werden, und mehr ist ihnen niemals versprochen worden. — Es ist ferner unwahr, daß den Arbeitswilligen eine Belohnung von 300 M. versprochen worden ist und später dieses Versprechen auf diejenigen beschränkt worden ist, die sich bis zum 25. Februar eingearbeitet haben. Es ist vielmehr denjenigen Leuten, welche sich bis zum 25. Februar eingearbeitet haben, der Betrag von 300 M. garantiert worden für den Fall ihrer Entlassung zugunsten eines früheren Arbeiters, und zwar aus dem Grunde, weil meine neuen Arbeiter in gesetzwidriger und gewalttätiger Weise von ihrer Arbeit abgehalten und in vielen Fällen überfallen und mißhandelt worden sind. Ich bin gern bereit, Ihnen zum Beweise meiner Mitteilungen Einsicht in meine Lohnlisten und die Arbeitsbücher zu gestatten.

Obgleich diese „Berichtigung" in ihren Ausfällen gegen die Streikenden keineswegs den preßgesetzlichen Anforderungen entspricht, haben wir sie doch loyalerweise gebracht. Wir werden morgen eine Richtigstellung der Berichtigung von der anderen Seite bringen.

Mit dem Streik der Kleber beschäftigte sich gestern abend im „Deutschen Hof", Linkauerstraße, eine Generalversammlung der Tapezierer-Innungsmeister. Es lagen mehrere Anträge vor und endlich wurde beschlossen, mit der Gehülfenschaft nochmals in Verhandlungen einzutreten. Dazu wurde eine neue Neuner-Kommission gewählt, die mit der Kommission der Kleber zusammentreten, um einen neuen Tarif auszuarbeiten bezw. eine Vereinbarung zu treffen. Der Vorstand wird beauftragt, diesen Beschluß der Gehülfenkommission bekannt zu geben.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

An Stelle des Genossen Otto Müller, ist der Genosse Maurer Johann David, bis 1. April Kehringstr. 5 und von letzteren Datum Schloßstr. 37 wohnhaft, als Obmann gewählt worden. Es wird ersucht, alle Zuschriften an letztere Adresse zu richten.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission.
J. A.: Johann David, Obmann.

Deutsches Reich.

Der mißlungene Trick.

Der Waggonfabrik in Hannover ist es gelungen, 42 „Arbeitswillige" aus Wien heranzulotsen. Es wurde ihnen erzählt, sie würden für eine Geschützfabrik gebraucht und ihnen Verdienste von 2000 M. im Jahre vorgegaukelt. Bei der Ankunft in Hannover erhielt die Polizei mit allen Machtmitteln jene bekannte reinliche Scheidung von Arbeitswilligen und Streikenden aufrecht, die von den Arbeitern immer mit Recht als eine Beeinträchtigung ihrer Koalitionsfreiheit empfunden wird und die vielfach zu einem begreiflichen Widerstande führte, der an den betroffenen Arbeitern hernach als „Landfriedensbruch" geahndet wurde. Als es so gelungen war, die Arbeitswilligen in die Fabrik hineinzulotsen, sagte der Leiter derselben, seinen fetten Bauch streichelnd:

„Der Trick ist uns gelungen!"

Es kam aber anders! Am anderen Morgen machten sich zwei „Arbeitswillige" heimlich davon, in denen der Transport offenbar Bedenken erregt hatte. Die anderen wollten die Fabrik ganz öffentlich verlassen, fanden aber das Tor verschlossen! Sechs von ihnen gelang es dann, durch eine Hintertür zu entkommen. Auch diese wurde verschlossen. Nun kletterten 14 der Leute über den Zaun. Die übrigen (meist Böhmen und Ungarn) schüchterte man mit der Drohung ein, sie bekämen drei Monat Strafe, wenn sie nicht arbeiteten. Natürlich wird man Mittel und Wege finden, auch diese Leute noch aufzuklären. Dann mag der Herr Direktor sich hinter den Ohren kraulen und sagen:

„Der Trick ist mißlungen!"

Die Möbel- und Kundschaftstischler von Hamburg-Altona sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern einen Minimalstundenlohn von 52 Pf. und auf die bisher bestehenden Akkordlöhne einen Aufschlag von 10 Proz., sowie Errichtung eines gemeinsamen paritätischen Arbeitsnachweises.

Im Schneidergewerbe zu München drohen Differenzen auszubrechen. Bekanntlich ist es vor sechs Jahren nach hartnäckigem Kampfe den Gehülfen gelungen, für die Maßbranche einen dreiklassigen Lohntarif durchzusetzen, der im Jahre 1902 erst nach ziemlich langem Ausstande auf weitere drei Jahre erneuert werden konnte. Der Tarif ist mit dem 15. Februar abgelaufen, aber obgleich die Arbeiter keinerlei Lohnforderungen stellten und sich nur mit der Ausmerzung einiger Positionen, die bisher zu Mißdeutungen führten, begnügten, wollen die Scharfmacher im Schneidergewerbe von einer Erneuerung des Tarifvertrags nichts wissen und die früheren anarchischen Zustände, die für sie allerdings profitabler waren, wieder einführen. Die Gehülfen mehrerer Firmen befinden sich bereits im Ausstande. Falls es dem um seine Vermittelung angegangenen Gewerbegerichtsrat Dr. Prenner nicht gelingen sollte, die Scharfmacher zur Vernunft zu bringen, steht ein allgemeiner Schneiderstreik bevor. — Zuzug von Schneidern nach München ist fernzuhalten.

Aus der Frauenbewegung.

Bildungsverein für Frauen und Mädchen Treptow-Baumschulenweg. Mittwoch, den 22. Februar, abends 8½ Uhr findet bei Christ, Marienthalerstraße, Ecke Ernststraße, eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Herr Dr. Alfred Bernstein über „Frauenkrankheiten" spricht. Um pünktliches Erscheinen bittet der Vorstand. Frauen als Gäste sehr willkommen.

Der Verein für Frauen und Mädchen zu Schöneberg hielt am 16. Februar seine regelmäßige Vereinsversammlung im Klubhause ab. Herr Eichler hatte zum Vortrage gewählt das Thema: „Aus den Erlebnissen eines Dorflehrers". Der Vortrag war sehr interessant. Nach Beendigung desselben wurde dem Redner reicher Beifall gespendet. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Ueber den Einfluß des Konsums der Arbeiterbevölkerung auf die Gestaltung der Viehpreise schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz":

Die im Herbst des vorigen Jahres befürchteten Wirkungen der Futternot sind in dem anfänglich vorausgesagten Umfange lange nicht eingetreten. Die Auftriebsziffern an den Viehmärkten zeigten durchaus keine abnorme Zunahme des Verkaufsandranges. Da für Schweine trotz steigenden Auftriebs, ganz im Gegensatz zur Bewegung der Preise für das übrige Schlachtvieh, eine äußerst starke Kauflust nach wie vor besteht, ja sie sich fast von Monat zu Monat noch steigert, so liegt die Vermutung nahe, daß die verschiedenartige Preisbewegung für Rinder, Kälber und Schafe einerseits und der für Schweine andererseits durch eine erhebliche Veränderung in der Gestaltung des Konsums verursacht ist. Im Detailverkehr zeigen nämlich die Preise für Rind- und Kalbfleisch, aber auch für Hammelfleisch noch solche Abstände von dem Schweinefleischpreis, daß der Konsum des Schweinefleisches sich beträchtlich billiger stellt als der aller übrigen Sorten. Einzelne Beobachtungen sprechen nun dafür, daß namentlich in der Arbeiterbevölkerung während der zweiten Hälfte des Jahres 1904 im Haushalt ziemlich gespart werden mußte, weil der Verdienst gegenüber den Monaten des ersten Halbjahres nachließ. Es ist daher wahrscheinlich, daß selbst in den besser situierten Arbeiterfamilien das Schweinefleisch den Verbrauch der übrigen Fleischsorten in merklicher Weise verdrängte. An 11 hauptsächlichen Viehmärkten betrug an einem der ersten Markttage im Monat Februar der Auftrieb von Rindern 13 998 Stück gegen 13 831 an dem entsprechenden Markttage des Vorjahres, von Kälbern 9173 gegen 9184, von Schafen 13 854 gegen 11 789, von Schweinen endlich 39 370 gegen 36 598. Am stärksten war die Zunahme des Auftriebs von Schweinen, der gegenüber dem Vorjahr fast 10 Prozent gestiegen ist. Wenn durch die Zunahme des Auftriebs allein der Preis erheblicher beeinträchtigt worden wäre, so müßten in erster Linie die Preise für Schweine gefallen sein. Es zeigt sich aber gerade bei ihnen nicht nur kein Rückgang, sondern eine beträchtliche Steigerung der Preise sowohl gegenüber den Notierungen des Januar als vor allem gegenüber den Preisen im Februar des Vorjahres. Es stellten sich nämlich an nachfolgenden Marktorten die Preise für Schweine pro 50 Kilogramm Lebendgewicht auf Mark:

	Februar 1904	Januar 1905	Februar 1905
Berlin	44—49	49—55	52—58
Breslau	44—52	50—58	51—59
Chemnitz	47—53	52—60	55—62
Hannover	42—50	50—60	50—60
Hamburg	45—48	52—54	53—57
Dortmund	46—50	52—57	55—60
Frankfurt a. M.	42—52	52—60	53—61
Stuttgart	45—57	55—64	57—64
München	44—53	54—60	52—60
Nürnberg	46—50	56—59	58—60
Köln a. Rh.	45—51	50—59	50—59

Am stärksten sind die Steigerungen gegenüber dem Vorjahre in Dortmund, Frankfurt a. M., Stuttgart und Nürnberg. Im Gegensatz zu der Preisbewegung der Schweine sind die Rinder- und Kälberpreise gegen Vormonat und Vorjahr etwas zurückgegangen.

Eine neue württembergische Staatsanleihe. Die Staats-Finanzverwaltung hat mit der Württembergischen Vereinsbank und deren Konsorten ein 3½ prozentiges Staatsanlehen im Betrage von zehn Millionen Mark abgeschlossen.

Die Bilanz der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) ist unter den bisher veröffentlichten Bilanzen der Großbanken die günstigste. Die Dividende beträgt für das Jahr 1904 7 Proz. gegen 6 Proz. im Vorjahre. Der Bruttogewinn beläuft sich einschließlich des Vortrags aus dem Vorjahre auf 15 497 015 M. gegen 12 789 983 M. im Vorjahre. Entsprechend dieser bedeutenden Zunahme des Rohnutzens konstatiert der mit der Bilanz zugleich herausgegebene Geschäftsbericht, daß das Geschäft eine wesentliche Ausdehnung erfahren hat. Die Uebernahme des von der Bank bisher kommanditierten Bankhauses Robert Warschauer u. Co. und die im Zusammenhang damit im Oktober v. J. erfolgte Erhöhung des Aktienkapitals um 22 Millionen Mark kommt in dem diesjährigen Abschluß in ihrer Wirkung auf die Gewinnergebnisse noch nicht zum Ausdruck, da die Fusion erst am 1. Januar erfolgte.

Der Reingewinn beträgt 11 023 312 M. (im Vorjahre 9 351 144 M.). Die Gewinn- und Verlustrechnung weist an Einnahmen einen Gewinn aus Wertpapieren von 2 908 624 M. (1 354 545 M.), aus den Finanzgeschäften von 2 504 638 M. (3 094 184 M.), an Zinsen 4 290 176 M. (3 388 591 M.), an Provisionen 3 426 787 M. (2 759 067 M.), aus den Kommanditen und dauernden Beteiligungen 1 952 364 M. (1 800 456 M.), sowie aus Valuten von 321 147 M. (270 442 M.) nach. Die Ausgaben und Geschäftsunkosten betrugen 3 609 924 M. (3 020 545 M.), die Abschreibungen 346 606 M. (329 295 M.); der Uebertrag auf die allgemeine Rücklage ist mit 400 000 M. (0) vorgesehen.

Von den Vermögensstücken sind 149 961 613 M. greifbare Mittel, nämlich Wechsel 68 670 090 M. (45 730 518), bar 19 528 150 M. (15 348 740 M.), Nostri-Guthaben 14 471 693 M. (14 314 808 M.), Reports und Beleihungen 45 693 058 M. (37 909 802 M.); ferner sind an Wertpapieren 56 948 782 M. (48 249 992 M.), an Ausständen 162 846 320 M. (142 608 784 M.) vorhanden. Unter den Verbindlichkeiten aber befinden sich die Gläubiger mit 176 801 019 M. (145 528 218 M.), die Tratten mit 69 490 768 M. (59 105 975 M.). —

Bisher genießt die Darmstädter Bank den wenig rühmlichen Vorzug, ihren Beamten die niedrigsten Gehälter zu zahlen und die meisten und umfangreichsten Unterschlagungen aufzuweisen. Der überaus günstige Abschluß wird die Direktion an die lange vernachlässigte Pflicht mahnen, eine allgemeine Gehaltsaufbesserung eintreten zu lassen.

Preußische Hypotheken-Aktien-Bank. Das Geschäftsjahr 1904 stellt sich für die Bank, wie der soeben erschienene Geschäftsbericht ausführt, als ein solches sehr ruhiger Weiterentwickelung dar. Die Bank konnte die Wiederaufnahme des Emissionsgeschäftes verwirklichen. Die infolge der Emission zufließenden bedeutenden Barmittel in Verbindung mit den durch Rückzahlung von 21 348 Millionen Mark Hypotheken verfügbar gewordenen Beträgen ermöglichten es, das Beleihungsgeschäft erheblich auszudehnen. Im Jahre 1904 sind insgesamt 38 118 Millionen Mark Beleihungen abgeschlossen worden, gegen 26 533 Millionen Mark im Vorjahre. Von dem bilanzmäßigen Hypothekenbestande von 286 625 Millionen (285 720 Millionen) kommen jetzt 284 222 Millionen in Ansatz. Diesen durchweg erststelligen Hypotheken stehen 269 683 Millionen (255 944 Millionen) umlaufende Pfandbriefe gegenüber, so daß sich eine Ueberdeckung von 14 539 Millionen (21 514 Millionen) ergibt. Die Bank ist 1904 an 45 (43) Zwangsversteigerungen, welche sämtlich städtische Grundstücke betrafen, beteiligt. Vereinnahmt wurden an Hypotheken-Zinsen 13 195 Millionen Mark gegen 12 916 Millionen Mark im Vorjahre. Verausgabt wurden für Pfandbrief-Zinsen 10 142 Millionen (9897 Millionen). Der Reingewinn beträgt 3807 Millionen (3261 Millionen). Zur Verteilung gelangen 5 Proz. (4½ Proz.) Dividende.

Die Roheisenproduktion Deutschlands. Nach den Ermittelungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenproduktion in Deutschland und Luxemburg während des Januar 1905 insgesamt 766 209 Tonnen gegen 871 194 Tonnen im Dezember 1904 und 831 053 Tonnen im Januar 1904. Außer dem Saarbezirk zeigen sämtliche Bezirke infolge des Streiks eine Abnahme der Roheisen-Erzeugung. In Rheinland-Westfalen ist sie von 364 847 Tonnen im Dezember auf 276 [illegible]1 Tonnen im Januar zurückgegangen.

Die Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen betrugen nach der im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten Uebersicht im Januar 1905 aus dem Personenverkehr 35 498 112 M. (mehr 1 352 003 M.) und aus dem Güterverkehr 96 638 144 M. (mehr 1 284 808 M.) Insgesamt stellt sich die Mehreinnahme auf rund 2,64 Millionen Mark. Für die Bahnen mit dem Rechnungsjahr April-März belief sich die Einnahme in der Zeit vom 1. April 1904 bis Ende Januar 1905 aus dem Personenverkehr auf 430 630 270 M. (mehr 21 102 362 M.) und aus dem Güterverkehr auf 980 696 214 M. (mehr 47 354 718 M.), insgesamt mehr rund 68,46 Millionen Mark. Für die Bahnen mit dem Rechnungsjahr Januar-Dezember stellte sich die Einnahme im Januar aus dem Personenverkehr auf 4 671 460 M. (mehr 87 146 M.) und aus dem Güterverkehr auf 10 839 836 M. (mehr 548 867 M.), insgesamt mehr 636 013 M. Die Gesamtlänge der Bahnen betrug 47 685 Kilometer (mehr 804 Kilometer). In dem erheblichen Rückgang der Mehreinnahmen aus dem Güterverkehr im Monat Januar tritt klar die durch den Bergarbeiter-Ausstand im Ruhrrevier hervorgerufene Schädigung unseres gesamten Wirtschaftslebens zutage.

Die Bewegung in Rußland.

Eine Kundgebung der Petersburger Studenten.

Petersburg, 20. Februar. (W. T. B.) Heute fand in der Petersburger Universität eine Studentenversammlung statt, welcher einige Professoren, Privatdozenten und andere Personen, die ungehindert zugelassen wurden, beiwohnten. Zuerst sprachen einige Professoren, welche zwar meinten, die Universität solle dienen als ein Ort, wo die Studenten sich versammeln und gesellschaftliche Ereignisse besprechen könnten, jedoch im allgemeinen für Schließung der Universität waren. Nach vielen heftigen Reden wurde folgende Resolution angenommen:

„Der abgelebte russische Absolutismus geht täglich und stündlich seinem unvermeidlichen Untergang entgegen und ist machtlos, mit dem auferwachten Volk fertig zu werden; er liegt im Sterben und ersinnt eine Maßnahme, die immer unsinniger ist als die andere und ein Mittel gewagter als das andere, um seinen Untergang aufzuschieben; er hat das verbrecherische Abenteuer im fernen Osten unternommen, welches dem Volke zehntausende von Menschenleben und Millionen mühevoll erworbenen Geldes kostet. Längst führt die zielbewußte Intelligenz der Studenten einen hartnäckigen Kampf um die elementarsten Menschenrechte, öfters ohnmächtig vor der rohen Gewalt einer zügellosen Regierung niedersinkend, bis endlich auf der historischen Arena auch das Proletariat aufgetreten ist, welches gleichzeitig mit der Entwickelung des Selbstbewußtseins dem Zarismus heftige Schläge erteilt hat. Die letzten blutigen Ereignisse haben augenscheinlich gezeigt, wessen der Absolutismus fähig ist in der Verteidigung seiner jämmerlichen schandbaren Existenz.

Das zielbewußte, brüderlich solidarische Auftreten des Proletariats in den Januartagen hat das Todesurteil des Absolutismus unterschrieben und die zweifellos baldigst bevorstehende politische Befreiung Rußlands sichergestellt.

Wir, als Teil der zielbewußten Intelligenz, begrüßen die Solidarität der Arbeiterklassen und stellen folgende Forderungen auf: 1. Einberufung einer gesetzgebenden Versammlung auf der Grundlage allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl durch die Bürger und Bürgerinnen des Staates, Redefreiheit, Preßfreiheit, Freiheit, Verbände zu gründen, Ausstände zu unternehmen usw.; 2. Amnestie für alle Personen, welche wegen ihrer politischen und religiösen Ueberzeugungen in Strafe genommen sind; 3. die Zugehörigkeit zu einer beliebigen Nationalität darf die politischen Rechte nicht beeinflussen. Außerdem ist, als Garantie gegen Uebergriffe der russischen Regierung bei der freien Durchführung dieser Forderungen, zu allererst eine allgemeine Volksmiliz zu schaffen, in deren Reihen alle zielbewußten Bürger die Verwirklichung unserer Forderungen erkämpfen können.

Indem wir die Bedeutung des historischen Augenblicks erkennen, indem Rußland aus der Periode der Gährung in die offene Revolution tritt und alle nur ein Ziel vor Augen haben, können wir die Studien nicht fortsetzen und stellen dieselben bis zum 13. September ein. Bis dahin werden die Ereignisse neues Material zur Lösung der Frage geben."

Die Resolution wurde mit 3000 gegen 50 Stimmen angenommen. Die Opposition wollte eine Gegenversammlung abhalten, die aber nicht zu stande kam. Vor dem Schluß der Versammlung wurde ein großes Bildnis des Kaisers, das im Saal hing, heruntergeholt und zerrissen und rote Fahnen wurden entfaltet. Die Versammlung ging um 7 Uhr abends ohne weitere Zwischenfälle auseinander.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Folgen des Bergarbeiterstreiks.

Altenessen, 20. Februar. (W. T. B.) Der Gewerkverein der christlichen Bergarbeiter hat, um eine bessere gewerkschaftliche Propaganda entfalten zu können, in einer Sitzung des Vorstandes beschlossen, den Sitz des Verbandes nach Essen zu verlegen und sechs neue Gewerkschaftsbeamte anzustellen.

Breslau, 20. Februar. (W. T. B.) Die „Schlesische Zeitung" meldet, die Ausfuhr von Kohlen nach Rußland über und nach Sosnowice sei bis auf weiteres eingestellt worden.

Braunschweig, 20. Februar. (W. T. B.) Am Schwarzen Brett der Technischen Hochschule ist heute eine von sämtlichen Professoren unterzeichnete Erklärung angeschlagen. Dieselbe betont, daß der Streit an der Hochschule auf Mißverständnisse zurückzuführen sei und erkennt an, daß die Frage der Zulassung der Ausländer einer Neuregelung bedarf. Dann wird erklärt, daß die Professoren in vollem Umfang für die Wahrung der akademischen Freiheit eintreten; sie erkennen der Studentenschaft das Recht zu, in ihren Versammlungen zu akademischen Tagesfragen Stellung zu nehmen, Wünsche und Beschwerden zu äußern und sie zur Kenntnis der Organe der Hochschule zu bringen, soweit dies in angemessener Form geschieht, ebenso das Recht, mit der Studentenschaft anderer Hochschulen in Meinungsaustausch über studentische Tagesfragen zu treten.

Budapest, 20. Februar. (W. T. B.) Wie verlautet, wird der frühere Ackerbauminister Daranyi zur Audienz beim König berufen werden; es heißt sogar, er werde mit der Bildung eines Uebergangs-Ministeriums betraut werden.

Brüssel, 20. Februar. (W. T. B.) Das Appellgericht sprach mittag das Urteil in dem Prozeß wegen der Hinterlassenschaft der Königin Henriette. Der Gerichtshof bestätigte das erste Urteil, welches dahin entschieden hatte, daß die fürstlichen Heiratskontrakte zugleich politische Verträge darstellten; daher seien die Kläger, welche die Richtigkeitserklärung des Heiratsvertrages König Leopold II. beantragt hatten, abzuweisen.

Die Komödie der Hullkommission.

Paris, 20. Februar. (W. T. B.) Die Hullkommission hat in der vergangenen Woche mehrere geheime Sitzungen abgehalten. Wie die „Agence Havas" meldet, glaubt man, die Kommission werde dahin erkennen, Admiral Roschdjestwensky habe sich in Gefahr glauben können und sein Verhalten könne deshalb nicht als tadelnswert erkannt werden. Von der von Rußland übernommenen Verpflichtung betreffend die Zahlung von Entschädigungen werde die Kommission Akt nehmen. Freiherr von Spaun werde die Schlußfolgerungen ausarbeiten und sie Ende dieser Woche der Kommission unterbreiten; die Schlußfolgerungen würden darauf der englischen und der russischen Regierung amtlich mitgeteilt werden. In der nächsten Woche werde dann die Kommission zu einer öffentlichen Sitzung zusammentreten, in der die Verlesung der Schlußfolgerungen vorgenommen werden solle.

Verantw. Redakt.: Paul Büttner, Berlin. Inseratenverantw. (mit Ausnahme der „Neue Welt"-Beilage): Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanst. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

143. Sitzung vom Montag, den 20. Februar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Bei Beginn der Sitzung nur Kommissare; später Graf Posadowsky, Freiherr v. Richthofen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der **Handelsverträge mit Italien, Belgien, Rußland, Rumänien, der Schweiz, Serbien und mit Oesterreich-Ungarn**, sowie des **Viehseuchen-Uebereinkommens mit Oesterreich-Ungarn.**

Präsident Graf **Ballestrem**

erklärt zur Frage der geschäftlichen Behandlung der Vorlage, daß er die einzelnen Teile der einzelnen Verträge aufrufen würde und für den Fall, daß keine Wortmeldung vorliege, keine besondere Abstimmung verlangt und auch keine Resolution vorgeschlagen werde, sie für angenommen erklären werde.

An diesen Vorschlag schließt sich eine

Geschäftsordnungsdebatte

an.

Abg. Dr. **Spahn** (Z.) schlägt vor, die Reihenfolge der Beratung der einzelnen Verträge zu ändern und zwar mit dem **Vertrage mit Oesterreich-Ungarn zu beginnen**, weil er gewissermaßen die Grundlage für sämtliche Verträge bilde. Jetzt stehe er zuletzt, weil er zuletzt abgeschlossen sei. Aber in Wirklichkeit beruhen sämtliche übrigen Verträge auf ihm. Außerdem lassen sich gerade die Fragen, die erörtert werden müssen, bei ihm am besten verhandeln. Soweit es sich um gleichartige Positionen handelt, kann dann auch auf die anderen Verträge übergegangen werden. Anschließen müßte sich an die Beratung des Vertrages mit Oesterreich-Ungarn die Beratung des Vertrages mit Rußland, der auch die Bedingung für die anderen Verträge ist. Daran schlösse sich dann die Erörterung der übrigen fünf Handelsverträge.

Abg. **Singer** (Soz.): Der Vorschlag des Abg. Spahn hat unsere Billigung. Ich möchte hier aber noch eine andere Frage an den Präsidenten richten, nämlich, ob er beabsichtigt, über die Verträge einzeln eine Abstimmung herbeizuführen. Die Frage ist schon in diesem Momente wichtig, weil schon Meinungsverschiedenheiten darüber aufgetaucht sind, ob über die Verträge einzeln oder nur im ganzen abgestimmt werden darf.

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich werde so verfahren, wie es die Geschäftsordnung für die zweite Lesung vorschreibt. Ich werde über die einzelnen Artikel und, soweit es verlangt wird, auch über die einzelnen Positionen verhandeln lassen und diese, wenn keine besondere Abstimmung verlangt wird, für die zweite Lesung als angenommen erklären. Eine Gesamtabstimmung kann erst in dritter Lesung stattfinden. Wenn daher z. B. Mitglieder des Reichstages dem Ausdruck geben wollen, daß sie gegen einen einzelnen Vertrag sind, so müssen sie dies durch Abstimmung bei der grundlegenden Position, also bei derjenigen, zu der Anlage A und B gehören, tun. Dann können sie nachher bei der dritten Lesung doch für die gesamten Verträge stimmen, **wenn sie das große Werk nicht gefährden wollen.**

Abg. **Sattler** (natl.): Wir erklären, daß wir dem Vorschlage des Kollegen Spahn beitreten.

Präsident Graf **Ballestrem**: Da nur zustimmende Erklärungen zu dem Vorschlage des Abg. Spahn abgegeben sind, schließe ich mich demselben an. Ich werde also erst den österreich-ungarischen Vertrag mit dem Viehseuchen-Abkommen, dann den russischen Vertrag und dann die übrigen zur Verhandlung bringen.

Auf der Tagesordnung steht also zunächst der

österreich-ungarische Handelsvertrag

und zwar Artikel 1, zu dem Anlage A und B gehören.

Da der Berichterstatter Graf **v. Kanitz nicht anwesend ist**, gibt Abg. Dr. **Spahn** den Bericht der Kommission.

Da die Abgg. Dr. **Heim** (Z.) und **Osel** (Z.) **nicht anwesend** sind, erhält das Wort

Abg. **Hufnagel** (k.). Er führt Klage über die Frachtermäßigungen, die Oesterreich-Ungarn den zu exportierenden Agrarprodukten gewährt, und wünscht von der Regierung bindende Erklärungen darüber, wann sie nach der **Viehseuchen-Konvention** die Voraussetzung von Grenzsperren als gegeben ansehen wird.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Ich habe ausdrücklich zu erklären, daß die österreich-ungarische Regierung ihre Refaktien (Frachtvergütigungen) für Malz fallen lassen wird unter der Voraussetzung allerdings, daß auch unsererseits keine Aenderung in dem bestehenden Zustande der Eisenbahntarife eintritt. Ich habe ferner zu erklären, daß wir unsere Rechte aus der Viehseuchen-Konvention **in dem Umfange ausüben** werden, der zum **Schutze der deutschen Viehbestände notwendig** ist. Ich habe schließlich zu erklären, daß wir alle die zum niedrigen Satz eingehende **Gerste denaturieren** werden, sobald der geringste Zweifel bestehen wird, ob sie zum **Vermälzen gebraucht** werden soll. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Dr. **Heim** (Z.): Der Staatssekretär hat erklärt, daß Oesterreich seine Refaktien für Malz aufgeben wird. Wie aber steht es mit den Refaktien der anderen Produkte? Und woher wird unsere Regierung erfahren, ob in Oesterreich Refaktien bestehen oder nicht?

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Ich kann nur die Erklärung wiederholen, die ich in der Kommission abgegeben habe: daß, **wenn die österreich-ungarische Regierung** in irgend einer Weise für Getreide, Malz, Gerste usw. **Exportprämien** einführen sollte, wir durchaus frei sind, entsprechende **Gegenmaßregeln zu ergreifen.** Wann wir diese ergreifen würden, darüber habe ich keine Veranlassung, mich jetzt zu äußern. Nach den Verträgen über den Eisenbahn-Frachtverkehr sind **geheime Refaktien überhaupt verboten.** Es ist ausgeschlossen, daß Oesterreich-Ungarn gegen diese Abmachung verstößt. Wenn aber Oesterreich-Ungarn offen Refaktien einführt, so werden wir das tun, wozu wir berechtigt und durch den Vertrag nicht gehindert sind. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. **Semler** (natl.): Unsere Haltung zu den Verträgen war von vornherein eine freundliche, denn unsere Politik ging seit Jahren trotz aller Angriffe von rechts und von links dahin, seitdem man die Wirkung der Caprivischen Handelsverträge übersehen konnte: einmal größeren Schutz für die Landwirtschaft eintreten zu lassen und zweitens die Kontinuität der Handelsvertragspolitik aufrecht zu erhalten und zwar eines nicht ohne das andere. Gewiß haben die Verträge auch Nachteile, sowohl für die Landwirtschaft in Bayern, als auch für die Industrie. Das ist aber unvermeidlich, alle Wünsche können unmöglich befriedigt werden. **Sollte es sich herausstellen, daß die Industrie schwer geschädigt wird durch die Verträge, so werden wir dafür Sorge tragen, daß dieser Schaden repariert wird.** (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Für den Augenblick nehmen wir diese Verträge an. Die Erklärungen der Regierung in der Kommission haben uns **befriedigt**, ihr Bestreben ist mit Erfolg dahin gegangen, Härten nach Möglichkeit auszugleichen. Im ganzen ist die Landwirtschaft, trotz einzelner Klagen, bevorzugt. Aber ein Einsichtiger wird ihr das nicht mißgönnen. Wir geben dieser Gesetzgebung, deren Grundlage der österreichisch-ungarische Handelsvertrag ist, unsere Zustimmung und hoffen, daß dafür gelegentlich auch die Industrie wieder Vorteile durch die Gesetzgebung erhält. Das ist wahre nationale Politik. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Gothein** (frs. Vg.): **Ich habe nicht die Absicht, dem Herrn Vorredner auf das Feld der Generaldebatte zu folgen, da ich die Stimmung im hohen Hause so verstanden habe, daß die Generaldebatte** für die dritte Lesung verschoben werden soll. — Eine Differenzierung der Frachten ist von agrarischer Seite veranlaßt worden. Der Staatssekretär hat erklärt, das wäre unmöglich. Wenn wir **unser Frachtverhältnis nicht zugunsten Oesterreichs ändern, dann** würde Oesterreich dasselbe auch nicht tun. Aber abgesehen von diesen formellen Gründen haben wir auch aus sachlichen Gründen alle Veranlassung, diese Differenzierung nicht eintreten zu lassen, weil die ostdeutsche Müllerei-Industrie ein dringendes Interesse hat, daß an dem Verhältnis nicht im geringsten geändert wird.

Ich habe mich gewundert, daß selbst solche Herren, die kürzlich erklärt haben, daß ihnen jede Verkehrsfeindschaft fernliege, solche Vorschläge gemacht haben. Ich konstatiere, daß der Staatssekretär Posadowsky durch die **Aufhebung des Identitätsnachweises die Einfuhrscheine zu Ausfuhrprämien** geworden sind. (Graf **Posadowsky** winkt ab.) Ich glaube mich nicht zu irren, Herr Staatssekretär, denn ich habe es mir sogleich notiert. Ferner möchte ich an den Herrn Staatssekretär eine Frage richten. Die **Preßhefefabrikanten** richten Anfragen an mich, ob die **Gerste**, die sie beziehen und die ja durchschnittlich weit weniger als 65 Kilogramm wiegt, jetzt als Malzgerste verzollt werden muß. Allerdings wird diese Gerste vermälzt, aber nicht zu Malz, sondern zu etwas ganz anderem. Diese Fabrikanten finden die geeignete Gerste nicht genug im Inland und sind in außerordentlicher Sorge.

Ich möchte betonen, daß speziell durch den österreich-ungarischen Handelsvertrag die **deutsche Industrie im höchsten Grade geschädigt** wird. Bei den Kommissionsverhandlungen kam das nicht so zum Ausdruck, weil das Material der Verhandlungen zu umfangreich war. Es herrschen übrigens berechtigte Klagen, daß das dem Reichstage und der Kommission unterbreitete Material unzulänglich ist, weil die autonomen Sätze des österreichisch-ungarischen Generaltarifs nicht angegeben waren. Dieser autonome Tarif ist bisher weder in Oesterreich noch in Ungarn Gesetz geworden. Gerade der heutige Berichterstatter oder vielmehr Nicht-Berichterstatter (Heiterkeit) Graf Kanitz bei den früheren Handelsvertrags-Debatten es mit den stärksten Worten verurteilt hat, daß der schweizerische Generaltarif noch nicht Gesetz war. Heute findet er nichts dabei. Mal so, mal so. (Heiterkeit.)

Die Unübersichtlichkeit des Materials ist in der Kommission für die Beratung außerordentlich nachteilig gewesen. Wir mußten uns darauf beschränken, einzelne Positionen, die uns zufällig auffielen, herauszugreifen. Aber dann sagten wir uns: Welchen Zweck hat es überhaupt noch, auf einzelne Positionen einzugehen, wenn bis nächsten Donnerstag doch der ganze Handelsvertrag unter Dach und Fach ist? (Sehr gut! links.) Was für einen Zweck hat es noch zu reden, wo das Volk doch in so kurzer Zeit sich über das, was ihm zugemutet wird, nicht mehr orientieren kann! Ein Vertreter der Mehrheitsparteien gestand, daß selbst für den, der 16 Stunden täglich auf das Studium der Handelsverträge verwendet hätte, es unmöglich sei, eine Uebersicht über das Maß der Verschlechterung unserer Exportindustrie zu erhalten. Daher kam es, daß in der Kommission viel über landwirtschaftliche Produkte und unseren Tarif, aber wenig über die industriellen Produkte und den Tarif gesprochen wurde. Selbst über die Vertragssätze, die gerade ihre Branchen betreffen, sind sich die Vertreter der Industrie und des Handels noch nicht klar. Die Mitteilungen der Zeitungen, insbesondere die unübersichtlichen Zusammenfassungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" haben sie irregeführt. **So werden wir hier über Verträge abstimmen, von denen die große Mehrheit des Hauses nicht weiß, was darin steht.** Die Mitglieder der Mehrheitsparteien werden der Parole ihrer Führer folgen und glauben, damit ihre Schuldigkeit getan zu haben. Was hülfe ihnen auch der Versuch, sich in die dicken Bände hineinzulesen? Beim **Fehlen jedes Materials**, beim **Fehlen jeder sachlichen Begründung** wäre es ihnen doch unmöglich, sich ein Urteil zu bilden.

Der Redner legt dann im einzelnen dar, welch schwere Schädigung einzelne Industriezweige durch den Vertrag mit Oesterreich-Ungarn erlitten, z. B. die Stickerei, die Wirkwaren-, die Spitzen-, die Posamenten-, die Hut-, die Tapetenindustrie, die Fabrikation von Pinseln und Bürsten usw. Am allerschlimmsten sind die Luxuspapeterien betroffen, doch ich will schließen, es hat ja keinen Zweck mehr, hier Position für Position durchzugehen und nachzuweisen, wie schwer die einzelnen Zweige unserer Industrie geschädigt sind. Die Folge dieser Handelsverträge mit ihrer zwölfjährigen Dauer kann nur die sein, daß **ein Teil der Industrie** gezwungen sein wird, **über die Zollgrenzen auszuwandern.** (Bravo! links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Herr Gothein kann sich darauf verlassen, daß ich gern geneigt wäre, ihm eine Freude zu machen; leider aber bin ich nicht in der Lage, seine Auffassung von meiner Erklärung über die Einfuhrscheine als richtig anzuerkennen. Im Anfang meiner Erklärung heißt es wörtlich: Oesterreich hat bei den Vertragsverhandlungen derart gegen das Einfuhrschein-System angekämpft, daß unmöglich angenommen werden kann, Oesterreich würde nun selbst zu einem solchen System übergehen. Sollte Oesterreich wider Erwarten ein Einfuhrschein-System einführen, welches Ausfuhrprämien in sich schlösse, so würden wir unserseits, falls der Reichstag dem zustimmen sollte, zu der Einführung entsprechender Ausfuhrprämien übergehen.

Herr Abg. Gothein hat bezweifelt, daß die österreich-ungarische Regierung überhaupt in der Lage wäre, ihre Erklärung auf **Abschaffung der Refaktien** durchzuführen. Ich bemerke zunächst, daß ein großer Teil der österreichischen Bahnen, soweit sie nicht Staatsbahnen sind, unter Staatsverwaltung stehen. Außerdem hat die österreichische Regierung erklärt, wie sie die Abschaffung der Refaktien erreichen werde, sei ihre Sache. Bei solchen Verhandlungen muß der alte deutsche Rechtsgrundsatz gelten: Hand muß Hand waschen. **Wir müssen der österreichischen Regierung die Verantwortung überlassen, wie sie ihre Zusage einhält.**

Weiter bemerke ich Herrn Gothein gegenüber, daß wir zweifellos berechtigt sind, Gerste, die nach unserer Auffassung geeignet wäre, als Malzgerste verwendet zu werden, die aber zu niedrigem Zollsatz abgefertigt ist, zu denaturieren. Ob man der **Preßhefe-Fabrikation** in irgend einer Weise **entgegenkommen** kann durch Zollkontrolle usw., muß **Gegenstand weiterer Erwägungen** des Reichsschatzamtes sein.

Herr Gothein hat dann unter anderem von einer schweren Schädigung der Pinselindustrie gesprochen. Demgegenüber konstatiere ich, daß die Pinselfabrikanten selbst es dankbar anerkannt haben, daß die Regierung eine Verbesserung ihrer Position erstrebt und teilweise auch erreicht habe. (Hört! hört! rechts.)

Abg. **Wolff** (Wirtsch. Vgg.): Der Weinzoll, der Gerstenzoll, die Viehzölle sind vollkommen unzureichend für die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der süddeutschen Landwirtschaft. Und die Viehseuchen-Konvention stellt für sie trotz der Erklärungen des Staatssekretärs eine ernste Bedrohung dar. Immerhin erlauben uns die bestimmten Erklärungen des Staatssekretärs hier im Plenum, dem Vertrage **zuzustimmen.** (Bravo! rechts.)

Abg. **Barbeck** (D. Vpt.) (Bei der im Hause herrschenden Unruhe unverständlich) spricht über den Hopfenzoll.

Abg. **Osel** (Z.): Ich muß dem Abg. Gothein darin zustimmen, daß das uns vorgelegte Material völlig unzulänglich war. Leider hat aber Abg. Gothein in der Kommission etwa 40 Prozent alles Gesprochenen allein gesagt. Ich erkläre, daß heute tatsächlich die Industrie ein Recht hat, sich benachteiligt zu fühlen. Aber 1892 hat die Landwirtschaft die Zeche bezahlen müssen. Doch ist sie auch in den gegenwärtigen Verträgen, was den Schutz des Viehs anbelangt, noch schlecht genug weggekommen. Ich konstatiere, daß gerade diejenigen Herren, von denen man einen Schutz der Landwirtschaft erwarten sollte, die Herren Grafen Kanitz und Schwerin, uns hier in der Kommission im Stich gelassen haben.

(Reichskanzler Graf **Bülow** betritt den Saal.)

Die endgültige Stellungnahme meiner Freunde kann ich heute noch nicht sagen. Wären wir in der Lage, den österreichischen Vertrag allein abzulehnen, so würde ich es **unter allen Umständen** tun. Ich muß es als eine Schlauheit des Herrn Reichskanzlers bezeichnen, daß er diesen mit den anderen sechs zusammen eingebracht hat. **(Beifall im Zentrum.)**

Als Berichterstatter bemerkt Abg. Dr. **Spahn** (Z.), daß, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, er betonen müsse, daß Abgg. Graf Kanitz und Graf Schwerin in der Kommission durch Krankheit und ähnliche Umstände verhindert gewesen sind.

Abg. **Schlumberger** (natl., auf der Tribüne total unverständlich) scheint über die Wirkung der Zölle auf die Mülhausener Industrie zu sprechen.

Abg. **Kaempf** (frs. Vp.): Der Abg. Wolff hat auf den Vorhalt, daß die süddeutschen Weinbauern in einem Jahre 50 Prozent des Grundwertes an ihrem Wein verdient hätten, entgegnet, daß sie dafür sechs Jahre lang gar nichts verdient hätten. Aber schon der selige Adam Riese hat gewußt, daß sie dann im Durchschnitt der letzten sieben Jahre noch immer eine Verzinsung von $7^1/_2$ Prozent ihres Grundwertes verdient haben. (Ironisches Sehr richtig! rechts.) In dem bisher geltenden Tarife sind die Zölle mit Gulden eingesetzt, aber zuzüglich 20 Prozent Goldagio bezahlt worden. In dem neuen Handelsvertrage sind sie mit Kronen eingesetzt. Werden von jetzt an die Zollsätze nach Kronen netto berechnet?

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Bezüglich der Frage nach dem Unterschiede zwischen Bilderbüchern und Druckschriften entgegne ich, daß dieser nicht festgelegt ist. Ich nehme aber an, daß, wenn Bücher mit längeren Erzählungen zollfrei bleiben, solche mit kürzeren Schriften und Kernsprüchen, die aber hauptsächlich Bilder enthalten, einer Verzollung unterliegen. Dem Abg. Kaempf erwidere ich, daß der bisherige Aufschlag für das Goldagio in den neuen Zollsätzen bereits ausgedrückt ist.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.) schließt aus den Erklärungen des Staatssekretärs, daß nach seiner Auffassung die Einfuhrscheine Exportprämien enthalten.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. **Aigner** (Z.) und des Abg. **v. Böhlendorf** (k.), der gegen den Abg. Schlumberger polemisiert, schließt die Debatte über den Artikel 1 des deutsch-österreichischen Handelsvertrages.

Es folgt die Beratung der Anlage A zu diesem Artikel, welche die deutschen Zollsätze enthält. Die Titel 1—625 werden debattelos erledigt. Zu Titel 626/27 (rohes und bearbeitetes Holz sowie Möbelteile) führt Abg. **Wallau** (natl.) Klage darüber, daß der **Zoll auf rohes Holz höher sei als der für Möbel.** Dadurch müsse die **Möbelindustrie geradezu vernichtet** werden. Er hoffe aber, daß dieser Irrtum sich noch nachträglich werde gut machen lassen; das sei der letzte Hoffnungsschimmer einer jungen, aufblühenden Industrie.

Anlage B enthält die österreichischen Zollsätze.

Zu Titel 568 (Silberarbeiten) bedauert Abg. **Lucas** (natl.), daß es den deutschen Unterhändlern nicht gelungen sei, die österreichischen Zölle auf der Höhe zu halten, die sie im alten Handelsvertrage hatten. Die Erhöhung treffe die Industrie, die im Jahre 1891 für eine Million, im letzten Jahre aber für neun Millionen ausführte, sehr schwer, vielleicht tödlich.

Ein **Regierungsvertreter** bittet, nicht zu vergessen, welche Zugeständnisse Oesterreich gemacht habe. Die Metallindustrie, die auch große Verbesserungen des status quo erreicht hat, kann die bedauerliche Erhöhung vielleicht noch am leichtesten ertragen.

Abg. **Singer** (Soz.): Wie die Ausführungen des Herrn Vorredners beweisen, müßten die Nationalliberalen gegen ihr eigenes Werk stimmen, wenn sie ernstlich die Interessen ihrer Wahlkreise berücksichtigen wollen. **Der größte Teil der deutschen Industrie ist mit wenigen Ausnahmen einseitig agrarischen Interessen geopfert worden.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich werde große Freude darüber empfinden, wenn den Herren von der **nationalliberalen** Partei, die sich ja nunmehr völlig als Agrarier fühlen, von ihren Wählern klar gemacht wird, daß sie nicht zur Vertretung einseitig agrarischer Interessen hierher geschickt worden sind. Wenn der Herr Vorredner Trost darin findet, daß von dem österreichischen autonomen Tarif etwas abgehandelt sei, so vergißt er, daß so wie Deutschland nach den Worten des Herrn Staatssekretärs des Innern seinen autonomen Tarif nur als Rüstzeug für Kompensationen aufgestellt hatte, auch Oesterreich einen Tarif aufgestellt hat, an dessen Inkrafttreten niemand gedacht hatte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich begreife ja, daß die Unterhändler sich gegen den Vorwurf wehren wollen, sie hätten die Interessen der Industrie nicht wahrgenommen; wir machen ihnen auch keinen Vorwurf, denn sie sind mit gebundenen Händen an die Arbeit gegangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) **Diejenigen, die den Tarif annehmen, ohne ihn zu kennen, ohne ihn durchzuberaten, ohne zu wissen, was darin steht, haben der Regierung den Weg geebnet, dessen Verfolgung notwendig die Interessen der Industrie aufs schwerste zu schädigen.** Wenn jene Herren, die jetzt über diese Schädigung klagen, nun ihr warmes Herz für die Industrie und die Arbeiter entdecken, so können sie dies nicht besser dokumentieren, als daß sie die Verträge ablehnen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die auf Antrag **Singer namentliche Abstimmung** über die grundlegende Position 1 des Artikels 1, die die Einführung der in den Anlagen A und B enthaltenen beiderseitigen Tarife vorsieht, ergibt 192 Stimmen dafür, 53 dagegen, bei 3 Enthaltungen. Die Positionen II—VI des Artikel 1, ebenso die Artikel 2—8 werden ohne Debatte angenommen.

Zur Debatte kommt das **Viehseuchen-Uebereinkommen** mit Oesterreich-Ungarn. Zu Artikel 1 bemerkt

Abg. **Hilpert** (Bayr. Bauernbd.): In dieser Vorlage sind die Interessen des süddeutschen Bauernstandes nicht genügend geschützt. Wir müssen das der Reichsregierung klar machen. Etwas andere Anschauungen hat die Reichsregierung ja schon bekommen, aber man muß mit Schiller sagen:

Wie wenig ach, hat sich entfaltet,
Dies wenige, wie klein und karg,
Wie schön war diese Welt gestaltet,
Als noch der Keim die Knospe barg.

(Große Heiterkeit.)

Abg. **Held** (natl.): Die Vorlage bereitet manchem eine Enttäuschung, ist aber doch ein großer Fortschritt für die 20 Millionen landwirtschaftlicher Bevölkerung, die vornehmlich von der Viehzucht leben.

Hierauf wird Artikel 1 und der Rest des Abkommens ohne weitere Debatte angenommen.

Zur Debatte kommt der

russische Handelsvertrag.

Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.): Der Bundeskommissar erklärte, daß die Interessen der **Kleineisen- und Stahlindustrie** im Vertrage mit Rußland sehr genau wahrgenommen wären, mit dem Erfolg, daß die bisherigen Sätze teils aufrecht erhalten, teils nur um einen geringen Betrag erhöht seien. Hiergegen muß man den lebhaftesten Widerspruch erheben. Nur ganz wenige Positionen sind dieselben geblieben; die meisten sind erhöht und zwar zum Teil zu einer geradezu prohibitiv wirkenden Höhe. Es gilt, Arbeitskräfte, welche in Generationen ausgebildet sind, zu schützen. Die deutsche Industrie wird nicht von heute auf morgen ihren Export einstellen. Aber eins wird sicher die Folge sein: Die **Auswanderung der deutschen Industrie.** Nicht nur die Handarbeiter, sondern auch die Kopfarbeiter müssen ins Ausland gehen. Eine Liste der russischen Industriellen beweist, daß es schon heute großenteils deutsche Namen sind. Aber nur kapitalkräftige Firmen können auswärtige Filialen gründen. Die kleinen und mittleren leiden schwer. Die Remscheider Kleineisen-Industrie ist schwer getroffen. Viele Remscheider Kleinindustriellen werden in das Heer der Lohnarbeiter herabgestoßen werden. Diese Handelsverträge sind keine Verträge über den Handel, sondern, wie schon Abg. Kaempf gesagt hat, gegen den Handel. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen.)

Geheimrat **Lusensky** erklärt, im großen und ganzen seien aber die Zölle auf Produkte der Kleineisenwaren-Industrie nicht erhöht.

Abg. Dr. Müller-Sagan (frs. Vp.): Es fragt sich, ob die Regierungsvertreter immer von den richtigen Vertretern der Kleineisenindustrie beraten worden sind; das scheint mir zweifelhaft, da die Interessen dieser Industrie in vielen Beziehungen im Tarife schlecht gewahrt worden sind. (Sehr richtig! links.)

Geheimrat **Lusensky** betont, daß er im vorigen Sommer in einer größeren Versammlung der Interessenten der Kleineisenindustrie eingehend über den Tarif verhandelt habe. Dort seien durchaus sachverständige Interessenten vertreten gewesen.

Abg. Dr. **Potthoff** (freis. Vereinig.): Die Landwirte hatten es verhältnismäßig leicht, die Verträge zu übersehen, aber für die Interessenten aus der Industrie hat die Regierung das Verständnis der Verträge dadurch erschwert, daß drei Tage nach ihrer Einbringung noch keine Exemplare zu kaufen waren. Die Auszüge in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" waren so euphemistisch, daß sie mehr zur Irreführung als zur Aufklärung der Interessenten dienten. Wenn Erwerbsgesellschaften in dieser Weise ihre Bilanz aufstellen würden, so würden sie Gefahr laufen, mit dem Strafrichter in Konflikt zu kommen. Für die Eisenindustrie gewährt der russische Vertrag keinerlei Ermäßigungen, während die Stahlwaren-, die Maschinen- und Textilindustrie durch die erheblich erhöhten Zölle schwer geschädigt wird. Dazu kommt, daß Rußland die Zollsätze noch durch seine Eisenbahntarife erhöhen kann. Unsere Unterhändler haben da kein besonderes Geschick bewiesen. Die Bindung auf 12 Jahre halte ich gerade für die erhöhten Zölle für sehr gefährlich. Wenn unsere Zollpolitik unter dem Schlagworte des Schutzes der nationalen Arbeit einhermarschiert, so entspricht der russische Vertrag diesem Schlagworte nicht. (Beifall links.)

Präsident Graf **Ballestrem** teilt mit, daß vom Abg. **Schmidt-Elberfeld** (frs. Vp.) über Artikel 1 des russischen Vertrages **namentliche Abstimmung** beantragt worden sei.

Abg. **Schmidt-Elberfeld** (frs. Vp.): Ueber den Artikel Schafscheren scheint **überhaupt nicht verhandelt** zu sein, denn hier ist der Satz des **autonomen** Tarifs beibehalten worden (Hört! hört! links), obgleich die russische Regierung gar kein Interesse an dieser Zollposition hatte. Das ist unerhört. (Beifall links.)

Abg. **Scheidemann** (Soz.): An den Zöllen der Kleineisenindustrie hat besonders auch die Solinger Gegend ein lebhaftes Interesse. Die Solinger Handelskammer hat erklärt, die Industrie sei durch diese Zölle geradezu gezwungen, auszuwandern. Ich will es offen aussprechen: Unsere ganze Rederei heute ist für die Katze. (Große Heiterkeit.) Die Zöllner sind in der großen Mehrheit, und es ist ohne Zweifel, daß sie diese Mehrheit auch gründlich ausnutzen werden. Es ist hier viel von den Schafscheren die Rede gewesen. Ich muß sagen, **diese ganzen Handelsverträge wirken wie eine große Schafschere.** (Unruhe rechts. Sehr richtig! links.) **Sie scheren nicht nur die Industriearbeiter, sondern auch den gesamten Mittelstand, die kleinbürgerlichen Kreise, für die Sie angeblich eintreten.** Wenn die Industrie, um trotz der hohen Zölle konkurrieren zu können, schlechtere Ware und geringeres Gewicht liefern muß, so bedeutet das nichts mehr und nichts weniger, als daß das Ansehen der deutschen Industrie im Auslande zugrunde geht. Die Freisinnigen sollten nicht nur gegen diesen einen Artikel, sondern gegen die gesamten Verträge stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat **Lusensky**: Wir haben dem großen Interesse, das unsere Ausfuhr-Industrie an der Herabsetzung des Schafscheren-Zolls hat, dadurch Rechnung getragen, daß wir in unseren Anträgen an die russische Regierung die Wiederherstellung des status quo gefordert haben. Wir haben diese Forderung auch in zweiter Lesung verfolgt und erst im letzten Moment, als wir sahen, daß wir ein befriedigendes Zugeständnis nicht erreichen konnten, haben wir darauf verzichtet.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (frs. Vp.): Herr Lusensky mag es ja unangenehm empfinden, daß ihm mit der Schafschere auf den Leib gerückt wird (Heiterkeit), jedenfalls aber beweisen seine Ausführungen, daß die Regierung den Schafscherzoll für prohibitiv hält.

Damit schließt die Diskussion.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Vertragstarife mit 198 gegen 106 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen.

Der Rest des Vertrags wird debattelos bewilligt.

Präsident Graf **Ballestrem**: Trotzdem wir einen Professor der Mathematik unter uns haben — man soll zwar die Privatstellung eines Abgeordneten nicht erwähnen, aber hier habe ich die spezielle Erlaubnis —, ist doch bei der letzten Abstimmung ein Rechenfehler vorgekommen. Es haben gestimmt: mit „ja" 180, mit „nein" 61; 4 haben sich enthalten. (Große Heiterkeit.)

Es folgt der

Handelsvertrag mit Italien.

Abg. **Schlumberger** (natl.) weist auf die Schädigung der Textilindustrie durch diesen Vertrag hin.

Abg. **Sartorius** (frs. Vp.) bemängelt, daß eine Position im deutschen Tarif die Bezeichnung „Marsalawein", im italienischen diejenige „Typ Marsala" hat. Die Verschiedenheit der Bezeichnung müsse zu erheblichen Zollplackereien führen.

Abg. **Preiß** (Els.) erklärt, daß seine Freunde trotz einiger Mängel des Vertrages für denselben stimmen würden.

Damit schließt die Diskussion. Der **italienische Handelsvertrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen Vereinigung angenommen.**

Es folgt der

Handelsvertrag mit Belgien.

Abg. Dr. **Potthoff** (frs. Vg.): Wir erkennen an, daß der neue Vertrag mit Belgien ebenso gut ist wie der jetzige, vielleicht sogar besser und werden für diesen Vertrag stimmen.

Der Vertrag wird hierauf **genehmigt**, desgleichen ohne Debatte der Vertrag mit **Rumänien**.

Es folgt der

Vertrag mit der Schweiz.

Abg. **Sartorius** (frs. Vp.) äußert Bedenken gegen die Fassung mehrerer Positionen. Die Zollbeamten würden große Schwierigkeiten haben, sich durch alle Bestimmungen unseres Zolltarifs hindurchzufinden. Es würde sich empfehlen, von unserem Zolltarif eine Volksausgabe in verständlichem Deutsch herauszugeben. (Heiterkeit.)

Nach einigen Bemerkungen des Abg. **Schlumberger** (natl.) wird der **schweizerische** Handelsvertrag **angenommen.**

Es folgt der

Handelsvertrag mit Serbien.

Er wird ohne Debatte **angenommen.**

Sodann werden die **Petitionen** zu den Handelsverträgen für erledigt erklärt. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Es entspinnt sich eine längere

Geschäftsordnungsdebatte über die nächste Tagesordnung,

in der Abg. **Bebel** (Soz.) es für passend erklärt, da die Mehrheit des Hauses ja doch wohl die dritte Lesung der Handelsverträge am Mittwoch vornehmen wolle, morgen Schwerinstag abzuhalten. Die Abgg. **Sattler** (natl.) und **v. Kardorff** (Rp.) sprechen dagegen, Abgg. Dr. **Spahn** (Z.), **Müller-Sagan** (Frs. Vp.) **v. Normann** (k.) dafür. Hierauf wird der Geschäftsordnungs-Antrag Bebel gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Reichspartei mit großer Mehrheit angenommen. Dementsprechend wird für die nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr, die Abstimmung über den **Toleranzantrag** und die Resolution Auer (Soz.) und Genossen über Einrichtung von **Arbeitskammern** und ein **Reichs-Arbeitsamt** in Verbindung mit Anträgen anderer Parteien über denselben Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt.

Schluß $7\frac{1}{2}$ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

143. Sitzung vom Montag, den 20. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt beim Etat **des Finanzministeriums.**

Abg. Dr. **v. Dziembowski** (Pole) geht auf den Rückgang der Zahl der polnischen Abgeordneten im Landtage ein. Seit 40 Jahren sei diese Zahl auf die Hälfte heruntergegangen, obgleich in verschiedenen Bezirken die Deutschen nur eine geringe Minderheit der Polen gegenüber darstellten.

Präsident **v. Kröcher** macht den Redner darauf aufmerksam, daß die Wahlstatistik doch nicht mit dem Finanzminister in Verbindung gebracht werden könne.

Abg. **Dziembowski** (Pole, fortfahrend) bekämpft sodann die **Ostmarken-Zulagen,** die nicht in den Rahmen eines konstitutionellen Staates paßten. Da sei es zu begrüßen, daß der Reichstag die Ostmarken-Zulagen abgelehnt habe. Der Dispositionsfonds der Oberpräsidenten zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken steigere noch die differenzielle Behandlung der Polen den Deutschen gegenüber, die seit dem Beginn der deutschen Ansiedelungspolitik stattfinde. Die Beamten im Osten würden disziplinarisch bestraft, wenn sie nicht für den deutschen Kandidaten stimmten, sie hätten also ein materielles Interesse daran, gegen die Polen zu stimmen.

Finanzminister Frhr. **v. Rheinbaben**: Die polnische Bevölkerung geht nicht zurück, sondern sie vermehrt sich in höherem Maße als die deutsche. In Posen haben die Polen seit 1900 um 9,5 Proz., die Deutschen nur um 1 Proz. zugenommen, im Bezirk Bromberg steht der Zunahme der Polen um 12,8 Proz. die der Deutschen um 7,9 Proz. gegenüber. Auch im Westen nimmt die polnische Bevölkerung enorm zu. Die dort arbeitenden Polen bringen ihre Ersparnisse zu den polnischen Genossenschaftsbanken, und so hat sich denn in den letzten 25 Jahren die Zahl der Mitglieder dieser Genossenschaftsbanken verachtfacht, während die Spareinlagen jetzt das 25fache derjenigen vor 29 Jahren betragen. Leider ist das Deutschtum im Rückgang und das Polentum dringt vor, dank seiner nationalen Energie und seines größeren Bevölkerungsüberschusses. Ich bestreite, daß die Beamten disziplinarisch gezwungen werden, für einen bestimmten Kandidaten zu stimmen. Aber die **Beamten** sind Diener des Staates und haben **im Osten große nationale Aufgaben** zu lösen, und mit den Beamten, welche das nicht tun, **haben wir kein Federlesen gemacht** und werden es auch nicht tun. (Beifall rechts.) Bei den Ansiedelungsbestrebungen handelt es sich um ein großes nationales Werk. Wir gehen nicht so weit, den Verkauf von Grundstücken an Polen grundsätzlich abzulehnen, aber wir müssen die unerfreuliche Situation der Deutschen verbessern und diese im Kampfe gegen das Polentum stärken. Den Vorwurf, daß unsere Beamten ein materielles Interesse daran hätten, so zu handeln, wie sie es tun, weise ich entschieden zurück. Wir sind in Preußen von den Zuständen im polnischen Reich, wo alles bestechlich war, weit entfernt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **v. Eynern** (natl.) führt aus, daß es besonders bei der jetzigen glänzenden Finanzlage Preußens nicht gerechtfertigt sei, die Städte noch höher für die Polizei-Ausgaben zu belasten.

Finanzminister Frhr. **v. Rheinbaben**: Die Erwägungen über das Polizei-Abgabengesetz sind innerhalb des Staatsministeriums noch nicht abgeschlossen. Ich muß aber doch gegenüber dem Abg. v. Eynern betonen, daß die Abgabenquote der Städte, die eine königliche Polizeiverwaltung haben, unter die im Gesetz vorgesehene Grenze von $33\frac{1}{3}$ Proz. bedeutend herabgesunken ist, sie beträgt in Berlin zum Beispiel nur noch 20 Proz. der dem Staate effektiv erwachsenden Aufwendung, und der Gedanke, auf den alten Prozentsatz zurückzukommen, liegt recht nahe. Die **Eisenbahnverwaltung** hat **infolge des Bergarbeiterstreiks** einen **verhältnismäßig sehr viel geringeren Ueberschuß in den letzten Monaten** als in derselben Zeit des Vorjahres. Ich nehme aber an, daß diese Differenz durch vermehrte Transporte wieder ausgeglichen und der Schaden nicht sehr bedeutend sein wird. Ueber die **Reform des Einkommensteuer-Gesetzes** werde ich mich zunächst am Donnerstag in der hierfür eingesetzten Kommission äußern. Ich habe einen entsprechenden Gesetzentwurf schon ausgearbeitet und nehme an, daß er noch in diesem Jahre, wahrscheinlich im Herbst, dem Hause zugehen wird.

Abg. Dr. **v. Dziembowski** (Pole) weist den Minister darauf hin, daß vor 30 Jahren auf den Kreistagen in Posen die Polen die Mehrheit gehabt hätten, jetzt hätten sie die Deutschen, ebenso sei es auf dem westpreußischen Provinzial-Landtage. Das sei eine Folge der preußischen Gesetzgebung. Nicht die Polen, sondern die Deutschen hätten mit der Absonderung und dem Boykott begonnen.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (fk.): Die Polen verdanken alles, was sie an Kultur besitzen, dem preußischen Staate und dem Deutschtum. Wenn bei einer Revision des Polizeikosten-Gesetzes der Nachweis erbracht wird, daß große leistungsfähige Gemeinden wie Berlin nicht der Billigkeit entsprechend herangezogen werden, so muß eine Aenderung des Gesetzes im Sinne einer stärkeren Heranziehung erfolgen.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) wendet sich gegen die fortwährende Erhöhung der geheimen Dispositionsfonds der Oberpräsidenten; am besten würde es sein, gar keine festen Summen in den Etat einzustellen, denn für die Germanisierungszwecke werde der Minister immer offene Taschen haben.

Minister Frhr. **v. Rheinbaben**: Die polnischen Landesteile sind unter der Aegide der preußischen Herrschaft emporgeblüht. Wenn die Polen fortwährend Klagen erheben, so verweise ich auf die schlimme Behandlung, welche in Galizien die Polen den Ruthenen zu teil werden lassen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.): Die Warenhaussteuer hat in sozialpolitischer Hinsicht ungünstig gewirkt, denn die Warenhäuser haben die Steuer auf ihre Lieferanten abgewälzt. (Sehr richtig! links.) Der Abg. v. Czarlinski ist offenbar über die Verwendung der Dispositionsfonds der Oberpräsidenten im unklaren. Sämtliche Fonds mit Ausnahme des Dispositionsfonds Seiner Majestät und des geheimen Fonds der Polizei unterstehen der Oberrechnungskammer. Die Polen scheinen ihre eigene Geschichte nicht zu kennen. Im alten Polenreich waren die Kulturzustände völlig vernachlässigt. Ich möchte den Polen sehen, dem bei uns ein Haar gekrümmt wird! Die russische Methode der Behandlung der Polen wünschen doch unsere Polen nicht. Wir sind bei dem Bestreben, das Deutschtum zu stärken, über die zulässigen Grenzen niemals hinausgegangen. (Beifall bei den Nationalliberalen).

Abg. **Rosenow** (frs. Vp.): Wir werden eine besondere Abstimmung über die Fonds, die der Polenpolitik dienen, verlangen, und wir werden sie ablehnen, weil wir meinen, daß die preußische Politik sich damit auf falschem Wege befindet. Berlin ist bei Festsetzung des Polizeikosten-Gesetzes sehr unfreundlich behandelt worden und muß jährlich fünf Millionen Polizeikosten zahlen. Man muß doch auch berücksichtigen, daß die Polizeiverwaltung nicht allein eingerichtet ist um der Stadt Berlin willen, sondern daß eine ganze Menge polizeilicher Kräfte gebraucht wird für allgemein politische Zwecke. Berlin ist die Zentralstelle der politischen Polizei. Eine große Anzahl von **Polizeikräften** wird in einer Stadt wie Berlin — das ist ja nun einmal nicht zu vermeiden — gebraucht bei **Paraden,** öffentlichen **Aufzügen,** Truppenbewegungen, für die Bewachung von königlichen Gebäuden usw. Man sollte Gemeinden, die große Kulturaufgaben zu erfüllen haben, in dieser Hinsicht nicht zu sehr belasten. Der Staat könnte hier ruhig mehr Lasten tragen.

Die Positionen werden gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Polen und des Zentrums **angenommen.**

Es folgt das Kapitel **„Verwaltung des Tiergartens in Berlin".**

Abg. **Rosenow** (frs. Vp.) geht auf die Frage der **Besitzverhältnisse des Tiergartens** ein. Der Finanzminister sagte im vorigen Jahre, der Tiergarten sei ein Jagdterrain der Kurfürsten von Brandenburg gewesen. Meine Behauptung, daß der Tiergarten von der Stadt Berlin geschenkt worden ist, konnte nicht widerlegt werden. Ich gestatte mir, auf eine Schrift des Stadtrats Friedel hinzuweisen, worin ausdrücklich gesagt wird, daß sich die Stadtgemeinde dem Landesherrn und Fiskus gegenüber in der denkbar freigebigsten und loyalsten Weise benommen hat, ohne in diesen speziellen Fällen im geringsten bis jetzt dafür eine Vergeltung empfangen zu haben. Es sei zunächst daran erinnert, daß ein recht wichtiger Teil des eigentlichen (großen) Tiergartens von seiten unserer Vorfahren dem Herrscherhause bezw. dem Fiskus geschenkt worden ist. Es war dies gerade der wertvollste Teil, nämlich derjenige, der zunächst vor der Stadt Berlin (damals Cölln an der Spree) nach dem Friedrichswerder zu lag.

In einer Urkunde vom 13. Mai 1527 bekennt der Kurprinz, spätere Kurfürst Joachim II., daß ihm Bürgermeister, Rat, Gewerke und ganze Gemeinde den nötigen Platz zu einem Tier- und Lustgarten vergönnt und gutwilliglich zu eigen eingeräumt und abgetreten, wofür er ihnen in Gunst und Gnaden billig dankbar sein werde. Er verspricht auch für sich und seine Erben und Nachkommen, daß, soweit das überlassene Gelände nicht mehr zum Tier- und Lustgarten benutzt werden sollte, das Eigentum wieder an die Stadtgemeinde zurückfallen solle. Daß letzteres bei den vielfachen Veränderungen, die der Tiergarten erlitten hat, auch nur teilweise geschehen sei, wird niemand behaupten können. Im Gegenteil hat sich der Fiskus, sobald er hier Straßen anlegte, bis zum 1. Januar 1876 immer als Eigentümer des aus altem städtischen Besitz herrührenden Straßenlandes geriert, und niemals ist seiner Bestimmung entzogenes ehemaliges Tiergartenterrain ohne Entschädigung an die Stadtgemeinde Berlin zurückgefallen.

Fast noch eigenartiger und charakteristischer liegen die Verhältnisse des sogenannten kleinen Tiergartens auf der rechten Spreeseite. Dieser, der früher viel größer war als er heut ist, ist ein Teil der seit unvordenklicher Zeit freies Eigentum unserer Stadtgemeinde gewesenen großen berlinischen Stadtheide, welche sich einstmals etwa von Monbijou und der Friedrich-Wilhelmstadt bis nach der Jungfernheide erstreckt. Da die Landesherren ihr Wild, welches vom großen Tiergarten über die Spree nach der städtischen Heide auf dem rechten Ufer wechselte, sich zu erhalten wünschten, so hatten sie schon lange ein begehrliches Auge auf diese Heideparzellen geworfen. Im Jahre 1656 wurde nun, um dem Großen Kurfürsten gefällig zu sein, vom Magistrat von Berlin der kleine Tiergarten bereitwilligst an die landesherrliche Domänenkammer abgetreten. Allerdings hat der Landesherr dafür ein Aequivalent zu geben versprochen, auch deshalb den damaligen Ingenieur Meinhard mittels Dekret vom 20. Mai 1655 anbefohlen, solches auszumessen, und dem Oberforstmeister anbefohlen, so viel Holz aus der Jungfernheide dem Magistrat von Berlin zu überweisen, als ihm im kleinen Tiergarten abgetreten wurde. Es ist aber bei diesen Versprechungen geblieben und der Berliner Stadtsyndikus Wackenroder bemerkt in einem Verzeichnis des Besitztums von Berlin im Jahre 1771 mit Betrübnis, daß, obwohl oftmals nach der bezeichneten Richtung hin allerunterthänigste Ansuchen vorgebracht seien, dennoch denselben keine Folge geleistet worden sei und er schließt mit den Worten: „Inmittelst erhellt hieraus, daß ein großer Teil des königlichen Tiergartens städtischer Grund und Bodens sei." Die Dokumente darüber befinden sich im Archiv der Stadt Berlin und bei der königlichen Staatsregierung selbst. Der Finanzminister wird mir zugeben müssen, daß es auf Wahrheit beruht, wenn ich damals gesagt habe, die Stadt Berlin sei immer sehr freigebig in bezug auf die städtischen Parkanlagen gegenüber dem Herrscherhause und dem Fiskus gewesen, und daß wir keinen Anlaß haben, nach dieser Richtung haben, Angriffe stillschweigend zu erdulden. (Beifall links.)

Minister Frhr. **v. Rheinbaben**: Ich lasse es dahingestellt sein, ob die ganzen Ausführungen des Abg. Rosenow sich auf den Tiergarten im heutigen Sinne beziehen oder ob sie sich nicht vielmehr auf ein Terrain an den Werderschen Mühlen beziehen. Das wird mir aber der Abg. Rosenow nicht bestreiten wollen, daß, wenn mit dem Tiergarten ein Geschenk seitens der Gemeinde dem Staat gemacht sein sollte, es nur ein onaröses Geschenk ist. Ich mache dem Abg. Rosenow den Vorschlag, den Tiergarten zurückzunehmen, dann muß die Stadt für die Unterhaltung jährlich die 250 000 M. allein aufbringen, die jetzt dafür aufgewendet werden müssen. (Abg. Rosenow (frs. Vp.): Bitte! Heiterkeit.) Es ist doch ein Unikum, daß der Staat einen Park unterhält, der fast ausschließlich der Kommune zugute kommt. (Beifall rechts.)

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Etats.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag, 11 Uhr (**Kultusetat**).

Schluß $2^{3}/_{4}$ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Parteitag der badischen Sozialdemokratie.

Der diesjährige Parteitag der badischen Sozialdemokratie trat am Sonnabend in Offenburg zusammen. Auf der Tagesordnung stand neben den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten: Berichterstattung über die Parteipresse, Stellungnahme zur bevorstehenden Landtagswahl, die Tätigkeit der Landtagsfraktion, Errichtung eines Parteisekretariats, die Frage der Eisenbahnreform.

Ueber die Presse referiert Genosse Eugen Geck, der Geschäftsführer des „Volksfreund" in Karlsruhe. Er schildert die Schwierigkeiten, die bei der Ueberführung des „Volksfreund" in die eigene Druckerei zu überwinden waren. Trotz der großen Anforderungen hat das Blatt im ersten halben Jahre seiner völlig selbständigen Existenz einen kleinen Ueberschuß gebracht. Die Abonnentenziffer ist auf $11\frac{1}{2}$ Tausend gestiegen. Genosse Dreesbach gibt einen kurzen Bericht über den Stand der „Volksstimme". Der Abonnentenstand bewegt sich dort auch aufwärts, wie überhaupt das Geschäft sehr gut steht. In diesem Jahre ist die „Pfälzische Post", die bisher in der „Volksstimme" gedruckt wurde, in eine eigene Druckerei überführt worden, wodurch für die „Volksstimme" ein Ausfall von zirka 50 000 Mark jährlich entsteht. Genosse Dreesbach hofft, daß trotzdem das Geschäft sich weiter vorwärts entwickelt. Nach einer sehr lebhaften Debatte wird beschlossen, daß der „Volksfreund" die Parlamentsberichte ausführlicher bringen soll, daß die Parteiorgane mehr über die agitatorische Arbeit innerhalb der badischen Partei berichten sollen und schließlich werden die Parteiorgane verpflichtet, bei Entnahme von Leitartikeln und politischen Korrespondenzen aus anderen Parteiblättern die Quellen zu nennen. Abgelehnt wird ein Antrag, den „Volksfreund" täglich mindestens sechsseitig erscheinen zu lassen.

Die Stellungnahme zur bevorstehenden Landtagswahl, zu der Genosse Lehmann referiert, wird nach einer sehr anregenden Diskussion in der folgenden einstimmig beschlossenen Resolution festgelegt:

> Der am 18. und 19. Februar 1905 in Offenburg tagende ordentliche Parteitag der badischen Sozialdemokratie empfiehlt den Genossen in allen Landtags-Wahlkreisen Badens selbständig in den Wahlkampf einzutreten und alle Gegner ohne Unterschied mit gleicher, altgewohnter Entschiedenheit zu bekämpfen.
>
> Im Falle die sozialdemokratische Partei im zweiten Wahlgange den Ausschlag zu geben hat, wird sie ihre Entscheidung abhängig machen von der Stellung, welche die betreffenden Kandidaten und Parteien den ihnen auf dem Gebiete der praktischen Politik zu unterbreitenden Forderungen gegenüber einnehmen.

Es wird noch ein Zentral-Wahlkomitee gewählt, dem insbesondere zustehen soll, Weisung über die einzuhaltende Stichwahl-Taktik zu geben.

Der Geschäftsbericht des Landesvorstandes ergibt außer dem schon Mitgeteilten nichts wesentlich Neues. Dem Landesvorstande wird nach kurzer Debatte einstimmig Decharge erteilt.

Der Parteitag beschließt fast einstimmig, einen Parteisekretär anzustellen. Der Parteivorstand in Berlin soll angegangen werden, das Gehalt des Sekretärs zu übernehmen. Zum Sekretär wurde dem Parteivorstande Genosse Eichhorn vorgeschlagen. Das Sekretariat soll seinen Sitz in Karlsruhe haben.

Genosse Lehmann erstattet sodann den Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion. Nach einiger Diskussion, in der wesentliche Ausstellungen an der Tätigkeit der Fraktion nicht gemacht wurden, ist auch dieser Gegenstand erschöpft. Die Erörterung der Eisenbahnreform-Frage wird wegen Mangel an Zeit von der Tagesordnung abgesetzt.

Beschlossen wird noch, daß die Genossen lebhafter dafür wirken sollen, daß das Schulgeld in den Gemeinden aufgehoben

wird. Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages wird die Schulfrage gestellt. Der nächste Parteitag findet in Karlsruhe statt und ebenso siedelt der Landesvorstand nach Karlsruhe über. — Der Parteitag ist von 76 Delegierten besucht, welche 54 Orte vertreten. — Zum Schlusse wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche den russischen Kämpfern um Freiheit und Volksrechte die Sympathie des Parteitags ausspricht.

Einen erfreulichen Erfolg errangen unsere Parteigenossen in Straßburg bei den Stichwahlen zum Stadtverordneten-Kollegium am Sonntag. Alle sechs strittigen Mandate fielen ihnen zu, so daß sie jetzt acht Vertreter im Kollegium haben.

Der Jahresbericht der sozialdemokratischen Partei Hamburgs ist in Form einer 56 Seiten starken Broschüre erschienen. Die vereinigten Vorstände der drei Sozialdemokratischen Vereine legen in diesem erstmals erschienenen Bericht zunächst dar, wie sie beim Fall des Sozialistengesetzes die Funktionen des bis dahin bestehenden Zentralkomitees übernahmen und wie aus diesem Verhältnis unter Einwirkung der Entwickelung des Vereins sich allmählich eine feste Norm für Art und Umfang ihrer Kompetenzen entwickelte. „Der Grundzug der neuen Organisation war Selbständigkeit des einzelnen Wahlkreises in allen seinen eigenen Angelegenheiten, aber gemeinsames Handeln aller drei Kreise in allgemeinen Fragen", und so ist es bis heute geblieben. Der in Parteiregie übernommene Vertrieb des „Hamburger Echo" arbeitete im Berichtsjahr 1904 mit einem Umsatz von 577 702,74 M.; es wurden 230 Personen als Austräger und Filialleiter beschäftigt. Die Regie vertrieb das Blatt Ende 1904 in einer Tagesauflage von 40 554, was einen Abonnementszuwachs von 3053 im Berichtsjahr bedeutet. Die Gesamtauflage des „Hamburger Echo" (also einschließlich der Postabonnenten) beträgt für die Wochentage 41 500, für den Sonntag 43 300. Die Mitgliederzahl der drei Sozialdemokratischen Vereine betrug Ende 1904 insgesamt 18 186 (gegen 16 441 im Vorjahre), wovon auf den ersten Kreis 4591, auf den zweiten Kreis 4369, auf den dritten Kreis 9226 entfallen. — An den Bericht der vereinigten Vorstände schließen sich die Einzelberichte der drei Vereine, denen ebenfalls Mitgliederstatistiken und ferner Abrechnungen beigegeben sind. Nach den letzteren betrugen im Jahre 1904:

	im 1. Kr.	im 2. Kr.	im 3. Kr.
Die Einnahmen	22 849,21 M.	20 657,66 M.	43 403,83 M.
Die Ausgaben	15 303,74 „	16 878,99 „	41 479,31 „
Der Kassenbestand	7 545,47 „	3 778,67 „	1 924,52 „

An die Parteikasse in Berlin abgeführt wurden vom ersten Kreis 2000 M., vom zweiten Kreis 5000 M., vom dritten Kreis 13 000 M.; für das Gewerkschaftshaus gegeben 5000 M., 2000 M. und 5000 M.

Ein eigenes Heim hat am Montag unser Hallesches Parteiblatt bezogen. In einem für diesen Zweck errichteten praktischen Neubau ist die Genossenschaftsdruckerei, Redaktion und Expedition sowie das Arbeitersekretariat untergebracht.

Ein Führer durch die Landgemeinde-Ordnung für die östlichen Provinzen Preußens ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen.

Seit Jahren schon ist bei den Genossen, die in den Verwaltungen der Landgemeinden tätig sind oder die in ländlichen Bezirken die Agitation leiten, der Wunsch nach einer billigen und leicht verständlichen Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung zutage getreten. Dieser Wunsch ist nun erfüllt. Der von dem Genossen Paul Hirsch bearbeitete Führer enthält in übersichtlicher Form alles Wissenswerte auf dem Gebiete der Landgemeinde-Ordnung, er begnügt sich nicht mit einer bloßen Wiedergabe der Gesetzesparagraphen, sondern gibt überall da, wo es nötig ist, Erläuterungen unter besonderer Berücksichtigung von Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts.

Der Preis beträgt 30 Pfennige.

Solche billigen und durch die sachliche und leicht übersichtliche Gliederung des behandelten Stoffes empfehlenswerter Führer sind bisher in dem gleichen Verlage über folgende Gesetze erschienen:

Invaliditätsversicherung — Gewerbe-Unfallversicherung — Bau-Unfallversicherung — Forst- und landwirtschaftliche Unfallversicherung für je 25 Pfennige; durch das Vereins- und Versammlungsrecht 30 Pfennige, Strafprozeß-Ordnung 40 Pfennige und Führer für den Militärpflichtigen 30 Pfennige.

In all diesen Führern handelt es sich um Dinge, mit denen sich die Arbeiter vertraut machen müssen, wenn sie im öffentlichen Leben ihre Interessen wahren oder sich selbst vor Nachteilen schützen wollen.

Sozialdemokratisches Bücher- und Schriftenverzeichnis der Buchhandlung Vorwärts in Berlin ist soeben wieder neu ausgegeben. Es enthält auch diesmal kurze Auszüge und Erläuterungen zu den aufgeführten Titeln, so daß es jedermann leicht ist, sich über den wesentlichen Inhalt einer Schrift zu orientieren. Für Vereine und ihre Bibliotheken ist dies ein wesentlicher Ratgeber bei Anschaffung oder Ergänzung ihrer Bücherbestände. Empfehlenswert ist auch die Durchsicht der unter „Gelegenheitskauf" aufgeführten Bücher, die zu teilweise recht erheblich ermäßigten Preisen manch gutes Buch, das sonst fast unerschwinglich ist, enthalten. Das Verzeichnis wird auf Verlangen gratis und franko von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, versandt. Es ist auch in allen Parteibuchhandlungen erhältlich.

Der Parteitag der schwedischen Sozialdemokratie.

Am Freitag vormittag wurde im Volkshause zu Stockholm der sechste Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens durch den Parteivorsitzenden C. E. Tholin eröffnet. Seit dem vorigen ordentlichen Parteitag in Malmö sind fünf Jahre verflossen. Inzwischen wurden ein außerordentlicher Parteitag und eine Parteikonferenz abgehalten, die sich beide mit der Wahlrechtsfrage befaßten. Im übrigen war die seit dem Malmöer Parteitag verflossene Zeit hauptsächlich der Agitations- und Organisationsarbeit gewidmet. Wie fruchtbar diese Tätigkeit war, geht schon daraus hervor, daß die Partei, die im Jahre 1897 nur ungefähr 20 000 Mitglieder und 1900 44 000 zählte, nun auf 63 000 Mitglieder angewachsen ist.

Vertreten waren auf dem Parteitag 63 Arbeiterkommunen (Ortsabteilungen der Partei) durch 174 Delegierte; außerdem waren anwesend: 21 Mitglieder des Parteivorstandes, die 3 Parteirevisoren und 4 Vertreter der Norwegischen Arbeiterpartei. Die Norweger wurden von dem Vorsitzenden und den übrigen Delegierten besonders herzlich willkommen geheißen. Ihre Anwesenheit ist ein Beweis dafür, daß die Unionszwistigkeiten, die unter anderem dazu geführt haben, daß die Norweger sich von den jüngst abgehaltenen Nordischen Spielen fernhielten, auf das brüderliche Verhältnis der Sozialdemokratie beider Länder keinen Einfluß ausüben. Diese Ueberzeugung kam auch in den freundlichen Worten zum Ausdruck, mit denen der norwegische Parteisekretär Magnus Nielsen dem Parteitag die Grüße der Sozialdemokratie Norwegens überbrachte.

Die Berichte des Parteivorstandes über die Jahre 1900 bis 1904 lagen gedruckt vor. Im Laufe des letzten Jahres haben sich der Partei 22 Arbeiterkommunen mit 49 Abteilungen angeschlossen. Danach zählt die Partei jetzt 114 Arbeiterkommunen und 804 Abteilungen. Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1904 von 54 552 auf 63 023 gestiegen. Die Partei hat zwei fest angestellte Agitatoren, F. E. Elmgren und J. Persson; ferner war während der letzten sieben Monate noch ein dritter Agitator, A. Nordquist, auf Rechnung der Partei tätig. Außer diesen festen Agitatoren wurden noch mehrere andere Parteigenossen für kürzere oder längere Agitationstouren angestellt. An den Osterdemonstrationen gegen den Wahlrechtsreform-Vorschlag der Regierung nahmen 70 000 bis 80 000 Personen teil, an den Maidemonstrationen des letzten Jahres ungefähr 140 000. Die Partei hat in der Zweiten Kammer vier Abgeordnete; die Zahl ihrer Gemeindevertreter in den verschiedenen Kommunen des Landes ist 26. Die Einnahmen der Partei betrugen im Jahre 1904 88 000 Kr.; seit Juli 1900 325 000 Kr. Für die mündliche Agitation wurden in den fünf Jahren 47 057 Kr. ausgegeben, davon im Jahre 1905 14 922 Kr.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht wurde besonders über das von der Partei gegründete Witzblatt „Karbasen" gesprochen, dessen finanzielles Ergebnis unbefriedigend ist und dessen Inhalt von mehreren Rednern kritisiert wurde.

Neues vom Fremdenrecht.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Geehrte Redaktion!

Ich erbitte Ihre Gastfreundschaft für die folgende Zuschrift, die ein dem „Vorwärts" bereits bekanntes Thema durch ein persönliches Erlebnis neu illustriert.

Am 11. Februar d. J. wurde ich in Berlin aus meinem Hotel heraus wegen Bannbruches polizeilich sistiert. Ich war nämlich Anfang 1893, also vor 12 Jahren, als „politisch lästig" aus Preußen ausgewiesen. Bei der Verhaftung wurde ich einer Leibesvisitation unterworfen, bei der mir alle meine russischen Papiere abgenommen wurden. Dagegen erhob ich in aller Form Protest.

Gar so einfach war das nicht. Der vernehmende Polizei-Assessor, vertieft in die angenehme Lektüre meiner Briefschaften, glaubte erst, sich damit begnügen zu dürfen, daß er den ihm beistehenden Unterbeamten zum Zeugen meines Protestes anrief. Ich setzte protokollarische Aufnahme meines Protestes durch, doch weigerte sich der Beamte mit aller Entschiedenheit, die Begründung meines Protestes, also die eigentliche Beschwerde, zu protokollieren, und notierte bloß, daß ich gegen die Durchsuchung Protest erhoben habe. Auf meine Frage, an wen ich meine Beschwerde zu richten habe, wurde mir die Antwort: „Wohin Sie wollen, das ist mir egal." Da das aber mir keineswegs egal war, setzte ich es schließlich durch, daß mir als Beschwerde-Instanz der Polizeipräsident von Berlin genannt wurde. Später erfuhr ich, daß der unmittelbare Vorgesetzte des Herrn Assessors Polizeirat Hennig sei und verlangte ihn zu sprechen. Ich wurde von Herrn Polizeirat Hennig empfangen, der dann auch erst in korrekter Weise meine Beschwerde aufgenommen hat. Man sieht, es geht etwas zähe zu mit dem Beschwerderecht bei der Polizei. Dies zur Kenntnisnahme für andere, die gleichfalls in die Lage kommen sollten, sich bei der Polizei über die Polizei zu beschweren.

Ich beschwerte mich darüber, daß „meine Geschäftspapiere und meine Privatkorrespondenz einer Durchsicht unterworfen worden wären, ohne daß der Verdacht einer bestimmten strafbaren Handlung vorgelegen hatte, wie das auch auf meine direkte Anfrage seitens des ausführenden Beamten zugegeben worden war". Auf diese Beschwerde bekam ich vom Polizeipräsidenten, Abteilung VII (politische Abteilung) unter dem 13. Februar folgende Antwort:

„Die am 11. d. bei Ihrer Sistierung wegen Uebertretung des § 361[2] Reichs-Strafgesetzbuches Ihres Einspruches ungeachtet vorgenommene Durchsuchung der in Ihrem Besitz gefundenen Papiere war nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung nicht gerechtfertigt. Der betreffende Beamte ist entsprechend belehrt worden.

gez. v. Borries."

Also der Herr Assessor ist jetzt unterrichtet. Daß ein Beamter mit juristischer Vorbildung und einer gewissen Polizeiroutine erst im besonderen Fall von seiner vorgesetzten Behörde auf die Grundregel der Strafprozeß-Ordnung aufmerksam gemacht werden muß, berührt gewiß seltsam. Ich will aber zugunsten des jungen Mannes gern konstatieren, daß er diese Regel kannte. Er sagte mir offen und unumwunden, daß er es zwar nach der Strafprozeß-Ordnung nicht tun dürfe, daß aber die Durchsuchung im Verwaltungsverfahren geschehe. Derselben Meinung war auch Herr Polizeirat Hennig, der mich auf die Aussichtslosigkeit meiner Beschwerde aufmerksam gemacht hatte. Die Sache ist ja bekanntlich die: Wenn der Verdacht einer bestimmten strafbaren Handlung vorliegt, darf nur der Richter die Durchsuchung vornehmen, — wenn aber dieser Verdacht nicht vorliegt, dann darf es und tut es ohne weiteres die Polizei. Je geringer die Wahrscheinlichkeit einer strafbaren Handlung, desto größer die Rechtsunsicherheit der Person. Notabene, wenn es sich um Ausländer handelt.

Also was nützt es, daß der Herr Polizeipräsident seinen Beamten die Strafprozeßordnung in Erinnerung bringt, die sie auch ohnedies sehr gut kennen? Das hätte nur dann einen Sinn, wenn damit endlich zugegeben werden sollte, daß auch bei Ausländern Durchsuchungen nur auf Grund der Strafprozeß-Ordnung vorgenommen werden dürfen. Dieses aber ergibt sich keineswegs ohne weiteres aus der Zuschrift des Polizeipräsidenten. Also bedarf es der Aufklärung.

Es ist nicht bloß eine Frage des Fremdenrechts, es handelt sich auch um die elementarsten Rechtsgarantien im Inlande. Gerade in meinem Fall ist das klar zu ersehen. Unter meinen Geschäftspapieren, die ohne richterliche Erlaubnis einer polizeilichen Durchsuchung unterworfen worden waren, befanden sich einige, die sich auf ein Geschäftsunternehmen beziehen, das seitens meiner Firma und einiger anderen Unternehmer, deutscher Reichsbürger eingeleitet worden ist. Es ist eine neue Geschäftsidee, die leicht von anderer Seite aufgegriffen werden kann, weshalb die verhandelnden Parteien sich gegenseitig zur strengsten Geheimhaltung verpflichtet haben. Durch die unbefugte Durchsicht dieser Papiere werden also nicht bloß meine persönlichen Interessen, sondern auch die Interessen meiner reichsdeutschen Geschäftsfreunde bedroht. Dasselbe gilt aber auch von der Privatkorrespondenz. Das Briefgeheimnis ist von Wichtigkeit nicht bloß für den Empfänger, sondern auch für den Absender. Man hat bei mir Briefe von Reichsdeutschen einer polizeilichen Durchsicht unterworfen und dadurch diesen deutschen Bürgern gegenüber das Briefgeheimnis verletzt.

Es handelt sich in der angeregten Frage nicht bloß um das Recht einzelner, sondern um die Rechtsgrundlagen des Staates. Bedeutet nun das Antwortschreiben des Berliner Polizeipräsidiums auf meine Beschwerde ein Einlenken in die Formen des bürgerlichen Rechts, oder ist das nur eine Ausnahmedeutung des einzelnen Falls? Aufklärung darüber liegt im öffentlichen Interesse.

München, den 16. Februar 1905.

Dr. Helphand (Parvus).

Die Darlegungen des Genossen Parvus zeigen, daß sich Fremdenrecht und Staatsbürgerrecht gar nicht trennen läßt und daß Fremdenrechtlosigkeit notgedrungen eine Durchbrechung staatsbürgerlicher Rechtsgarantien im Gefolge hat. Barbarei infiziert die Kultur, wo sie mit ihr zusammengekoppelt wird.

Leider müssen wir den Optimismus, als könne dem Erfolg, den die Beschwerde beim Polizeipräsidenten gehabt hat, auch nur die Spur einer Aussicht auf Aenderung der bisherigen Fremdenpolizei-Praxis entnommen werden, zerstören.

Parvus war bereits ausgewiesen; er war in der glücklichen Lage, sich durch seine Anwesenheit in Berlin strafbar gemacht zu haben; das Vorgehen der Polizei gegen ihn war ein kriminelles, eine Strafverfolgung. Ihn schützte sein „Verbrechen", das ihn mit dem Palladium der strafprozessualen Garantien wappnete.

Das hatten die untersuchenden Beamten in ihrem Russeneifer übersehen: daher die Rektifizierung durch den Polizeipräsidenten.

Aber fürwahr: wir können den Herren keinen großen Vorwurf machen. Die Grenze zwischen „erlaubter" und verbotener Polizeiwillkür ist gar zu fein. Aus dem völkerrechtswidrigen Satz, daß die verfassungsmäßigen Rechte der Preußen den Ausländern nicht zuständen, wagt die Polizei ja selbst nicht das Recht zu jeder beliebigen Vergewaltigung der Fremden herzuleiten; sie stützt sich bekanntlich auf das Ausweisungsrecht. Auch dieses aber nimmt sie nicht — völkerrechtswidrig — unbeschränkt für sich in Anspruch, sondern nur gegenüber „lästigen" Ausländern. Sie beansprucht aber die Machtvollkommenheit, zur Feststellung vermuteter „Lästigkeit" jede zweckmäßig erscheinende Maßregel (Verhaftung, Durchsuchung usw.) vorzunehmen. Sintemalen aber ungezählte Fälle bekannt sind, wo die Polizei, nachdem für sie die übliche „Lästigkeit" bereits längst feststand, dennoch Verhaftungen, Durchsuchungen usw. vorgenommen hat, wo diese Maßnahmen keinen anderen Zweck verfolgten, als politische Spitzelei im Interesse Rußlands zu treiben, wo die beschlagnahmten Papiere nicht nur von der Polizei unter dem Siegel der Amtsverschwiegenheit zur Kenntnis genommen, sondern dritten Personen, insbesondere der russischen Regierung mitgeteilt sind, gehörte allerdings hervorragender Scharfsinn dazu, die Grenze zu finden, innerhalb deren der Russe in Deutschland keiner polizeilichen Willkür unterliegt. Die Anarchistenkonventionen und der maßlose Russeneifer haben das Gefühl für die Grenzen der Administrativgewalt von Grund aus korrumpiert.

Wir wollen am Schluß noch mitteilen, daß Genosse Parvus noch am 11. d. Mts. vormittags wegen Bannbruchs zu 3 Tagen Haft verurteilt ist, die er am Dienstag mittag bereits abgebüßt hatte, und daß sich der Sünder noch am Dienstagabend den preußischen Staub von den Füßen geschüttelt hat.

Soziales.

Ungültige Sanitäts-Polizeiverordnung.

In Ronsdorf (Reg.-Bezirk Düsseldorf) besteht die Bergische Lungenpflegestätte. Den Gastwirten und Kleinhändlern mit Branntwein ist nun durch Polizeiverordnung verboten worden, an die Pfleglinge dieser Lungenheilstätte alkoholische Getränke zu verabfolgen und ihnen den Aufenthalt in ihren Betriebsräumen zu gestatten. Wegen Uebertretung des Verbots wurde der Gastwirt Schmidt verklagt. Das Landgericht Elberfeld sprach ihn jedoch frei und erklärte die Polizeiverordnung für ungültig, weil sie in Widerspruch stehe zu dem Sanitätsreglement von 1835. Dieses regele erschöpfend die Materie der ansteckenden Krankheiten. In bezug auf die Schwindsucht treffe es nur Vorschriften über die Reinigung der Kleider und ihre Vernichtung. Eine Polizeiverordnung könne daneben keine anderen Vorschriften über Schwindsüchtige treffen.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte unter Berufung auf Darlegungen des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf geltend, daß man im Jahre 1835 die damals Schwindsucht genannte Lungentuberkulose in ihren Anfangsstadien noch nicht gekannt habe. Diese beginnende Tuberkulose, um die es sich aber bei den Pfleglingen der Lungenheilstätte handle, werde demnach nicht vom Sanitätsreglement mit umfaßt. Sonach sei eine sich auf solche Pfleglinge beziehende Polizeiverordnung wohl gültig, zumal die Pfleglinge nicht allein durch sie geschützt werden sollten, sondern es sich auch um den Schutz des allgemeinen Publikums gegen Ansteckungsgefahr handle.

Das Kammergericht hielt indessen die Polizeiverordnung ebenfalls für ungültig und verwarf am 20. Februar mit folgender beachtenswerten Begründung die staatsanwaltliche Revision: Zweifelsohne mache die Polizeiverordnung einen sympathischen Eindruck und sie ließe sich wohl auch an sich einreihen in die Gegenstände polizeilicher Regelung gemäß § 6 des Polizei-Verwaltungsgesetzes, besonders unter 6i, wonach auch durch Polizeiverordnung geregelt werden könne: alles, was „im besonderen Interesse der Gemeinden und ihrer Angehörigen polizeilich geordnet werden muß". Indessen dem stehe wieder einmal gegenüber die Schranke des nunmehr 70 Jahre alten und höchst veralteten Regulativs von 1835, das die ganze Materie der ansteckenden Krankheiten des menschlichen Geschlechts einheitlich und ausschließlich geregelt habe und habe regeln wollen. Und da die Schwindsucht in dem Regulativ behandelt werde, so sei es der Polizei nicht erlaubt, neben diesen Bestimmungen andere Bestimmungen über Lungenkranke festzulegen. Erst nach Beseitigung des alten Sanitätsregulativs von 1835 wäre freie Bahn für die Polizei, Bestimmungen wie die hier für ungültig erklärten zum Schutze Gesunder gegen die Infizierung mit Schwindsuchtskeimen zu erlassen. Zu dieser Beseitigung sei ja jetzt die beste Gelegenheit anläßlich der Vorbereitung des neuen Menschenseuchen-Gesetzes. — Der Schutz der Tuberkulosen gegen sich selber (gegen die ihnen schädliche Trinkneigung) wäre allerdings kein Gegenstand polizeilicher Regelung nach dem Polizei-Verwaltungsgesetz. Ohne Zweifel hätte aber ohne die Schranke des alten Regulativs die Polizei die fragliche Verordnung zum Schutze der Allgemeinheit erlassen können, da gesunde Gäste der Schankwirte durch Teile des Sputums der leidenden Gäste infiziert werden könnten.

Das klingt sehr schön und ist doch Unsinn; wenn man den Gedanken konsequent durchdenkt, dann müßte man dazu kommen, alle Tuberkulosen vom Verkehr mit Gesunden auszuschließen. Und da diese Konsequenz ungeheuerlich ist, so beleuchtet sie nur den Polizeigeist, der in der aufgehobenen Verordnung und der Argumentation des Kammergerichts steckt.

Ungültige Marktpolizeivorschrift.

Das Kammergericht erklärte eine Polizeivorschrift für ungültig, welche den Abschluß von Lieferungsgeschäften auf dem Markte verbietet, d. h. eine Vorschrift, welche nicht gestatten will, daß auf dem Markte solche Waren, die dort nicht aufgestellt sind, zum Kauf angeboten und gekauft werden. Eine solche Vorschrift widerspreche dem § 64 der Gewerbeordnung, welche Messen, Jahrmärkte und Wochenmärkte einander gleichstelle und bestimme, daß dort der Kauf und Verkauf „einem jeden" mit gleichen Befugnissen freistehe. Ein Lieferungsgeschäft entspreche durchaus dem Begriff des Kaufs oder Verkaufs. Der Kauf sei nicht zu verwechseln mit der Uebergabe der verkauften Sache, denn der Kauf werde schon perfekt mit dem Zustandekommen der Willensübereinstimmung zwischen Käufer und Verkäufer. Die Anwesenheit der Ware sei nicht erforderlich. Aus diesen Gründen müsse der Abschluß von Lieferungsverträgen auf dem Markte zugelassen werden.

Die ungültige Vorschrift sollte offenbar eines jener kleinen agrarischen Hülfsmittel sein.

Demonstration Arbeitsloser.

Kristiania, 20. Februar. Hiesige Arbeitslose veranstalteten heute vormittag einen Umzug, dessen Teilnehmerzahl schließlich auf 3000 anwuchs. Der Kronprinz empfing eine Abordnung der Arbeitslosen und versicherte sie des Königs und seiner wärmsten Anteilnahme an ihrer Lage. Er werde mit der Regierung erwägen, was von seiten des Staates im Interesse der Arbeitslosen geschehen könne.

Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Berlins. (E. H. 88.) Dienstag abend 8½ Uhr bei Feind, Weinstr. 11: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung. 2. Neuwahl des Vorstandes, des Ausschusses und der Kontrolleure. Der Vorstand.

Zossen. Mittwoch, den 22. d. M., abends 8 Uhr, bei Rüffer, Baruther-straße: Versammlung des Wahlvereins. Wichtige Tagesordnung. Vortrag über das Parteiprogramm. Der Vorstand.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis". Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeinde-Sozialismus. Herausgeber Dr. Albert Südekum. Redaktion und Verlag Berlin W. 15. In der soeben erschienenen Nummer 4 beleuchtet B. Adelung-Mainz die hessische Gemeindereform. Ein beherzigenswerter Aufruf weist im Hinblick auf die in diesem Frühjahre in Preußen vorzunehmenden Wahlen ländlicher Gemeindevertreter die Parteigenossen in den Landgemeinden auf die Wichtigkeit der Wahlbeteiligung, zugleich aber auch auf die Notwendigkeit einer sorgsamen Kandidatenauslese hin. In der sächsischen Beilage beginnt Emil Nitzsche-Dresden eine Diskussion über Wahlbündnisse und andere Fragen kommunalpolitischer Taktik; in den nächsten Nummern wird diese Erörterung, wie die Redaktion bereits angekündigt, fortgesetzt werden. — Einen immer breiteren Raum nehmen erfreulicherweise in der Zeitschrift die Originalberichte aus den verschiedenen Gemeinden ein.

Probenummern kann man kostenlos vom Verlage der „Kommunalen Praxis", Berlin W. 15, beziehen.

Dokumente des Sozialismus. Hefte für Bibliographie, Geschichte und Urkunden des Sozialismus, herausgegeben von Ed. Bernstein (Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. Stuttgart). Das Februarheft (II) 1905 ist soeben erschienen und enthält: 1. Bibliographie des Sozialismus und der Sozialwissenschaften. (Besprechungen von Neu-Erscheinungen, 32 Nummern; Verzeichnis von Neu-Erscheinungen; Verzeichnis sozialistischer 2c. Aufsätze in Zeitschriften des In- und Auslandes.) 2. Zur Theorie des Sozialismus: Vom sozialen Optimismus unserer Tage. Abhandlung von Dr. D. Reigen.

3. Aus der Geschichte des Sozialismus: Auszüge aus Harringtons Oceana. (Fortsetzung.) 4. Urkunden des Sozialismus: Sozialdemokratische Manifeste zur Erhebung in Rußland. 5. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

Sechster Jahresbericht des Kartelles deutscher und österreichischer Rad- und Motorfahrer-Verbände pro 1904. Druck von G. Hafner. München.

Roman Boreszine. Nieder mit dem Absolutismus. 50 Pf. Kunstdruckerei „Union" Herzog u. Schwinge, Dresden-A.

Meurer, Julius, Der russisch-japanische Krieg. Halle a. S. 1905, Gebauer-Schwetschke.

Navarra. Chinesische Sinnsprüche. Heidelberg 1905; Winter. 1,20 M.

Russophob. Panik in Rußland. Verlag Otto Dreyer, Berlin.

Jahrbuch moderner Studenten für 1905. Osterwieck a. Harz. Verlag von A. W. Zickfeldt.

Generalstreik! Die deutsche Arbeiterbewegung und der Klassenkampf. Berlin 1905, Freier Arbeiter-Verlag.

Hirsch-Wilking, Elektro-Ingenieur-Kalender. Berlin 1905, Verlag von Oskar Coblentz.

A. G. Grant-London, Internationaler Obstbau und der Weltmarkt, Hamburg 1905, Verlag von Fr. Meyer.

Anton Maleszke, Wie man Geisteskranke fabriziert. Kommissionsverlag H. A. Weber, Berlin.

Landwirtschaftliche Versuche auf den Rieselgütern der Stadt Berlin im Jahre 1904. Von Prof. Dr. A. Backhaus. Verlag von Paul Parey, Berlin. 122 Seiten mit 11 Abbildungen. Preis 4 M.

E. Gothein. Die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues. Berlin, Leonhard Simion Nachf. 1 M.

Briefkasten der Redaktion.

Königs-Wusterhausen. Julius Meyer, Berlin, Urbanstr. 131. — **Görlitz 1840.** Weder in der Beilage noch in den anderen Teilen der Nr. 207 steht etwas davon. Sie irren sich also. Wir können daher über die „Liga" nicht Aufschluß geben. — **Schwefelsäure.** Die näheren Umstände erfahren Sie von Herrn Wendland durch die Adresse der „Volksstimme", Magdeburg, Jakobstr. 49.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Peters Berlin W. Nein, für den Fall einer Krankheit hätte aber Ihre Frau 6 Wochen lang für Kur und Verpflegung aufzukommen. — **E. L. 40.** 1. Ohne Einsicht in das Testament ist es unmöglich, Ihnen zu sagen, ob der Stiefsohn die Rechte habe, die er sich auf Grund des Testaments anmaßt. Zettel wie Sie sie beschrieben haben, hatten keine Gültigkeit. Zur Vernichtung derselben wäre der Stiefsohn nicht berechtigt. Können sich eingesetzte Erben nicht einigen, so können Sie auf Erbteilung klagen. 2. Die preußische Erbschaftssteuer für an Geschwister oder Neffen oder Nichten gefallene Erbschaften beträgt 2 vom Hundert. — **10. A. B.** Wenn Sie vor Gericht als Zeuge geladen werden, so haben Sie, falls Ihnen die Frage vorgelegt wird, ob Sie bestraft sind, auch diese der Wahrheit entsprechend zu beantworten. Liegt Ihnen daran, daß diese Frage Ihnen nicht vorgelegt wird, so schreiben Sie an das Gericht, vor das Sie geladen sind, etwa: In der . . . Sache bin ich zum . . . als Zeuge geladen. Da mir daran liegt, daß meine Bestrafungen nicht zur Kenntnis der Parteien gelangt, so bitte ich die Frage, ob ich bestraft bin, mir nicht vorzulegen. Bestraft bin ich wegen . . . zu . . . Voraussichtlich werden Sie dann in der Sitzung höchstens danach befragt werden, ob Sie wegen Meineids bestraft sind.

Marktpreise von Berlin am 18. Februar. Nach Ermittelungen des kgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**), gute Sorte 17,60—17,58 M., mittel 17,56—17,54 M., geringe 17,52—17,50 M. Roggen**), gute Sorte 13,90—13,89 M., mittel 13,88—13,87 M., geringe 13,86—13,85 M. Futtergerste*), gute Sorte 16,40—15,10 M., mittel 15,00 bis 13,80 M., geringe 13,70—12,50 M. Hafer*), gute Sorte 16,30—15,60 M., mittel 15,50—14,80 M., geringe 14,70—1[illegible],10 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,[illegible]—30,00 M. Linsen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—8,00 M. Richtstroh [illegible]—4,82 M. Heu 9,20—7,20 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 5,60—3,80 M.
*) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 18. Februar. Elbe bei Aussig + 0,34 Meter, bei Dresden — 0,98 Meter, bei Magdeburg + 1,83 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,75 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,18 Meter, bei Breslau Ober-Pegel + 4,98 Meter, bei Breslau Unter-Pegel — 0,80 Meter, bei Frankfurt + 2,44 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 3,98 Meter. — Warthe bei Posen —,— Meter. — Netze bei Usch + 1,29 Meter.

Witterungsübersicht vom 20. Februar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemünde	754	SW	3	bedeckt	2	Haparanda	740	N	2	heiter	—4
Hamburg	754	WSW	2	bedeckt	1	Petersburg	749	SSW	2	bedeckt	2
Berlin	755	SW	2	bedeckt	2	Scilly	768	NNW	7	wolkig	6
Frankf.a.M.	756	SW	2	bedeckt	2	Aberdeen	764	NW	5	wolkig	3
München	758	SW	3	bedeckt	—0	Paris	760	N	2	wolkig	0
Wien	758	W	1	wolkig	1						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 21. Februar 1905.
Etwas kälter, vorherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 21. Februar.
Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Rübezahl.
Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Schusselchen.
Berliner. Der Kaiserjäger.
Lessing. Die Frau vom Meere.
Westen. Die neugierigen Frauen.
Zentral. Die Juxheirat.
National. Die Hugenotten.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Thalia. Der Kilometerfresser.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Tyrannei der Tränen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Krieg im Frieden.
Kleines. Der Bär. Angele.
Residenz. Hotel Pompadour.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Trianon. Die glückliche Gilberte. (Hourouse.)
Deutsch-Amerikanisches. New York.
Luisen. Götz von Berlichingen.
Belle-Alliance. Der beste Tip.
Carl Weiß. Die Kinder des Kapitän Grant.
Kasino. Heirat auf Probe.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Apollo. Berliner Luft. Radrennen Robl-Arend. Spezialitäten.
Herrnfeld-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck.
Passage-Theater. Lucia Krall.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Palast. Wie man Weiber fesselt. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7½ Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
Mittwoch: **Ein Sommernachtstraum.**
Donnerstag: **Der Graf von Charolais.**
Freitag, Sonnabend, Sonntag: **Ein Sommernachtstraum.**

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Angele. Vorher: **Der Bär.**
Mittwoch: **Angele. Abschied vom Regiment.**
Donnerstag: **Die Neuvermählten. Abschiedssouper.**
Freitag: **Nachtasyl.**

National-Theater
Weinbergsweg 19.
Dienstag, den 21. Februar 1905:
Die Hugenotten.
Anfang 7½ Uhr.
Mittwoch: **Der Postillon von Lonjumeau.**

Zentral-Theater
Anfang 7½ Uhr.
Jubiläums-Vorstellung.
Zum 25. Male:
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer. Musik von Franz Lehár.
Morgen u. folg. Tage: **Die Juxheirat.**

Luisen-Theater.
Zum erstenmal:
Götz von Berlichingen.
Mittwoch: Mein Leopold.
Donnerstag: Götz von Berlichingen.
Freitag: Götz von Berlichingen.
Sonnabend: Dorf und Stadt.
Sonntag, nachmittags: Der neue Stiftsarzt. Abends: Götz von Berlichingen.
Montag: Der neue Stiftsarzt.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: **Das elfte Gebot.**

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Schillings Tierleben.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu! Rosa Wedsted, das finnländische
Riesen-Mädchen!!!
2 Meter 20 cm groß!
Neu!
Das Erwachen des Poseidon!

Kasino-Theater
Lothringerstraße 37 (Rosenthaler Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7½—8 Konzert.
Heirat auf Probe.
Vorher das vollst. neue Programm.
Sonntag 4 Uhr: **In Vertretung.**

Apollo-Theater.
Täglich:
Berliner Luft.
Musik von **Paul Lincke.**
Radrennen auf der Bühne!
Robl-Arend
und die
Februar-Attraktionen.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro. Josef Josephi. Anton Grünfeld. Frid Frid. Fritzi Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett.)
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Passage-Theater.
Anfg. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nchm. Sonnt. 3, Wochentg. 5 Uhr.
Lucia Krall,
die berühmte Gesangskünstlerin.
Smeralda und Senitza,
die unübertrefflichen Akrobaten-Tänzerinnen.
Jacques Bronn,
Humorist.
14 erstklassige Nummern.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonntag nachmittag:
Das Lumpengesindel.

Sanssouci.
Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.

Heute Dienstag:
Die Tochter des Sträflings.
Schauspiel in drei Akten.
Morgen Mittwoch:
Die Tochter des Sträflings.
In Vorbereitung:
Don Cäsar, oder: König, Graf u. Straßensänger.

O. Wallner-Theater. **Schiller-Theater** N. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr: **Die Tyrannei der Tränen.** Lustspiel in 4 Akten von C. Haddon-Chambers. Deutsch v. Berta Pogson.	Dienstag, abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.** Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser und F. v. Schönthan.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Fuhrmann Henschel.**	Mittwoch, abends 8 Uhr: **Im Hafen.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Im Hafen.**	Donnerstag, abends 8 Uhr: **Fuhrmann Henschel.**

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kren & Schönfeld.
Täglich abends 7½ Uhr:
Stürmischer Lacherfolg!
Der Kilometerfresser
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Charleys Tante.**

Belle Alliance-Theater.
Belle Alliancestr. 7/8.
Täglich abends 8 Uhr:
Durchschlagender Lacherfolg!
Der beste Tip.
Gr. Ausst.-Posse m. Ges. u. Tanz i. 3 Akt.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Des Meeres u. der Liebe Wellen.

Zirkus Busch.
Voranzeige.
Am **Donnerstag, den 23. Februar 1905,** findet eine **Gala-Fest-Vorstellung** statt, deren **Gesamt-Ertrag** dem **Zentral-Komitee des Deutschen Roten Kreuzes für seine Tätigkeit in Südwest-Afrika und Ostasien** zugeführt wird.
Billets sind schon jetzt an der Zirkuskasse sowie im Invalidendank und bei A. Wertheim zu haben. — Preise der Plätze: Logenplatz M. 20,—, Parkett M. 10,—, Balkon M. 8,—, I. Platz M. 3,—, II. Platz M. 2,—. Alle Ermäßigungen sind aufgehoben.
Heute, den 21. Februar, 7½ Uhr:
Mit noch nie dagewesenem Erfolge
die große Ausstattungs-Feerie
Katharina II.
Außerdem: Persönliches Auftreten des **Direktors Busch** mit seinen 6 Vollblütern. Herr **Burkhardt-Foottit,** Schulreiter auf dem ostpreußischen Fuchswallach **„Titus".** **Eine Zebra-Komödie,** sechs ostafrikan. Zebras, zusammen dressiert in einer bis jetzt noch nie erreichten Vollkommenheit von Herrn **Ernst Schumann,** und die vorzüglichsten Programm-Nummern.
Fortsetzung der Großen Internationalen **Ringkampf-Konkurrenz.**
M. 7500.— Geldpreise in bar!
Ehrenprotektorat: Herr Professor **Reinhold Begas.**
Beginn der Ringkämpfe zirka 8¾ Uhr.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Großes Urbock-Jubelfest.
Internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Zum **92.** Male. Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel **Ad. Philipp:**
New-York
Sonntagnachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Residenz-Theater.
Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schwank in 3 Akten v. Anthony Mars u. Leon Xanrof. Deutsch v. M. Schönau.
Sonntag, 26. Februar, nachmittags 3 Uhr: **Der selige Toupinel.**

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Die Kinder des Kapitän Grant.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Zum erstenmal: **Die Wünschelrute.** Sonntag nachmittag 3 Uhr: **Geld und Name.**

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher **Feen-Palast.** Vis-a-vis d. Börse, 2 Min. v. Bhf. Börse.
9 Uhr! Ein stürmischer Lacherfolg! Novität!
Wie man Weiber fesselt.
Militär-Gesangsposse von Reissingen, Verfasser von „Mutter Gräbert", „Onkel Cohn", „Wie einst im Mai".
Vor- u. nachher: **Spezialitäten u. Schaunummern allerersten Ranges.**
Anfang 8 Uhr. Vorher: **Konzert.**
Entree 50 Pf.
Freitag: Große Elite-Vorstellung: **Dorf und Stadt.**
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Heute zum vorletztenmal
der
bisher unübertroffene lachlustigste
Herrnfeld-Schlager
mit seinen stürmisch bejubelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwank in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.
Magnus Prinz Levy: **Donat Herrnfeld.**
Prahidal, dessen Reisebegleiter: **Anton Herrnfeld.**
Anf. 8 Uhr. Billetvorverk. 11—2 Uhr.
In Vorbereitung:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
Premiere: Donnerstag, 23. Februar.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Der tolle Wenzel.
Posse mit Gesang von Mannstädt.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Mittwoch: **Der Bucklige, oder: Die Macht der Arbeit.**
Donnerstag: Extra-Vorstellung: **Herrgottschnitzer.**

Zirkus Schumann.
Einzig dastehender unübertrefflicher Erfolg.
Die große Schumannsche mit feenhafter Pracht inszenierte Ausstattungs-Pantomime:
Eine Nordlandsreise.
Im Strahle der Mitternachtssonne.
7 hervorragend schöne Bilder mit sich von Akt zu Akt steigernden Effekten u. die märchenhaft schöne **Schluß-Apotheose.**
Vorher: **Das glänzende Programm und Dir. Alb. Schumanns anerkannt unerreicht dastehende Orig.-Dressuren.**
Voranzeige:
Donnerstag, den 23. Februar, abends präz. 7½ Uhr:
Extra-Gala-Fest-Vorstellung.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernhard Rose-Theaters:
Das Käthchen von Heilbronn.
Schauspiel in 5 Aufz. von H. v. Kleist.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffn. 7 Uhr.
Entree 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag: **Onkel Cohn.**

Skala-Theater.
Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
An der Grenze,
oder: **Verschlafen.**
Posse mit Gesang in einem Akt.
Großer Boxer-Kampf
sowie **30 internat. Spezialitäten.**
Anfang 7½ Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Wintergarten
Saharet
Die 4 Niards Akrobaten.
Diane de Fontenoy Lebende Bilder.
Die Snowdrops Engl. Tänzerinnen.
Rafayette Akrobatische Hunde
und 10 erstklassige Nummern außerdem.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anf. Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Billets an den Kassen und stets 8 Tage vorher zu haben

Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ausstellung
Münzstraße 16.
Täglich Vorstellung.
Die **Riesin Ilona,** 485 Pfd. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!

Achtung! Vereine!
Neues Klub-Haus
72. Kommandantenstr. 72.
Säle (mit Bühne) **noch frei** am **Sonntag, den 19. März,** sowie Sonnabends und Sonntage im April. **2. u. 3. Osterfeiertag** noch zu vergeb.

Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Dienstag, den 21. Februar 1905:
Große Extra-Vorstellung
zum Besten der Notleidenden im Ruhrrevier,
veranstaltet vom **Theater-Verein „Morgana".**

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 35.
Das großartige Februar-Programm.
Sehen
Hören
Staunen
und weiter empfehlen.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: **Mittagstisch.**
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Max u. der kluge Hans.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im **Kaisersaal:**
Tanz.

Urania,
Wrangel-Straße 10—11.

Jeden Dienstag:
Nordd. Sänger.
Nach der Soiree: Tanzkränzchen ohne Nachzahlung
Anfang 8 Uhr. **C. J. Walter.**

50 M. Belohnung
demjenigen, der uns einen uns noch unbekannten
Motor-Käufer
(Sauggas, Gas, Benzin, Petroleum) zuführt. Angebote unter W. 7 an die Expedition. 22805*

Masken-Garderobe
(größt. Verleihgeschäft d. Ostens).
Kostüme für Herren und Damen, einfachste bis eleganteste.
Billige Preise.
Kostüm **„Freiheit"** am Lager.
Frau Schultze. F. Struck.
Frankfurter Allee 33.
Vorzeiger d. Inserats 10 % Rab.

Ganze Werkstatts-Einrichtung, als: gebrauchte Drehbänke, Schraubenbänke, Transmissionen, Riemenscheiben, Treibriemen zc. zc. kauft und verkauft preiswert 18772*
Neugert, Admiralstraße 18 e.

Arminhallen,
Kommandantenstr. 20.
Gr. u. kl. Festsäle, mit u. ohne **Theaterbühne,** auch an Sonnabenden und Sonntagen noch frei. — An den Osterfeiertagen ist der **große Saal** mit Bühne zur Matinee zu vergeben. Ferner empfehlen wir unsere 8 Vereinsräume.

Zucht- u. Nutz-Geflügel jeder Art
1904er fleißig legende **Hühner,**
Bruthuten: Bruteier hochedler Rassen verkauft unter Garantie für Reellität **F. Wegner,** Berlin, Mariannenstr. 34.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Für die ausständigen Bergarbeiter

gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

Liste 7295, d. Wildner 10,30. Liste 7714, Parkettbodenl., Firma Ende, 3. Rate 12,25. Mehrere Spandauer Arbeiter 9,50. Lichtdruck, Abt. 2, Alb. Frisch 5,75. Klaviaturfabr. Hermann u. Batrof 1,05. Tischlerei Hartmann u. Co., Köpenickerstr. 4,—. Arb. d. Atommerke, d. Anton, 5. Rate 4,50. Klub „To drink to much“, Pallisadenstr. 5,—. Liste 4289 3,15. Liste 8467, Pianomech.-Fabr. Wiesner 14,50. Liste 9785, Tischl. b. R. Pöpke 14,10. Liste 8214, Drahtzaunfabr. P. Heinze 9,30. Liste 9787, J. C. Pfaff, Saal II, 5. Rate 14,80. Liste 7549, Reinh. Köhn 7,10. Liste 8463, J. C. Pfaff, Saal III, 3. Rate 31,80. Liste 2637 2,55. Liste 2485, Seppel v. J. 8,65. Liste 6957, Buchb. b. Moriz u. Kummer, 2. Rate 12,20. Liste 8906, M. u. G., Saal Stemmwedel 6,25. Liste 1823, Kunkte, Bülowstr. 13,10. Liste 8911, M. u. G., Saal Jahn 13,50. Liste 1835, ders., Saal Peinl 19,80. Liste 8913, ders., Saal Schättlinger 27,05. Liste 8477, Pianomech.-Fabr. Jacob, b. Weber, 4. Rate 8,10. Liste 197 b. Schuhmacher 7,90. Liste 6000 1,25. Modelltischl. Niles-Werke, Ober-Schöneweide, 5. Rate 14,55. Listen 9453, 54, Mechan. b. Kaiser u. Schmidt 33,45. R. u. P. Schulz, R. Lehmann 4,—. Liste 7985 d. Braunsbahn 14,50. Person. d. Buchdr. H. S. Hermann, 5. Rate (dar. Verzicht d. Ausch. auf Diäten f. 2 Sitz. 20,—, A. F. f. D. 3,—, R. R. 1,—, B. J. 3,—) 175,85. Liste 9448, Goldleistenfabr. Zauder d. Lehmann 23,85. Maschinenmeister, „National-Zeitung“ 13,50. Buchbinderei u. Verf.-Ab. „Woche“, A. Scherf, 4. Rate 45,55. Bautischl. b. Schäfer, 2. Rate 15,25. Liste 8888 d. Röcke 7,40. Liste 481, Arb. d. Brotfabr. Berolina 26,45. Ueberseh., Tellerf. b. Keller, Verb. d. Bäcker 26,50. Liste 9626, Möbelpol., Frister u. Roßmann, 4. Rate 11,75. Die Elenden aus der Neuen Königstr. 7,50. Buchb. d. Buchdr. H. Büttner, Oranienburgerstr., 5. Rate 4,25. Liste 9449, Maurer Bau Schauspielhaus, außer zweien 20,20. Liste 5996, Koll. d. F. Guggenbichler d. Hennig 12,15. Liste 7297, Tischler bei Fährmann, 3. Rate 11,20. A. E. G., Ackerstraße, auf Listen: 1085 26,45, 1068 4,50, 1098 12,60, 4956 9,—, 4975 11,10, 4990 22,50, 7357 9,25, 7358 29,50, 7360 16,25, 7361 31,—, 7362 18,95, 7363 5,45, 7364 1,95, 7367 12,80, 7368 22,95, 7369 19,70, 7370 7,—, 7371 17,—, 7372 11,60, 7374 22,—, 7378 14,15, 7379 25,—, 7382 1,10, 7383 21,20, 7384 14,20, 7385 16,50, 7386 30,10, 8686 21,95, 8687 17,—, 8689 32,40, 8694 18,20. Zentralverband der Zimmerer, Zahlst. Oranienburg 15,—. Durch Jacobsen: Liste 1445, Rohrleger K.-W. O. 7,—. Liste 4741, Messingband-Walzwerk K.-W. O. 8,20. Liste 7140, Drahtweber K.-W. O. 2,95. Liste 7155, Akkumul. Pflüger 32,25. Liste 7156, Installateure K.-W. O. 16,70. Liste 8041, Auto-Schlosser R. A.-G. 24,05. Liste 8047, Auto-Dreher R. A.-G. 11,60. Liste 8068, Messinggießerei K.-W. O. 19,60. Liste 8069, desgl. 10,85. Liste 9644, „Lokal-Anzeiger“, Abt. Maschinensaal, 4. Rate 44,70. Liste 9630, Person. b. Bobach u. Co., Chausseestr. 19 7,35. Liste 7347, Schraubenfabr. Buhle, Brandenburgstr., d. Petersdorf 15,65. Liste 7349, A. E.-G., Turbinenbau I, 4. Rate 8,30. Liste 7339, Sudisatis, Rummelsburg, d. Petersdorf, 2. Rate 42,60. Liste 7343, Arb. d. Schraubenfabr. Stelzner, einschließl. 3,— Geburtstag Ladewig, d. Petersdorf 48,—. Verb. d. Vergolder, a konto a. Listen, 3. Rate 200,—. Liste 8183, Gasanst. Schmargendorf, 5. Rate 40,50. Liste 8482, Gasanstalt Schmargendorf, 5. Rate 22,55. Tellersamml. am 14. 2. 05, Selt. Schmargendorf 5,30. Liste 3991, d. Habeck 4,70. Mitgl. d. Verb. deutsch. Buchdr. im „Vorwärts“, 5. Rate 21,50. Die Elenden von Nr. 18, 5. Rate 6,25. Verb. deutsch. Buchdr., Ortsverw. Neubabelsberg 20,—. Parketil. v. Rosenfeld u. Co., Mohrenstraße, 4. und 5. Rate 24,—. Ges. im Beit von Staffelstein a. Liste 8216 68,50. 3 Arbeiter b. Firma Räbel 3,—. Arbeiter-Gesangverein Zukunft, Nieder-Schönhausen 10,—. Töpfer der Firma E. Schössel, Bau Nonnendamm, 4. Rate 41,60. Liste 2800, durch Backhaus 6,60. Liste 9299, durch Rautenberg 6,15. Liste 9427, Gasmesserfabrik Aron, Charlottenburg, 3. Rate 15,05. Liste 5501, d. Plath 8,50. Liste 5511, Eisengießerei Gebauer 14,55. Liste 5513, Arb. d. Schlosserei Guse, Schulstraße 6,80. Zentr.-Verb. d. Fleischer, Ortsverein Berlin, Liste 947 17,60. Liste 5550 12,15. Liste 9632, Pianofabrik Engelmann u. Gunternann 6,15. Angest. d. Orts-Kr.-K. d. Kaufl. rc., 5. Rate 50,—. Liste 8519, Verb. d. Mühlenarb., Viktoria-Mühle 15,50. Liste 8517, desgl., Salomon-Mühle 24,—. Arb. d. Moldenhauer u. Meyhorst, 3. Rate 22,—. Liste 2576, durch Kuhlmai 7,65. Berliner Hutmacher, 3. Rate 100,—. Zentr.-Verb. d. Dachdecker, Fil. Berlin 100,—.

Summa 2451,70 M. Bereits quittiert 136 554,53 M. Im ganzen 139 006,23 M.

Weitere Beiträge werden entgegengenommen im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission Engel-Ufer 15 vorm. 9—1 und nachm. 4—8 Uhr.

Für Berlin sind die Gelder, welche mittels der Post eingehen, an A. Körsten, Engel-Ufer 15, zu richten.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute Dienstag abend 8½ Uhr findet eine Versammlung bei Zühlke, Dennewitzstr. 13, statt, in der Genosse H. Schubert über „Die Entstehung des Sozialismus und seine weitere Entwicklung“ sprechen wird. Frauen haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwarten die Vertrauenspersonen.

4. Reichstags-Wahlkreis Südost. Heute abend 8½ Uhr findet im Lokal „Südost“, Waldemarstr. 75, die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. (Siehe Annonce.) Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute Dienstag findet eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins im Volkshause, Rosinenstr. 3, statt. Auf der Tagesordnung steht ein Referat des Genossen Hirsch: „Bilder aus dem Stadtparlament“. Weiter wird über einen Antrag mehrerer Bezirke verhandelt werden, den Beschluß der letzten Mitgliederversammlung, der zur Amtsniederlegung des Vorstandes und der Bezirksführer geführt hat, aufzuheben. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Für Gäste und Damen ist die Tribüne reserviert.

Adlershof. Am Sonntag nachmittag 2½ Uhr findet im Lokale von Meißner eine Volksversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Zubeil über „Militärjustiz, Militärmißhandlungen und Polizeiwillkür spricht. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Reinickendorf-Ost. Heute Dienstag abend 8½ Uhr findet bei Sadau, Residenzstr. 124, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Genossin Ihrer wird über das Thema: „Der Wert der Bildung für die Proletarierin“ sprechen.

In Köpenick hält der Wahlverein heute abend bei Seidel, Grünauerstraße, seine Versammlung ab.

Erkner. In der Volksversammlung, die Dienstag abend 8½ Uhr, bei Kurzhals, Ecke Wilhelm- und Hübnerstraße stattfindet, hält Genosse Busse einen Vortrag.

Stralau. Mittwoch abend 8 Uhr bei Hänisch, Markgrafendamm 16, findet die regelmäßige Wahlvereinssitzung statt.

Lokales.

Automobilen.

Die am Sonntag geschlossene Internationale Automobil-Ausstellung war vorwiegend für den Sport und den Luxus da. Wenn auch Nutzwagen in vieler Art gezeigt wurden, so war doch dem Verlangen der Leute, die in der Entfaltung eines pompösen Luxus und in der Suche nach exklusiven Vergnügungen ihre Lebensaufgabe erblicken, in erster Linie Rechnung getragen. Dabei handelte es sich nicht nur um das Automobil als elegant und praktisch eingerichtetes Fahrzeug, sondern noch um allerlei Nebendinge, welche die Fahrt für solche Leute erst zu einem rechten Vergnügen machen, z. B. wie man sich schick und sportsmäßig kleidet. Die Aussteller solcher Sportskleider für Automobilfahrten sollen große Bestellungen erhalten haben. An Wagen sind, wie berichtet wird, für beinahe vier Millionen Mark bestellt worden. Besucht wurde die Ausstellung, die am 4. Februar eröffnet worden war, von 138 791 zahlenden Personen.

Die besten Fortschritte im Bau von Automobilen haben die Deutschen und Franzosen aufzuweisen; ihre gefürchteten Konkurrenten sind die Amerikaner. Trotz der weit höheren Arbeitslöhne, die in Amerika gezahlt werden, kann man die Wagen dort billiger herstellen, wenn auch die Eleganz, besonders der französischen Fabrikate, dabei nicht erreicht wird.

Die höchste Bedeutung hat unstreitig das Automobil als Nutzwagen, und da steht es erst am Anfang einer großartigen Entwickelungsfähigkeit. Die Vorteile, die es für den Geschäfts- und öffentlichen Verkehr bietet, werden jetzt noch langsam und zögernd ausgenützt. Bald wird es immer schneller damit gehen und man wird allen möglichen Anforderungen gerecht werden. Für die großen Warenhäuser sind die zahlreich eingestellten Automobilwagen zugleich ein gutes Reklamemittel; je eleganter und moderner diese Wagen eingerichtet sind, desto mehr erregen sie die allgemeine Aufmerksamkeit. Einen starken Eindruck gewinnt man vom Wert des Automobils als Lastfuhrwerk, wenn man einen großen, schwerbeladenen Brauerwagen, ohne die gewohnten kräftigen Pferde vorgespannt, sich schnell und sicher fortbewegen sieht. Sehr plump sehen noch die Automobil-Droschken aus, und mancher Berliner Droschkengaul soll sogar höhnisch wiehern, wenn er der Konkurrenz begegnet. Er hat freilich keine Ahnung davon, daß in dieser Konkurrenz seine endliche Erlösung naht. (Und dennoch, — man darf es billig bezweifeln, ob er ein schnelles Ende im Wurstkessel dem langsamen Abrackern im Trab, Trab vorziehen würde.) In Amerika ist man der Ansicht, daß das Automobil in den nächsten fünf Jahren schon das Pferd als Arbeitsmittel aus den großen Städten im Osten der Vereinigten Staaten vertrieben haben wird.

Eine große Zukunft ist dem Automobil jedenfalls sicher, als Nutzwagen natürlich, denn als Luxuswagen wird es erst zu größerer Bedeutung gelangen, wenn es weiten Kreisen des Volkes zugänglich gemacht werden kann wie das Zweirad, wenn der Arbeiter mit seiner Familie in sein Automobil steigen kann, um einen Sonntagsausflug zu machen. Man hat schon den Anfang gemacht mit sogenannten Volksautomobilen, die aber noch den großen Fehler haben, daß das Volk sie nicht bezahlen kann. —

Vom Stadthaushalts-Etat für 1905.

Der Entwurf des Stadthaushalts-Etats für das Jahr 1905 ist vom Magistratskollegium durchberaten worden und wird jetzt den Stadtverordneten mit dem Ersuchen um Zustimmung vorgelegt. Der neue Etat bildet den ersten Punkt der Tagesordnung für die nächste Stadtverordneten-Sitzung.

Die Arbeit, die der Magistrat da geleistet hat, wird vermutlich bei der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung freundlichen Beifall finden. Denn der Etat steht auch diesmal wieder unter dem Zeichen der „100 Proz.“, und das ist dem Freisinn ja die Hauptsache. Die Aufgabe, den Entwurf des Magistrats zu prüfen und den Etat endgültig festzusetzen, würde der Stadtverordneten-Versammlung wahrscheinlich nicht allzuviel Kopfzerbrechens verursachen, wenn nicht die von den Sozialdemokraten geübte Kritik auch den Freisinn zu längerem Verweilen und genauerer Betrachtung nötigte.

Der Stadthaushalts-Etat für 1905 schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit rund 135¼ Mionenen Mark, er übertrifft also den des Vorjahres nur um ¾ Millionen Mark. In den vier vorhergehenden Jahren hatte er sich auf 134½ Millionen, 117½ Millionen, 112¾ Millionen, 109¼ Millionen belaufen. Schon die Vergleichung dieser Hauptzahlen läßt erkennen, wie „vorsichtig“ man diesmal bei der Aufstellung verfahren ist, damit trotz „100 Proz.“ wieder alles hübsch klappt. Die besonderen Etats der städtischen Werke (Gaswerke, Viehhof, Kanalisation usw.) sind hier nicht einbegriffen. Sie belaufen sich für 1905 auf 102¾ Millionen Mark, ¾ Millionen weniger als im Vorjahre. Einige Werke (Kanalisation, Urbanhafen) erfordern Zuschüsse, die aus dem allgemeinen Stadtsäckel entnommen werden; andere (Gaswerke, Wasserwerke, Viehhof, Markthallen) liefern Ueberschüsse, die dem allgemeinen Stadtsäckel zugeführt werden. Scheidet man diese Ueber- bezw. Zuschüsse der Werke sowie die Einnahmen und Ausgaben des Steuerwesens aus dem Stadthaushalts-Etat aus, so beträgt die Ausgabe des allgemeinen Stadtsäckels 131¼ Millionen Mark, wovon nur 55¼ Millionen durch eigene Einnahmen der in Betracht kommenden Verwaltungszweige gedeckt werden. Es bleiben noch 76 Millionen anderweitig zu decken. Aus den Ueberschuß bringenden Werken hofft man 9 Millionen herauszuwirtschaften, den Zuschuß erfordernden Werken werden 2½ Millionen zu zahlen sein. Der Reinüberschuß der Werke beträgt mithin 6½ Millionen, die dem Stadtsäckel zu gute kommen. Dann wäre noch zu decken eine Ausgabe von 69½ Millionen, die durch Steuern aufzubringen sind. Da die Steuerverwaltung selber noch 1¼ Millionen Mark Kosten hat, so müssen diesmal aus Steuern 70¾ Millionen vereinnahmt werden. Aus der Umsatzsteuer werden rund 5 Millionen, aus einigen kleineren Steuern 2½ Millionen erwartet; bleiben also noch 63¼ Millionen für Einkommensteuer und Grund- und Gewerbesteuer.

Um diesen Betrag hereinzubekommen, wird es auch diesmal wieder genügen, an dem alten Satz von 100 Proz. Einkommensteuer und 150 Proz. Grund- und Gewerbesteuer festzuhalten. Daß hier wieder alles nach Wunsch klappt, ist selbstverständlich kein Zufallswunder, sondern ein Werk der freisinnigen Vorsehung. Man richtet eben die Ausgaben so ein, daß man nicht mehr Einnahmen nötig hat. Durch dieses Verfahren wird ja das Problem, zwischen Einnahmen und Ausgaben der Stadt das Gleichgewicht herzustellen, beträchtlich vereinfacht. Ob aber dabei nicht manche wichtige Aufgabe der Kommune vernachlässigt wird, das ist eine andere Frage. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung wird in der Etatsberatung, die demnächst beginnt, diese Frage leider auch diesmal wieder bejahen müssen.

Die diesjährige Volkszählung. Am 1. Dezember d. J. findet eine Volkszählung statt. Der Magistrat hat beschlossen, eine Volkszählungs-Kommission einzusetzen, bestehend aus den Mitgliedern der städtischen Deputation für Statistik und 7 weiteren Stadtverordneten, zusammen 12 Stadtverordneten, 4 Magistratsmitgliedern, dem Direktor des Statistischen Amts und seinem Vertreter, und einem, von dem königlichen Polizeipräsidium zu entsendenden Kommissar.

Die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag ist eine so reichhaltige, daß sie kaum in einer Sitzung erledigt werden kann. Es sind deshalb, falls die Beratungen sich in die Länge ziehen sollten, für die nächste Woche Extrasitzungen in Aussicht genommen worden.

Ununterbrochener Betrieb bei der Straßenbahn. Der Betrieb der Nachtwagen der Straßenbahn ist neuerdings soweit ausgedehnt worden, daß kaum noch eine Pause bis zur Wiederaufnahme des Verkehrs am Morgen übrig bleibt und fast ein ununterbrochener Betrieb stattfindet, wie er bisher nur in der Neujahrsnacht eingerichtet war. So kommt z. B. in der Nacht vom Sonntag zum Montag der letzte Wagen der Linie 74 erst 4.17 in der Mühlenstraße in Schöneberg an. Schon eine halbe Stunde später, 4.52, fährt der erste Straßenbahnwagen von Rixdorf nach Berlin ab. Die neuerdings vielfach geänderten Abfahrtszeiten der Nachtwagen, die nach 1 Uhr nachts verkehren, stellen wir im Folgenden nach dem jetzigen Stande wieder zusammen: Vom Potsdamer Platz geht die Ringbahn nach Süden 1.54, Sonntags auch 2.09, nach Norden 1.43, Sonnabends auch 1.50, Sonntags 1.51. Linie 7 geht 1.21 nach Rixdorf, 1.40 zur Huttenstraße. Sonnabend und Sonntag auch 1.46 nach Osten. Linie 9 geht 2.00 zum Spittelmarkt, 2.27 nach Moabit. 14 verkehrt werktags 1.16, Sonntags 1.08 nach Nordwesten. Linie 40 geht 1.23 nach Westen, 1.08 nach Norden. Linie 51 hat Sonntags einen Wagen 1.24 nach den Westen. Von Linie 54 geht ein solcher Sonntags 1.34, nach Norden 2.34 und täglich nach Norden 1.34. Von 60 geht der letzte Wagen 1.19 zum Rollendorfplatz, von 67 nach Westen werktags 2.59, Sonnabends 3.44 und Sonntags 3.59 nach Westen Werktags 2.59, Sonnabends 3.44 und Sonntags 3.59 bis Mühlenstraße. Nach Osten geht diese Linie 2.06, Sonnabends 2.51, Sonntags 3.01. Die letzten Wagen sind ferner Linie 78 nach Westen 2.20, bis Markusstraße 2.45; 81 nach Westen 1.35, bis Charlottenstraße 1.15; 87 nach Südosten 1.25; 88 täglich nach Westen 1.47, Sonnabends und Sonntags 1.54 bis Mühlenstraße, 1.16 bis Spittelmarkt. Von der Westlichen Vorortbahn geht A 1.19 bis Halensee, C 1.15 bis Schmargendorf und E 1.50.

Stiftung. Das von den Erben des Professors Rudolf Virchow dem Magistrat zur Verfügung gestellte Kapital zur Errichtung einer „Staatsschen Stiftung“ ist mit den Zinsen auf rund 80 000 M. angewachsen. Die Stiftung soll nach den Bestimmungen des Rentners Karl Gg. Hartwig Staats zu Uelzen zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit dienen.

„Die Mörderin“ (L'Omicida). Eine Geschichte vom Gardasee. Das 7. Heft der vom Parteiverlage „Buchhandlung Vorwärts“ in Berlin herausgegebenen illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“ enthält den Schluß der obigen Novelle. Es ist eine Erzählung aus dem sonnigen Italien, in der die Verfasserin die eigenartigen Bewohner in ihrer Melancholie und Leidenschaftlichkeit zeigt. Die überaus spannende Handlung zwingt den Leser zur lebhaften Anteilnahme an dem Schicksal der Heldin der Novelle. Das Heft enthält außerdem die Fortsetzung des Romans „Im Banne der Versuchung“ und im kleinen Feuilleton ein „Läuschen“ von Fritz Reuter „Was ded'st du, wenn du König wirst“; daneben „Dies und Jenes“, „Witz und Scherz“. In jeder Woche erscheint ein Heft für 10 Pf., das in allen Parteibuchhandlungen erhältlich ist. Die bereits erschienenen Hefte dieses Jahrganges können nachbezogen werden.

Von der Verlegung der königlichen Sternwarte am Enckeplatz war schon seit Jahren die Rede. Als Schinkel vor nunmehr siebzig Jahren die Sternwarte errichtete, dachte wohl niemand daran, daß das unfriedete Plätzchen, fernab vom Straßenverkehr, so bald umschlossen sein werde von drei- und vierstöckigen Gebäuden, unfern vom Verkehr der Millionenstadt. Tatsächlich erschweren die Erschütterungen der Fuhrwerke und Maschinen, die elektrischen Leitungsnetze, der ringsum aufsteigende Rauch und Staub die wissenschaftlichen Beobachtungen in hohem Grade. Wie der frühere, so hat auch der jetzige Direktor der Sternwarte dringend um etwas mehr Ruhe, Freiheit und Licht gebeten. Der Plan der Verlegung dieses wichtigen Instituts soll nunmehr endlich greifbare Gestalt gewonnen haben: die Sternwarte wird dem Vernehmen nach in den Grunewald übersiedeln. Dort soll bereits ein geeignetes Terrain in Aussicht genommen sein, für welches eine Größe von acht Hektar verlangt sein soll, damit der Beobachtungsturm nicht wieder eingebaut werden kann. In der Nähe soll seltsamerweise ein großer Turnplatz angelegt werden, der den verschiedenen Vereinen zur Benutzung überlassen würde. Daß der „Volkspark“-Klimbim mit Karussellgerassel den Zwecken der astronomischen Wissenschaft besonders förderlich sei, will uns auch nicht einleuchten.

„Die Existenzfrage“. In der Strafsache gegen den Kaufmann Selbiger, den Inhaber der Zeitschrift „Die Existenzfrage“, wird die Voruntersuchung in Kürze abgeschlossen sein. Vor dem Untersuchungsrichter sind bereits sämtliche Zeugen vernommen worden. Es handelt sich in der Untersuchung um etwa 30 Fälle von Kautionsschwindeleien, die Selbiger zum größten Teil bestreitet. Die Gläubiger, die schon alle Hoffnung auf Wiedererlangung ihres Geldes hatten fallen lassen, sind neuerdings zusammengetreten, um die Fortführung des Geschäfts zu versuchen. Der Untersuchungsrichter hat auf Antrag des Rechtsanwalts Bahn angeordnet, daß Selbiger gegen Stellung einer Kaution in Höhe von 10 000 M. aus der Untersuchungshaft entlassen werden soll. Die Kaution konnte bisher nicht aufgebracht werden. Die Verhandlung gegen Selbiger dürfte sehr umfangreich werden, da wohl über 50 Zeugen geladen werden müssen. Der plötzliche Zusammenbruch der „Existenzfrage“, die angeblich mitunter 12 000 M. Inseratenannahme pro Monat gehabt haben soll, hat allseitig überrascht. Selbiger hat, wie festgestellt, in früheren Jahren große Summen verdient und bis zuletzt Wagen und Pferde gehalten.

Reiche Diebesbeute.

Ein großer Einbruch wurde mit Hülfe von Zentrumsbohrer, Strickleiter und Brechwerkzeug während der Sonntagsruhe am vorgestrigen Nachmittag ausgeführt. Der Wert der aus Goldsachen bestehenden Beute beläuft sich auf nicht weniger als 35 000 Mk. In dem Hause Große Frankfurterstr. 106 befindet sich im Erdgeschoß der Juwelierladen von Grünbaum mit daranstoßender Wohnung. Um 2 Uhr verließ die Familie die Räume, die gut verschlossen wurden. Ein Wächter beaufsichtigt bis 6 Uhr nachmittags die Räume von seiner nahen Wohnung aus und bleibt von da ab beständig vor dem Laden, dessen Schaufenster Sonntags zugehängt sein müssen. Im Innern des Ladens brennt eine Flamme, und der Wächter beobachtet durch die Ladentür hindurch. Die Diebe haben den leerstehenden ersten Stock, der zu einem Wirtshaus hergerichtet wird, benutzt, um in das Goldgeschäft zu gelangen. Sie schnitten aus dem Fußboden ein 1 Meter im Geviert messendes Loch, durchschlugen die Decke und stiegen auf einer Strickleiter in den Laden des Erdgeschosses hinab. Hier haben sie unter den vorhandenen Juwelen und Goldsachen ihre Beute mit Kennerblick ausgesucht, sogar die Waren des Schaufensters hinter dem sonntäglichen Vorhang nicht verschont. Als die Familie Grünbaum gegen Mitternacht heimkehrte, war die Diebesarbeit längst vollbracht, und der ahnungslose Wächter hielt vor dem ausgeplünderten Laden Wache. Die Kriminalpolizei wurde noch in der Nacht gerufen. Zunächst ergab sich, daß im ersten Stock ein neuer Regenschirm zurückgelassen und daß die Tür nur eingeklinkt war. Die Feststellungen führten zu der Tatsache, daß am Nachmittag gegen 5 Uhr zwei Männer das Haus verließen, die eine gelbe und eine schwarze Tasche trugen. Die letztere öffnete sich durch Zufall, und von dem Inhalt fielen verschiedene Goldsachen heraus. Das Publikum beteiligte sich bei dem Auflesen und war so arglos, daß es einen Genossen der Diebe, der eine goldene Uhr einsteckte, unter dem Schimpfnamen „Spitzbube“ zwang, die Uhr dem Verlierer und Dieb wieder herauszugeben. Die beiden Einbrecher gingen dann die Frankfurter bis zur Lebuser Straße hinab, nahmen eine Taxameterdroschke mit rotem Unterbau und mit einem dunkelbraunen Pferd und fuhren nach Osten weiter. Der Kriminalpolizei kommt viel darauf an, daß sich der Droschkenkutscher meldet, der um 5 Uhr nachmittags die Fahrt gemacht hat. Für die Ermittelung der Täter und Beschaffung der Wertsachen setzt der Bestohlene Georg Grünbaum eine Belohnung von 1000 M. aus. Das gestohlene Gut besteht aus 72 goldenen Herrenuhren, 147 ebensolchen Damenuhren, 56 Kravattennadeln mit Brillanten, etwa 40 Broschen, ebenso vielen Ohrgehängen, etwa 80 Uhrketten, aus goldenen Brillant-Colliers und Brillantbroschen.

Ein Fledderer und Dieb, der schon mehrfach mit dem Strafgefängnis Bekanntschaft gemacht hat und keine Wohnung besitzt, der 22 Jahre alte Arbeiter Max Haschke, wurde gestern wiederum auf frischer Tat ergriffen. Ein Kriminalbeamter bemerkte, wie der ihm bekannte Haschke mit einem betrunkenen Manne durch die Frankfurter- und Andreasstraße zog, in mehrere Wirtshäuser einkehrte und schließlich den Weg nach dem Schlesischen Bahnhof zu nahm.

Am Andreasplatz umarmte er seinen betrunkenen Begleiter, machte dann plötzlich kehrt und ging nach der Frankfurterstraße zurück. Der Beamte stellte sofort fest, daß dem angetrunkenen Manne, einem Arbeiter G. aus Rixdorf, die Geldtasche mit Inhalt gestohlen war, verfolgte den Dieb und konnte ihm schließlich das Geld wieder abnehmen. Er leugnete die Tat hartnäckig, wurde aber am Montagmorgen bei einer Gegenüberstellung von G. bestimmt wiedererkannt und dem Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Eine Gefahr für den Fernsprechverkehr bildet eine Eigenart von Dieben, deren Neigung sich auf die Telephondrähte erstreckt. In der Nacht zum 18. d. M. wurden auf der Landsberger Chaussee, kurz hinter dem Wirtshause „Zur weißen Taube", 41 Kilo Bronzedraht abgeschnitten und entwendet. Im ganzen wurden sieben Drähte durchgeschnitten, so daß am nächsten Morgen in jener Gegend kein Anschluß hergestellt werden konnte. In der nächsten Nacht wurden auf der nach Friedrichsberg führenden Chaussee acht Fernsprechleitungen durchgeschnitten und 50 Kilo Bronzedraht gestohlen. Den Tätern ist in beiden Fällen gelungen, die Beute unbemerkt fortzuschaffen. Und auch von den Hehlern, die vermutlich in Berlin zu suchen sind, fehlt bislang jede Spur.

Der Schinkenwettbewerb, der vorige Woche im Hotel Kaiserhof veranstaltet wurde, wird vielleicht noch einen Zivilprozeß zur Folge haben. Der Schlächtermeister Dallmann in Schöneberg hatte ebenfalls einen Schinken zur Ausstellung gesandt, in der Hoffnung, von wegen der Güte seiner Ware eine Prämie zu erhalten. Diese Prämie blieb jedoch aus, und zwar nicht, wie Dallmann behauptet, weil sein Schinken nicht einer Auszeichnung würdig gewesen wäre, sondern aus dem äußerlichen Grunde, daß man vergessen hatte, das Exemplar dieses Schlächtermeisters mit einer Nummer zu versehen. Infolge dieses Versehens kam der Schinken überhaupt nicht zur Konkurrenz. Angeschnitten und verkauft wurde er aber doch. Dallmann will nun, da gütliche Vorstellungen in dieser Angelegenheit erfolglos blieben, durch eine Zivilklage die Kosten retten, die ihm der Schinkenwettbewerb unnütz verursacht hat.

Eine Schießleistung, die allen Respekt verdient, vollführte der Inhaber einer Destillation am Engel-Ufer. Ein Sperberweibchen auf dem Turm der Thomaskirche erregte vielfach die Aufmerksamkeit des Publikums. Manche Taube fiel dem Raubtier zum Opfer. Dem Destillateur K. gelang es, durch einen wohlgezielten Schuß das Tier zu töten. Es gelang dem Schützen auch, den Balg in die Hände zu bekommen; er will das Tier, das 115 Zentimeter Flügelspannung hat, ausstopfen lassen.

Das leidige Abspringen. Zwei Personen kamen am Sonntag beim Abspringen von fahrenden Straßenbahnwagen schwer zu Schaden. Gegen ¼4 Uhr stieg der Schriftsetzer Paul Drost, Ackerstr. 65 wohnhaft, von der Vorderplattform des Straßenbahnwagens Nr. 2055 der Linie Charlottenburg—Stupfergraben kurz hinter der Haltestelle am Brandenburger Tor ab, nachdem sich der Zug bereits wieder in Bewegung gesetzt hatte. D. glitt aus und fiel so unglücklich, daß er besinnungslos liegen blieb. Ein Schutzmann brachte den Verunglückten nach der Charité, von wo er nach Anlegung eines Verbandes wieder entlassen wurde, da sich die Verletzungen als unerheblich herausstellten. — Gegen 6 Uhr nachmittags verließ der Kaufmann Reinhold Zander aus Selchow, der sich besuchsweise in Berlin aufhält, die Hinterplattform des Anhängewagens eines Straßenbahnzuges der Linie 29 (Müllerstraße—Britz) kurz vor der Haltestelle vor der Kottbuser Brücke. Der Schaffner hatte bereits das Haltesignal gegeben und der Wagen befand sich in langsamer Anfahrt nach dem Haltepunkte. Zander glitt jedoch aus, fiel rücklings zu Boden und zwar so unglücklich, daß er eine Gehirnerschütterung erlitt. Er wurde nach dem Kreiskrankenhause Britz gebracht.

Verschwunden ist seit dem 1. Februar der am 3. Juli 1889 zu Freystadt, Kreis Rosenberg, geborene Fräser Albert Unzykowski, der Markgrafendamm 36, 3 Tr. wohnte. Er war am erwähnten Tage auf dem Arbeitsnachweis der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter in der Kleinen Andreasstraße 15 und ist seit seinem Fortgange von dort nicht mehr gesehen worden. Der Verschwundene ist 1 Meter 65 Centimeter groß, trägt hellblondes Haar und ebensolchen Schnurrbart und war bekleidet mit braunem Jackett, schwarzer Hose, steifem, schwarzem Hut und dunkelblauem Ueberzieher. Unzykowski neigt zur Schwermut. Nachrichten über den Verschwundenen wolle man entweder der Frau des Verschwundenen oder dem Verbandsbureau, Kleine Andreasstraße 15, zukommen lassen.

Um ihre ganzen Ersparnisse ist die Frau des Zimmerers Christoph Gothe aus der Britzerstr. 23 gekommen. Die Frau trug der Vorsicht halber das ersparte Geld in den Unterkleidern, um es so vor Diebstahl zu schützen. Am Sonnabend bemerkte Frau Gothe, daß die 560 M., die sie auf diese Weise in einem schwarzen Beutelchen verborgen hatte, verschwunden waren. Sie vermutet, daß es auf dem Wege von der Britzerstraße nach der Kommandantenstraße verloren gegangen ist. Vielleicht verhelfen diese Zeilen dem Ehepaar wieder zu seinem Eigentum; dem Wiederbringer sind 100 M. Belohnung zugesichert.

Ein größerer Dachstuhlbrand kam Sonntag vormittag in der Ackerstr. 161 zum Ausbruch und beschäftigte die Feuerwehr fast zwei Stunden. Das Feuer entstand auf bisher nicht ermittelte Weise auf dem Boden des Quergebäudes, fand hier an dem Inhalt der zahlreichen Bodenkammern reiche Nahrung und wurde erst bemerkt, als gegen 10 Uhr plötzlich Flammen durch das Dach schlugen. Diese griffen nun rasch um sich, sodaß bei Ankunft des 13. Löschzuges schon der größte Teil des Dachstuhles brannte. Es wurden daher sofort zwei Schlauchleitungen in Tätigkeit gesetzt und von verschiedenen Seiten aus vorgegangen. Immerhin dauerte es doch fast eine Stunde, bevor die Gefahr als beseitigt gelten und mit den Aufräumungsarbeiten begonnen werden konnte. Der Dachstuhl ist größtenteils vernichtet worden.

Feuerbericht. Neben dem größeren Dachstuhlbrand in der Ackerstraße 161 hatte die Wehr in den letzten 48 Stunden noch eine ganze Reihe anderer Feuer abzulöschen. Montag vormittag gegen 10 Uhr wurde sie nach An der Jerusalemerkirche 1 gerufen, wo im vierten Stock des Vorderhauses in einer Wohnung durch einen Gaskocher ein Brand entstanden war, der Möbel, Portieren, Türen und Kleidungsstücke erfaßt hatte. Zwei eingeschlossene Kinder im Alter von 1½ und 3 Jahren schwebten hierbei in Erstickungsgefahr, konnten aber vor Eintreffen der Feuerwehr bereits von Hausbewohnern gerettet werden. Das Feuer selbst wurde dann vom 18. Löschzuge mit Leichtigkeit erstickt. — Ein zweiter Wohnungsbrand mußte in der Bartelstr. 12 abgelöscht werden. — Allerlei Gerümpel und alter Hausrat hatte vorher in der Augustsir. 50b in einem Keller Feuer gefangen. Es mußte hier längere Zeit mit einem Rohre Wasser gegeben werden, um die Flammen zu ersticken und auf den Keller zu beschränken. — Nachmittags 3 Uhr waren in der Raumerstr. 53 in einem Schaufenster des Putzgeschäftes von M. Schulenburg verschiedene Maskengarderoben in Brand geraten, dessen Ablöschung aber nur kurze Zeit in Anspruch nahm. — In der Dorotheenstr. 22 brannte dann ein Posten Fett und in der Reichenbergerstr. 141 Lumpen in einer Küche. — Abends gegen 9 Uhr wurde der 18. Löschzug nach der Neuen Grünstr. 14 gerufen, weil dort auf dem zweiten Hofe im dritten Stock des linken Seitenflügels in der Tapisseriefabrik von Gebr. Lax Feuer ausgekommen war, das Regale, Pappen usw. ergriffen hatte. Die Gefahr konnte mit einer Schlauchleitung beseitigt werden. — Außerdem hatte die Wehr noch in der Rückertstr. 2 und am Zionskirchplatz 4 zu tun.

Dem Gedächtnis Otto Erich Hartlebens war der Abend gewidmet, den der Verein zur Förderung der Kunst Sonntag im Gymnasium am Savignyplatz veranstaltet hatte. Oberflächlich betrachtet paßte eine Trauerfeier schlecht zu dem erwählten Programm, das in dieser Faschingszeit der fröhlichen Kunst, dem Scherz, der Satire und der Ironie gewidmet sein sollte. Aber der gute Otto Erich war in seinem ganzen Leben keiner von denen, die auf gemachte Kopfhängerei etwas geben, und so wird ihm auch diese Würdigung seines Andenkens im Tode lieber gewesen sein, als eine nach dem landesüblichen Trauerschema veranstaltete Gedächtnisfeierlichkeit. Herr Heinz Wolfradt, der Vorsitzende der Veranstaltungen, gedachte des Humoristen Hartleben in sinnigen Worten und vergaß nicht zu erwähnen, daß der Verstorbene als Mitbegründer des Vereins zur Förderung der Kunst zu dessen Aufblühen mit beigetragen hat. Dann ehrte Herr Robert Koppel den Dichter durch Vorlesungen aus der Humoreske „Die Geschichte vom abgerissenen Knopf" und der Komödie „Die Erziehung zur Ehe". Allgemeine Fröhlichkeit verbreiteten die vorgelesenen Bruchstücke; ein jeder, der kein Philister ist, wird wünschen müssen, daß auch seine Hinterlassenschaft der Nachwelt so die Sorgen verscheuche.

Der übrige Teil des Abends brachte ein so vielseitiges Programm, daß eine Aufzählung aller Einzelheiten unmöglich ist. Mozart und Rothstein, Goethe und Wildenbruch, von den Modernen Falke, Dehmel und Liliencron nicht zu reden, bestritten im bunten Durcheinander die Kosten. Eine Gesangskünstlerin, bei der Schulung und Stimme gleich prächtig waren, Elsbeth Markiewicz, füllte mit Herrn Koppel den musikalischen Teil des Abends aus. Hübsche eigene Dichtungen trug Herr Rudolf Presber vor. Namentlich seine „Begnadigung" und die Schilderung seiner Leichenfeier gefielen uns.

Das Carl Weiß-Theater hat jetzt Jules Vernes bekanntes Abenteuerstück „Die Kinder des Kapitän Grant" auf seine Bühne gebracht. Das ist für das Theater in der Frankfurterstraße keine Kleinigkeit, und um so mehr muß anerkannt werden, daß die Aufgabe an dieser Stätte gar nicht übel gelöst wurde. Sowohl was die Aeußerlichkeiten betrifft, die an den Maschinenmeister und an den Regisseur weitgehende Anforderungen stellen, als auch im Spiel zeigte die Bühne sich durchweg auf der Höhe, und es freut uns, dies Lob ohne Rückhalt aussprechen zu können. Herr Direktor Fischer gab den Matrosen Bob humorvoll und lebendig, der zerstreute Geograph Paganell wurde von Herrn Litt drastisch dargestellt und Frau Schäfer-Kruse spielte die empfindliche Arabella mit guter Wirkung. Auch die Vertreter der übrigen Rollen, so die jugendlichen Darsteller der Kinder des nach Patagonien verschlagenen Kapitäns spielten ganz vortrefflich. Daß die Ausstattung sich sehen lassen konnte, haben wir schon hervorgehoben. Obgleich das Stück beinahe an die dreißig Jahre alt ist, verfehlte es im Osten ebensowenig seine Wirkung wie früher im Victoria-Theater. Was aber für die Direktion die Hauptsache: das Theater war gut besucht und das Publikum nahm beifallsfreudig das Gebotene entgegen. Ob für das Carl Weiß-Theater doch noch bessere Tage anbrechen?

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter, veranstaltet von der Wildenschaft, Techn. Hochschule, Berlin. Mittwoch abends 8 Uhr wird Herr Dr. Witkop über: Detlev v. Liliencron, ein moderner Lyriker" (mit Rezitationen), in der Aula der Charlottenburger Oberrealschule, Schloßstr. 27, sprechen. Eintrittskarten zu 10 Pf. (Abonnements auf sämtliche Vorträge 50 Pf.) sind an der Abendkasse erhältlich.

Die Freie Volksbühne wiederholt am 26. Februar und am 5. März in zwei Extravorstellungen die Aufführung von M. Gorkis „Nachtasyl". Am Montag, den 27. Februar, findet im Rathaussaale abends 8½ Uhr ein Gorki-Abend statt, bei welchem Dr. Herr Polonskyi einen Vortrag über Gorki hält und die russische Sängerin Vera Goldberg mitwirken wird. Billetts zu diesen Veranstaltungen sind in den neun Zahlstellen zu haben.

Die Matinee, die am 5. Februar zum Besten der streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier vom Gesangverein „Lerche" unter gütiger Mitwirkung des Tambourasche-Chors „Welebit" und der Athletik-Brüder, Mitglieder des Athletenklubs „Atlas 1883", veranstaltet wurde, ergab einen Ueberschuß von 145,10 M.

Theater. Im Luisen-Theater findet am 24. Februar ein Gastspiel des Opern-Theaters des Westens statt. Zur Aufführung gelangt „Lucia von Lammermoor" in vollständig erster Besetzung. — Heute Dienstag gelangt „Götz von Berlichingen" mit den Damen Benkendorff, Schulz, Geitner, Sylva, und den Herren Arnim, Böhm, Majewski, Wald, Oehmig zur Aufführung. — In Henrik Ibsens Schauspiel „Ein Volksfeind", das neu einstudiert im „Lessing-Theater" am nächsten Mittwoch zum erstenmal in Szene geht, sind die Rollen folgendermaßen besetzt: Dr. Stockmann: Albert Bassermann; Frau Stockmann: Else Lehmann; Petra: Marie Urfus; Peter Stockmann: Oskar Sauer; Marten Kiil: Gustav Rickelt; Hovstadt, Redakteur: Bruno Ziener; Billing, Mitarbeiter: Karl Meinhard; Horster, Schiffskapitän: Oskar Fuchs; Aslaksen, Buchdrucker: Karl Forest; ein Betrunkener: Paul Pauli.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg.

In der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung am letzten Montag kamen eine Reihe einzelner Etats zur Beratung, die der Ausschuß erledigt hatte. Im wesentlichen wurde denselben gemäß dem Vorschlage des Magistrats zugestimmt. Der Bauetat (Hochbau) erfordert einen Zuschuß von 29 700 M. Die höheren Schulen erfordern folgende Zuschüsse: Helmholtz-Gymnasium 6000 M., Werner Siemens-Gymnasium 2300 M., Realschule 28 500 M., höhere Mädchenschule 16 600 M., und die Fortbildungsschule erfordert einen Zuschuß von 3090 M. Nach Mitteilung seitens der Schuldeputation soll die Fortbildungsschule voraussichtlich zum 1. Oktober d. J. obligatorisch werden. — Der Verkehrsetat schließt ab mit einer Einnahme von 383 902 M. und einer Ausgabe von 33 700 M., mithin bringt derselbe einen Ueberschuß von 46 135 M.

Sodann ging die Versammlung zu der Beratung des Antrages unserer Genossen über betreffs Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter und erhöhter Bezahlung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit. Die Begründung dieses Antrages übernahm der Genosse Küter, der in ausführlicher Weise darlegte, daß die jetzt bestehenden Löhne (niedrigster Lohn 3,25 M., höchster 4,25 M. pro Tag) in keiner Weise zureichen, um eine menschenwürdige Existenz zu führen. Hinzu kommt noch, daß durch den neuen Zolltarif die Lebensmittel eine erhebliche Steigerung erfahren werden. — Der Antrag wurde zunächst einem Ausschuß von 11 Mitgliedern überwiesen.

Die Stadtverordneten Bellmann, erste Abteilung, und Gallandi (Hausbesitzer), dritte Abteilung, 10. Bezirk, haben ihr Mandat niedergelegt; letzterer infolge des in der vorigen Sitzung gefaßten Beschlusses betr. Ausschließung der Stadtverordneten von städtischen Submissionen. (Ob dem Herrn noch mehrere folgen werden?)

Eingegangen ist ferner ein Antrag, eine gemischte Deputation einzusetzen, um gemeinsam mit dem Magistrat eine Schillerfeier vorzubereiten.

Spandau.

Einen bösen Streich hat der Spandauer Magistrat sich selbst sowohl als der „patriotischen" Sache gespielt, indem er den von den Stadtverordneten zuerst gefaßten Beschluß, den notleidenden Bergarbeiterfamilien eine Beihülfe von 1000 M. zu gewähren, zu Fall brachte. Von nun an muß es auch dem Allerblindesten klar sein, daß unsere Kommunalverwaltungen einzig Instrumente des Klassenstaates, zur Vertretung der nackten Interessen der herrschenden Klasse und zur Bekämpfung der Bestrebungen des erwachten Proletariats sind. So sehr die Vereitelung der Unterstützung der notleidenden Bergarbeiterfamilien aus den Mitteln der Stadt zu bedauern ist, so kann doch mit Genugtuung konstatiert werden, daß es unseren Parteigenossen in der Stadtverordneten-Versammlung vorzüglich gelungen ist, den bürgerlichen Herren die Maske der Arbeiterfreundlichkeit und Unparteilichkeit vom Gesicht zu reißen.

Für das dem Kronprinzen darzubringende Hochzeitsgeschenk wurden hinter verschlossenen Türen tausend Mark bewilligt, für die Not der Bergarbeiter, die durch die Zechenbarone in den Ausstand getrieben sind, ist kein Pfennig übrig. Und wenn schon, so genügt ein Magistratsbeschluß, um die Mehrheit in eine Minderheit zu verwandeln. Alle Achtung vor solcher Arbeiterfreundlichkeit!

Lichtenberg.

In der Gemeindevertretung bezogen von den zehn Gegenständen der Tagesordnung nicht weniger als sechs die Erteilung von Pflasterkonsensen. Die von der Gesellschaft Böhm beantragte Teilanlage der Wördenstraße wurde nicht genehmigt, wogegen den Anträgen aller anderen Gesellschaften zugestimmt wurde. Die Erweiterung des Gemeinde-Gaswerkes, die sich auf 315 000 M. stellt, wurde genehmigt. Besonders befriedigte es die bürgerlichen Vertreter, daß nach Einrichtung des Maschinenbetriebes in der Kokerei etwa 14 000 Mark an Arbeitslöhnen und 6000 M. an Koks erspart werden. Vertagt wurde die Behandlung der Fragen betreffend der von Berlin zu fordernden Beiträge für die Unterhaltung der Volksschulen und der Entscheidung über die Einsprüche gegen die Gemeindewählerliste. Die Vertreter des Besitzes in der ersten und zweiten Wählerklasse glauben sich durch die vom Gemeindevorstand beliebte Auslegung des Forensenwahlrechts bedroht; man kann sich daher auf interessante Erörterungen gefaßt machen.

Wer begnadigt wird. In Festungshaft umgewandelt wurde vom Kaiser im Gnadenwege die dreimonatliche Gefängnisstrafe, welche der Architekt und Maurermeister Thiemann in Potsdam von der dortigen Strafkammer wegen fahrlässiger Tötung erhalten hatte. Thiemann führte vor zwei Jahren den Neubau der höheren [illegible]schule in Potsdam aus, wobei beim Aufbringen eines Trägers das Gerüst zum Teil zusammenstürzte und zwei Arbeiter ihren Tod, andere schwere Verletzungen erlitten. Nachdem alle Rechtsmittel erschöpft waren, rief Thiemann die Gnade des Kaisers an. Die dreimonatliche Festungshaft verbüßt er jetzt in der Citadelle zu Magdeburg.

Zu einem schweren Kampfe mit Berliner Einbrechern kam es am Sonnabend auf dem Bahnhof des Dorfes Velten. In diesem Orte waren in letzter Zeit eine Anzahl verwegene Einbruchsdiebstähle verübt worden. So wurde auch am Donnerstag voriger Woche ein Diebstahl bei einem Kolonialwarenhändler ausgeführt, bei welchem die Verbrecher einen Posten von 2000 Zigarren sowie eine große Menge Kolonialwaren erbeuteten. Der gestohlene Warenposten war so umfangreich, daß die Fortschaffung Schwierigkeiten verursachte, und die Diebe versteckten einen Teil der Beute, um sie später abzuholen. Alle Umstände deuteten darauf hin, daß die Einbrecher jedesmal von Berlin kamen, und so wurde dort die Polizeibehörde von den Vorgängen benachrichtigt. Am Sonnabend fuhr ein Gendarm nach Berlin, um hier genauere Angaben über einen Diebstahl in einem Warenhause zu machen. Als er nach Velten zurückkehrte, bemerkte der Beamte auf dem Bahnhofe zwei ihm verdächtig erscheinende Männer mit großen Paketen und wollte sie anhalten. Beide ergriffen jedoch die Flucht, wurden verfolgt und auch eingeholt. Während es dem Gendarm gelang, den einen Mann ohne Schwierigkeiten zu verhaften, setzte der zweite dem ihm nächsten Verfolger, dem Bahnhofswirt, heftigen Widerstand entgegen. Er verletzte den Wirt durch einen Schlag mit einem stumpfen Instrument nicht unerheblich im Gesicht, lief dann quer über die Felder und entkam auch, allerdings unter Zurücklassung der Beute. Der Verhaftete ist ein bereits vielfach vorbestrafter, in Verbrecherkreisen unter dem Namen „schwerer Karl" bekannter Einbrecher und ehemaliger Schlosser Müller, der über seine Komplizen jegliche Auskunft verweigert. In den beiden Bündeln wurde ein großer Teil der am Donnerstag gestohlenen Waren aufgefunden.

Gerichts-Zeitung.

Ein gewerbsmäßiger Denunziant. Eine unsaubere Erwerbsquelle soll sich der Bureaugehülfe Rosenberg nach Behauptung des Billetthändlers Josef Breitkopf geschaffen haben. Letzterer war gestern wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung vor der achten Strafkammer des Landgerichts I angeklagt. Am 18. Oktober vorigen Jahres wurde Breitkopf auf Veranlassung des Bureaugehülfen Rosenberg vor dem Metropoltheater festgestellt, weil er in unerlaubter Weise den Handel mit Theaterbilletts betrieb. Breitkopf erhielt daraufhin ein Strafmandat über 10 M., gegen welches er Widerspruch erhob, der jedoch vom Schöffengericht verworfen wurde. Vor der Strafkammer behauptete B., sich keineswegs der Uebertretung schuldig gemacht zu haben; der Hauptzeuge Rosenberg habe unter Automobilisten, Radfahrern und Händlern, die sich irgend einer kleinen Uebertretung schuldig gemacht haben, eine gewisse Berühmtheit dadurch erlangt, daß er fast gewerbsmäßig Anzeige erstatte und aus den Zeugengebühren seinen Lebensunterhalt friste. Vor Gericht bestritt der Zeuge dies, mußte indessen auf Fragen des Rechtsanwalts Dr. Davidsohn zugeben, daß er pro Jahr mehrere hundert Anzeigen gegen Automobilisten, Radfahrer und Händler, insbesondere Billetthändler, erstatte und auch in allen Fällen Zeugengebühren erhob. In der Sache selbst mußte der Gerichtshof der Aussage des Zeugen folgen, und erkannte wiederum auf 10 M. Geldstrafe. — Ob denn die Gerichtskasse dem Denunzianten Rosenberg sein schuftiges Handwerk nicht legen kann? Es wird doch sonst streng darauf gesehen, daß keiner bei seiner Zeugenaussage ein Geschäft macht!

Vermischtes.

Bubenhand. Eine Schändung des Weimarer Shakespeare-Denkmals ist Sonntag nacht erfolgt. Rohe Menschen übergossen das Denkmal mit einer schwarzen ätzenden Säure, die es vermutlich vollständig ruiniert hat. Auf die Ergreifung der Täter sind 200 M. Belohnung ausgesetzt. Hoffentlich gelingt es schnell, der infamen Patrone habhaft zu werden. — Der „Köln. Volksztg." zufolge wurden am Südportale des Kölner Domes von den Untersätzen der Statuen mehrere Ornamente von frevelhafter Hand abgeschlagen.

Die Eltern eines deutschen Seemannes gesucht. Die Gewerkschaft der englischen Seeleute „The National Sailors and Firemens Union" in London ersucht uns, folgende Mitteilung zu veröffentlichen: „Die Eltern oder sonstigen Angehörigen des verstorbenen Heizers Karl Zollmann aus Ober-Gruppe bei Graudenz, West-Preußen, werden in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, sich mit der Union schriftlich in Verbindung zu setzen. Die Adresse, an die sie sich zu wenden haben, lautet: W. J. Havelock, Wilson, Central-Office National Sailors and Firemens Union, Maritime Hall, West-India Dock, Road Posslar, London E. — Karl Zollmann ist im Alter von etwa 34 Jahren auf dem Dampfer „Thistleahn" verunglückt, während das Schiff im Hafen von Galveston lag. Er starb dort im Hospital.

Selbstmordversuch. Aus Dresden, 19. Februar, wird berichtet: Der Fabrikant und Hauptmann der Reserve Johannes Bierling hat sich durch einen Schuß in den Kopf zu töten versucht. Die Revolverkugel, die durch das Auge in das Gehirn eindrang, führte aber nicht den sofortigen Tod herbei, für die Erhaltung des Lebens soll indessen wenig Hoffnung vorhanden sein. Bierling ist Mitinhaber der Firma August Ricke, Glasfabrikant zu Deuben bei Dresden, die vor kurzer Zeit in Konkurs geraten ist. Früher betrieb er in Leipzig ein Rohproduktengeschäft en gros, wobei er über eine halbe Million Mark zugesetzt haben soll. Johannes Bierling lebte in Dresden als Garçon.

Eisenbahnunglück. Aus Vicenza wird gemeldet: Der Luxuszug Wien—Nizza fuhr infolge eines falschen Signals auf einen am Bahnhofe haltenden Güterzug auf. Einige Wagen entgleisten, der Maschinist und der Heizer wurden verletzt, letzterer schwer. Die Reisenden blieben alle unversehrt.

Der Ringkämpfer Paul Pons ist, wie aus Paris gemeldet wird, gestern abend in Orange plötzlich im Alter von 41 Jahren gestorben. Er war der bekannteste Ringer, der während der letzten Jahre in Europa und Amerika zahlreiche Siege errang. Ueber seinen Tod verlauten noch keine Einzelheiten. Er sollte nach Paris kommen, um ein Automobil in Empfang zu nehmen.

Fünf Wagen eines Lokalzuges der Eriebahn entgleisten gestern in der Nähe von Fairlawn (New-Jersey). Einige Wagen stürzten den Damm hinunter; 40 Personen wurden verletzt.

In Indianopolis hat eine Feuersbrunst in dem Stadtteile, wo sich die Engrosgeschäfte befinden, großen Schaden angerichtet.

Inventur-

Räumungs-Preise!

Gardinen

abgepasste Fenster,

weis und crême

Shawllänge 3 Mtr.	pro Fstr.	M. 2,50
Shawllänge 3,20 Mtr.	pro Fstr.	M. 3,35
Imit. Point-lace Gardinen, pr. Fstr.		M. 5,85
Eleg. Sezessions-Tüll-Stores		M. 1,65
Gestickte echte Spachtel-Stores		M. 5,65
Goldfarb. reichgestickte Band-Stores		M. 4,85
Tüllbettdecken	190/220 cm.	M. 2,85
Reichgest. Erbstüllbettdecken		M. 5,35

Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin S. Oranien-Straße 158.

Nach auswärts per Nachnahme.

Inventur-Extraliste u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. gratis und franko

Leihhaus

M. Grünberg

gegr. 1891

Friedrichstr. 221, I.

Ecke Puttkamerstraße

zahlt enorm viel 21192*

Geld

für Brillanten, Gold, Silber,

Pfandscheine,

Lagerscheine, Möbel, Waren aller Branchen, Bücher aller Wissenschaften.

Beleihung, Ankauf, Verkauf.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,

Spezialarzt für 72/7*

Haut- und Harnleiden.

10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4.

Hygienische Artikel,

Sanitäre Bedarfsartikel, Gummiwaren etc. v. Prof. und Aerzten vielfach empfohlen.

Apotheker S. Schweitzer's Fabrik hygienischer Präparate.

Berlin O. 27. Holzmarktstr. 70.

5 3/4 Pfund Brot (Backware 6 Std. 10 Pf.) 50 Pf.

Albrechts Bäckereien:

Wrangelstr. 135, Kraustraße 19, Falckensteinstr. 28, Lausitzerstr. 2. Markthalle Pücklerstr., Stand 222/23. Markthalle Andreasstr., Stand 16/18. Centrale: Boxhagenerstr. 13. *

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger-Würzburg. — 20 Pf.

In Berlin:

Salomon-Apotheke, Charlottenstraße. Greif-Apotheke, Barnimstr. 33.

In Breslau: 1637L*

Victoria-Apotheke, Friedr.-Wilhelmstr. 34.

Arbeiter!

Raucht 2026L*

Malinda-Zigarren!

Vertreter: S. Rund, Marsiliusstr. 23.

Grützwurst

jeden Mittwoch frisch zu haben bei Karl König, Inh. Emilie Keiper, Höchstestraße 21. Fernspr. 7a, 7824. *

Mit 3000 M. Anzahlung

ist eine gute Brotstelle durch Uebernahme eines alten Gastwirt-Grundstückes in Schwedt zu erwerben. A. Hitze, Zäckerick.

Wir empfehlen nachstehende Schriften

Leo Tolstoi's,

die zum Teil im Preise bedeutend herabgesetzt sind:

Auferstehung. Geb. Preis 2 M.
Anna Karenina. Geb. Preis 2,50 M.
Krieg u. Frieden. Geb. Preis 2,50 M.

Preis je 1 M.:
Du sollst nicht töten.
Der Sinn des Lebens.
Der Tod.
Unsere Armen und Elenden.
Geld.
Erzählungen eines Markörs.
Polikuschka.
Soldatengeschichten aus dem Kaukasus.
Die Dekabristen.
Sewastopol.
Die Kosaken.

Preis je 30 Pf.:
Jamelpan.
Vernunft, Glaube, Gebet.
Das Nichtstun.
Zur Arbeiterfrage.

Preis je 50 Pf.:
Erinnerungen.
Die Sklaverei unserer Zeit.
Gott und Unsterblichkeit.
Christentum u. Vaterlandsliebe.

Preis je 60 Pf.:
An das arbeitende Volk.
Die Kreutzer-Sonate.
Die sexuelle Frage.
Gegen die moderne Kunst.
Julius.
Meine Beichte.
Nach vierzig Jahren.
Ueber den Sinn des Lebens.
Ueber Krieg und Staat.
Was ist Kunst?
Wirt und Knecht.
Der Roman der Ehe.
Die Macht der Finsternis.
Ein Schicksal.
Jermak u. andere Geschichten.
Iwan der Dummkopf.
Was ist Geld?
Was ist Religion?
Zwei Husaren.
Muß es denn so sein?
Tolstoi und der heilige Synod.
Ueber Gott und Christentum.

Was sollen wir also tun? Preis 90 Pf.
Die christliche Lehre. Preis 1,20 M.
Ueber das Leben. Preis 1,20 M.
Mein Glaube. Preis 1,50 M.

Der neue Katalog

unserer Buchhandlung ist soeben erschienen und gratis zu haben.

Buchhandlung Vorwärts,

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Masken-Garderobe

von 16712*

Carl Ernst,

Köpnickerstr. 126, 1 Tr.

Größte Auswahl!

Billigste Preise!

Vorzeiger dieser Annonce erhält 10%, Preisermäßig.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkreis (Ost).

Dienstag, den 21. Februar, abends 8½ Uhr, in Scheruchs Festsälen, Rüdersdorferstraße Nr. 45:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse** über: „Der Unglaube als Kulturfortschritt". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 242/12*

Gäste haben Zutritt. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Stellmacher.

Dienstag, 28. Februar, ab. 8½ Uhr, in **Dräsels Festsälen**, Neue Friedrichstraße 35:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes über den Stand der Genehmigung der beantragten Statutenänderung vom 28./11. 04 eventuell weitere Beschlußfassung über dieselbe.

2. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 270/12

Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand. J. A.: F. Josewski.

Reichel's

Hustentropfen

unübertroffen wirksam gegen **Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Halsschmerzen** sowie alle **Beschwerden der Atmungsorgane. Fl. 50 Pf. Echt nur mit Marke „Lichtherz", erhältlich in den Drogerien und bei** 21492

Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.

Kraft-Rothwein für Blutarme u. Kranke, ärztlich empfohlen Fl. 1,50 u. 2 M. überall käuflich

Hundekrankheiten

Spezialbehandlung. Tierarzt Philipp, Koppenstr. 9. Poliklinik wochentags 9—11, 4—5, Sonntags nur vormittags.

Gänsefedern 60 Pf.

pr. Pfund (größere zum Reißen). Schlachtfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1,50, füllfertiger Gänserupf M. 2,00, bessere Gänsehalbdaunen M. 2,50, 3,00, beste schneeweiße M. 3,50, russische Daunen M. 3,50, weiße böhm. Daunen M. 5,00, gerissene Federn M. 1,50, 2,00, 2,50. Prima gerissene M. 3,00, 3,50. Versand gegen Nachnahme. Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46a. Erste Bettfedernfabrik m. electr. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

II. Wahlkreis.

Dienstag, den 21. Februar, abends 8½ Uhr:

Versammlung

bei Zühlke, Dennewitzstr. 13.

Tages-Ordnung: 1. **Die Entstehung des Sozialismus und seine weitere Entwickelung.** Referent: Genosse H. Schubert. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Frauen haben Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwarten

210/2 **Die Vertrauenspersonen.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis Süd-Ost.

Dienstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale Südost, Waldemarstraße 75:

Versammlung.

Tages-Ordnung: **Soldatenmißhandlung.** Referent: Reichstags-Abgeordneter **Fritz Zubeil.** 242/11*

Zahlreichen Besuch erwartet. **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Achtung! **Schlosser!** Achtung!

Mittwoch, den 22. Februar, abends 8½ Uhr, bei Buggenhagen, Oranienstr. 147 (am Moritzplatz):

Allgemeine Schlosser-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Vorlage des Vorstandes zum Verbandstag in Leipzig. 2. Diskussion. 3. Bericht über die letzte Sitzung der Schlichtungs-Kommission. 4. Die letzten Vorkommnisse in der Branche.

Mittwoch, den 22. Februar 1905, abends 8½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer:

Bezirks-Versammlung

für den **Süden, Zentrum** und **Südosten.**

Tages-Ordnung:

1. „Unser Verbandstag in Leipzig". Referent: Kollege Cohen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mittwoch, den 22. Februar, abends 9 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45:

Versammlung

d. Gold- u. Silberarbeiter u. verwandt. Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:

1. **Zum Gedächtnis Fr. v. Schiller.** Referent: Schriftsteller Genosse **Davidsohn.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

NB. Sonnabend, den 25. d. Mts., im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15: **Winter-Vergnügen (Kostüm-Fest)** der Gold- und Silberarbeiter usw., bestehend in **„Ein Sommerfest im Grunewald".** Anfang 9 Uhr abends. — Billetts sind zu haben bei den Kollegen Loose, Skalitzerstr. 10; Hollkamp, Fürstenstr. 20; Becker, Prinzenstr. 81.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß noch eine Anzahl Metallarbeiter-Notizkalender zu haben sind, und ersuchen wir, die Bestellungen tunlichst bald aufzugeben.

112/5 **Die Ortsverwaltung.**

Am 18. Februar, nachmittag 12½ Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser Bruder, Schwager und Onkel, der Restaurateur

Emil Stabbert

im Alter von 51 Jahren und 6 Monaten. 2324b

Dies zeigt namens der Hinterbliebenen tiefbetrübt an

Berta Stabbert geb. **Koplack.**

Grünau, den 20. Februar 1905.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Köpenickerstr. 88, aus statt.

Sozialdemokratisch. Wahlverein von Grünau.

Am Sonnabend, d. 18. Februar, verstarb nach langem Leiden an Tuberkulose unser Parteigenosse, der Gastwirt

Emil Stabbert.

Derselbe war bis zu seinem Hinscheiden ein gutes und treues Mitglied unseres Wahlvereins.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause (Köpenickerstr. 88) aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

202/6 **Der Vorstand.**

Köpenick.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts"

Mitgl. d. Arb.-R.-B. „Solidarität".

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges treues Mitglied

Emil Stabbert

nach langem, schwerem Leiden am 18. Februar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause zu **Grünau**, Köpenickerstr. 88, aus statt.

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Ortsverwaltung Grünau.

Am Sonnabend, den 18. d. M., verstarb nach 19wöchigem Krankenlager unser Verkehrswirt, der Genosse

Emil Stabbert.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Wohnung Köpenickerstr. 88 (Zur grünen Ecke) aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

67/14 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Sattler u. Berufsg. Deutschl. „Hoffnung" (E. H. 64).

Nachruf.

Unser Mitglied 2330b

Alfons Wegwitz

ist am 17. Februar verstorben.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung Berlin.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter **Elisabeth** sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Gesellen der Firmen Dietrich, Trochmann u. Schweitzer und Grün unseren innigsten Dank. 2334b

Familie Willi Hans.

Danksagung.

Für die rege Beteiligung und liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage Kollegen, Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.

Frau Henriette Knöchel.

Danksagung.

Dem sozialdemokratischen Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis sowie allen Parteigenossen danken für die herrlichen Kranzspenden und die herzliche Teilnahme bei der Bestattung unseres unvergeßlichen Mannes und Vaters

Wilhelm Friedländer

innigst 2323b

Berlin, 21. Februar 1905.

Malwina Friedländer geb. **Lux.**

Gertrud Friedländer.

Danksagung.

Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir den Freunden und Genossen vom sozialdemokratischen Wahlverein, dem Metallarbeiter-Verband sowie den Kollegen und der Firma Mix u. Genest und auch dem Gesangverein „Melodia" unseren herzlichsten Dank.

Rixdorf, den 20. Februar 1905.

Wwe. Reischock nebst Kindern.

Verlangen Sie ausdrücklich den so vorzüglich schmeckenden

Dänischen Anker-Kautabak.

Echt nur, wenn in jedem Stück — Schleifen oder Rollen — der Firmenzettel **mit Anker** liegt. Nachgeahmten Tabak ohne Zettel weise man zurück. Zu beziehen für Wiederverkäufer nur durch 16472*

Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112. Amt VII, 3861.

Sämtl. Schnupf- u. Rauchtabake, Nordh. Kautabak — en gros.

Josetti-, Garbáty- u. a. Zigaretten zu Original-Preisen.

Die Tambour-Kaffee-Röst-Werke

Berlin SW., Friedrichstraße 49a, Ecke Schützenstraße.

— Probierstube —

arbeiten mit neuestem, das Aroma schützenden

Röster, Kühler, Filter

— D. Reichspatente ang. —

Verkaufen

Gerösteten Kaffee	Pfund 1.00, 1.15, 1.30, 1.50, 1.70, 1.90, 2.20 M.
Gemahlenen Kaffee	Pfund 1.00, 1.15, 1.30, 1.50, 1.70, 1.90, 2.20 M.
Kaffee-Extrakte	garantiert reiner Bohnen-Kaffee, per ½ Liter-Flasche: 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70 Pf. inkl. Flasche.

Frisch geröstet, gut gemahlen, schnell filtriert, Kommt in den Laden und probiert! 71/19*

Wiederverkäufer gegen hohen Rabatt gesucht!

Achtung! Achtung

Fliesenleger-Hülfsarbeiter

Mittwoch, den 22. Februar 1905, abends 8 Uhr:

Außerordentliche Sektions-Versammlung

im Rosenthaler Vereinshause, Rosenthalerstr. 57.

Tages-Ordnung: 1. Die Arbeitseinstellung der Kollegen bei der Firma Ende. 2. Welche Schritte gedenken wir bei denjenigen Firmen zu unternehmen, welche den Vertrag noch nicht unterschrieben haben? 3. Verschiedenes. 32/8

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen unbedingt erforderlich. **Die Ortsverwaltung.**

Fachverein d. Tischler

Berlins und Umgegend.

Heute abend 8 Uhr, im „Fürstenhof", Köpenickerstr. 137:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 186/3

1. Vortrag des Genossen **Stripp** über: „Heine, satirische Werke".
2. Wie verhalten wir uns zur Ignorierung unseres letzten Generalversammlungs-Berichtes seitens des „Vorwärts".
3. Besprechung über die Ausfüllung der von der Geschäftskommission übersandten Fragebogen.

Gäste und Frauen haben Zutritt.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Morgen Mittwoch, den 22. Februar, abends 8½ Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29:

Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: 1. Antrag des Kollegen **Exner** auf Einführung einer Unterstützung in Krankheitsfällen. 2. Beschlußfassung über die Höhe der weiter zu erhebenden Beiträge. 3. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert. — Jede Werkstatt entsende Delegierte.

Donnerstag, den 23. Februar, abends 8½ Uhr:

Branchen-Versammlung der Stellmacher

im „Rosenthaler Hof", Rosenthalerstr. 11/12.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **G. Davidsohn** über: „Russisches Kulturleben". 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

80/10* **Die Ortsverwaltung.**

Noch nicht gedruckte **Original-Romane** im Manuskript für Zeitungen gegen mäßiges Entgelt zu kaufen gesucht.

Offerten unter **C. 8** an die Expedition dieser Zeitung. 2346b*

Für 5 Pfennig

gegen Bartflechte geschützt

ist man nur dann, wenn man bei seinem Barbier die Anwendung des **antiseptischen Rasierpinsels** für den einmaligen Gebrauch verlangt.

Preis 5 Pfennig.

Die unverletzte Verpackung ist in Gegenwart des Kunden zu öffnen und der Pinsel nach dem Gebrauch zu entwerten.

77/11*

Fabrik antiseptischer Rasierpinsel G. m. b. H.

Engros-Vertrieb für Deutschland:

J. Prochownik, Berlin SW., Ritterstr. 51.

Rauchen Vineta No. 8

beste 2 Pf.-Zigarette!

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensors,** sowie **sämtliche Artikel zur Krankenpflege.**

Eigne Werkstatt.

Liefer. f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen

Berlin C.,

30. Linien-Straße 30.

NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Pelotten, angenehm und weich am Körper. 16382*

Wer-Stoff-hat,

fertige Herrenanzug **20 M.**, ohne Konkurrenz, feinste Zutat., 2 Anpr. Für guten Sitz bekam gold. Medaille. **Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II.** (Alexanderplatz). — Gegründet 1892. 16632*

Die chronische Stuhlverstopfung der Säuglinge wird meistens dadurch bewirkt, daß die Kinder in zu frühem Alter zu viel Kuhmilch erhalten, welche sich im Magen des Kindes zu großen, festen Klumpen zusammenballt, und die der Verdauung viel mehr Widerstand leistet als die Muttermilch. Durch den Zusatz von Kufekes Kindermehl zur Kuhmilch wird die Gerinnung derselben im Magen des Kindes eine feinflockige, leichter verdauliche und der Nährwert der Milch durch die in dem Kindermehl enthaltenen Mineral- und Eiweißstoffe bedeutend erhöht.

Möbel- und Polsterwaren-Fabrik

von 19372*

A. Schulz

Reichenbergerstraße 5

empfiehlt Einrichtungen von 240 bis 5000 M. von nur anerkannt gediegener Qualität zu äußerst billigen Preisen.

Streng reelle und gewissenhafte Bedienung.

Kulanteste Bedingungen.

Telephon: Amt IV 6877.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Grosshandlung u. Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. *

Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** (Garbáty, Josetti usw.) zu Originalpreisen.

Amt 4, 3014.

Karneval- und Kotillon-Artikel:

Humoristische Kopfbedeckungen, Damenspenden, Masken und Nasen, Festpolonaisen.

Größte Auswahl — billigste Preise.

Pohl & Weber Nachf.

Berlin S., Neue Jakobstr. 8 I.

Zweiggeschäft: Alexanderstr. 51/52 I.

Kataloge gratis und franko. Versand nach ausserhalb prompt.

Leihhaus

Berlin, Anklamerstr. 2. Charlottenburg, Friedrich Karlpl. 12.

Beleihung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Bücher, Wäsche, Kleidungsstücke etc. 17732*

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen

zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt

Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Tor. *

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn, spottbilliger Gardinenverkauf, Wäscheverkauf. †45*

Spottbilliger Teppichverkauf, Tischdecken, Steppdecken. Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †45*

Garderoben, Taschenuhren, Regulatoren, Freischwinger, Schmucksachen, spottbillig Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. Verkaufszeit genehmigter Ladenschluß. †45*

Spottbilliger Ausverkauf verfallener Pfandstücke, Resteverkauf. Weidenweg neunzehn. 45*

Bekanntmachung! Empfehlenswerte Einkaufsquelle ist Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †45*

Spottbilliger Bettenverkauf, Bettinlette, einschläfrig, zweischläfrig. Pfandleihe Weidenweg neunzehn. †45*

Pfandleihe Küstrinerplatz 7 verkauft spottbillig Gardinen, Tischdecken, Teppiche, Wäsche, Steppdecken, Betten, Wanduhren, Taschenuhren, Ketten 2c.

Herrenanzüge, Hosen spottbillig Pfandleihe Küstrinerplatz 7. 3078*

Betten, Stand 11, zweischläfrig 16 Mark, Gubenerstraße 3, Pfandleihe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Herrenanzüge, Paletots, zurückgesetzte, hochvornehme, 18,00—38,00. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I Treppe. 2878*

Töbs, Paul, Schneidermeister, Insterburgerstraße 16, Laden. Frühjahrs-Neuheit. Reichhaltiges Lager in-, ausländischer Stoffe. †143*

Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Reste spottbillig Charlottenburg, Goethestraße 76. Kein Laden. 21165*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 142/12*

Reichgestickte Portieren, Filztuch 4.85, Wollläufer 5.25, Plüsch 8.85, ganze Dekoration. Inventur-Räumungspreis. **Teppichhaus Emil** Lefèvre, Oranienstraße 158. 2808*

Inventur-Extraliste spottbilliger Artikel gratis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 2828*

Möbelfabrik Oranienstraße 58, am Moritzplatz, direkt Fabrikgebäude, kein Laden. Wegen Aufgabe der Lieferungen an Wiederverkäufer gebe jetzt direkt an Privatleute zu bedeutend ermäßigten Preisen folgendes: Kleiderspind 23, Schlafsofa 30, Chaiselongue 17, Bettstelle mit Matratze 19, Trumeau 30, Muschelspind 27, Paneelsofa 50, Plüschsofa 42. Das 25jährige Bestehen meines Geschäftes bürgt für Reellität. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Teilzahlung gestattet. 3038*

Möbeltischlerei liefert geschmackvolle Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel. Moderne Küchen. Große Auswahl. Kein Laden, nur Keller und Hinterräume. Teilzahlung. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124. 2845*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35b. 2018*

Große Diwandecken 4,35, Karamani doppelseitig 7,50, Pa. Plüsch 20,00. Inventur-Extrapreis Teppichhaus Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte, spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 18135*

Milchgeschäfts-Einrichtungen, Milchkübel, Kannen, Maße, Milchsiebe, Wiegeschalen, Buttermaschinen usw. billigst Jordan, Michaelkirchstraße 21.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. *

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Große Frankfurterstraße 56, Skalitzerstraße 40. 3218*

Wringmaschinen, Zinkwaschfässer, Waschmaschinen, Zober, Sitzwannen, beste Ware. Teilzahlung gestattet. Postkarte. Kottloff, Skalitzerstr. 108. *

Strickmaschinen, auch Teilzahlungen, Brederеck, Engel-Ufer 20. *

Gaskocherhaus! Zweilochgaskocher! 3,00. Dreilochgaskocher! 6,00. Gasbügelapparat spottbillig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. *

Abessinerpumpen von 8,00 bis 100,00. Sauger, Einzelteile, gebrauchte Pumpen, Schläuche billigst. Werkzeuge leihweise umsonst. Geöffnet bis 9 Uhr, auch Sonntags. Pumpenfabrik Wolff, Ackerstraße 81. 3138*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Restauration, sichere Existenz, Miete 1260,00, sofort billigst mit Warenvorräten zu verkaufen Quitzowstraße 89, Brauerei-Niederlage. *

Restaurant im Osten, Vereinszimmer mit Pianino, mehrere Zahlstellen, preiswert zu verkaufen. Nähere Auskunft bei Wengels, Große Frankfurterstraße 133. †44*

Uhr als Zugabe erhält diese Woche Käufer einer Nähmaschine ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60.

Nähmaschinen ohne Anzahlung, 10,00 Vergütung. Postkarte. Breitholz, Ackerstraße 10. 23335

Acht Zimmer Möbel, Taschensofa 50,00, Kleiderspinde, Vertiko, elegant, 35,00, Sofa-, Auszieh-, Speisetisch 11,00, Teppich, Bilder 3,00. Köpenickerstraße 126a, I. 2344b

Bobbin 52,00, Ringschiffchen 38,00, beide (Singer) große Schneidermaschinen, fast neu, wenig gebraucht, tadellos nähend, wegen Aufgabe, Brauser, Zorndorferstraße 50, vorn III.

Brennaborrad, Singerringschiff spottbillig. Westphal, Wollinerstraße 8.

Zigarrengeschäft, 22 Jahre bestehend, umständehalber billig zu verkaufen. Auskunft Grohme, Markusstraße 52. †46*

Kinderwagen, gut erhalten, verkauft Hoerner, Zorndorferstraße 48, Quergebäude II. †46

Plüschsofa, zwei Bettstellen, Teppich dringend verkäuflich Stettinerstraße 56a III links. 2338b

Restauration, gutgehende, zu verkaufen Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 141, an der Bismarckstraße.

Kanarienroller 6,00, Vorschläger Seifertstamm, Zuchtweibchen 1,00, Schloßplatz 2. 79/12

Kanarienhähne 4 Mark an. Seibel, Tegelerstraße 29. †150

Singermaschine, wenig gebraucht, 15,00. Langestraße 25, vorn III. Göke.

Selten wiederkehrender Gelegenheitskauf! Raummangels elegantes Taschensofa 42,00, Polsterstühle 3,00, Salongarnitur 75,00, großer Trumeau 33,00, Salontisch 13,00, Küchenmöbel spottbillig, echt fournierte Muschelschränke 40,00, komplette nagelneue Muschelbettstellen 34,00, Verschiedenes jedem Preise. Perlebergerstraße 14, Restaurant. 23436

Nähmaschinendepot Wienerstraße 6, Ackerstraße 113 liefert sofort sämtliche Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Mark. Fünfjährige Garantie, gebrauchte Maschinen spottbillig. 23455

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Betten, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 23275*

Gardinenausverkauf wegen Abbruch des Hauses. Stores, Tüllbettdecken enorm billig! Gardinen-Versandhaus Krausenstraße 36, Dönhoffplatz. 23325*

Herren-Garderobe nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauft beim Handwerker, lasset den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. F. Dörge, Dresdenerstraße 109.

Brillanten, Ringe, Uhren, Gold- und Silberwaren 2c. kauft man am billigsten bei Broh, Wrangelstraße 4. (Stets Gelegenheitskäufe.) Telephon Amt 4, 6958. 79/9*

Federbetten, Stand 20 Mark, 5 Zimmer Möbel Aufgabehalber billig Dresdenerstraße 38, vorn II links. *

Möbelverkauf in meiner Möbelfabrik Wallstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgesetzte und verliehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderspind, Vertiko 27,00, Ausziehtisch 16, Muschelbettstelle mit Federmatratze und Keilkissen 36, Taschensofa 50, Paneelsofa 70, Waschtoilette 20, Ruhebett 25, ganze Einrichtungen billigst. Transport frei. 79/13*

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Landsbergerstraße 75. 8088*

Nähmaschinenreparaturen werden schnell und billig in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. Bellmann, Gollnowstraße 28, nahe der Landsbergerstraße. 2226*

Küchenmöbel streicht Rönspies, Friedenstraße 97. 18575

Aufpolsterung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch außerm Hause. Bachmann, Blumenstraße 35b. 2028*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 3018*

Lexika und alle andren Bücher kauft, beleiht Antiquariat, Kochstraße 56 I. Amt I 8831. *

Platina, alte Zahngebisse, allerhöchste Preise. Ackerstraße 74 II, nicht Laden. 23135*

Achtung, Gewerkschaften, Vereine! Meinen 1000 Personen fassenden Garten mit Spezialitätenbühne nebst großem, neu renoviertem Festsaal empfehle ich bedingungslos zu Frühjahrs- und Sommer-Festlichkeiten zur gefälligen Benutzung. J. Bernau, Schwedterstraße 23. 3198*

Vereinszimmer 25, 40, Saal 150 Personen, Pianino, zwei Kegelbahnen, vergibt Ladewig, Alte Jakobstraße 83. 2478*

Vereinszimmer mit Pianino, 30 und 50 Personen, zu vergeben. Moritz Mix, Skalitzerstraße 59. †14*

Platinaabfälle kauft Lindenstraße 103. 23286*

Platina, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Blattgold, Kehrgold, Staubgold, Tressen, Stanniolabfälle kauft Goldschmelze Broh, Wrangelstraße 4. Fernsprecher Amt IV, 6958. 79/4*

Berolina-Festsäle, Schönhauser Allee 28. Empfehle meine drei Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen. Vereinszimmer, Kegelbahnen zu vergeben. Schütz. †65

Umzüge jeder Art macht billig Lothringerstraße 111, Lokal. 2331b*

Kaufgesuch. 1500 Mark Anzahlung suche Arbeiterlokal. Bin Selbstkäufer. Ausführliche Offerten unter B. 8 an die Expedition des „Vorwärts". 23366*

Aufpolsterung. Sofas, Matratzen. Scheidt, Petersburgerstraße 18. †46*

Verschiedenes.

Sprachen, Deutsch, Französisch, Englisch. Lehrinstitut Karlstraße 26. *

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Rat in Patentsachen. 21545*

Hunde-Krankheiten Spezial-Behandlung. Tierarzt Philipp, Koppenstraße 9. Poliklinik wochentags 9—11, 4—5, Sonntags nur vormittags. K*

Pahr wohnt Brunnenstraße 116.

Pfandleihe Markusstraße 27. 22075

Vermietungen.

Barbierladen billig zu vermieten Weißensee, Kölkestraße 137. 131/20*

Wohnungen.

Barbierladen, 5 Jahre bestehend, 2 Stuben und Küche, Hofwohnungen Stube und Küche zum 1. April 1905 zu vermieten Wallnerstraße 17. 17836

Billige Wohnung, zwei Stuben und Küche, vermietbar Heidenfeldstraße 14. 22006

Billigst ein- und zweizimmrige Wohnungen, vorn und Hof, sofort und später, Hübnerstraße 5. 78/19*

Wohnungen, ein- und zweizimmrig, vorn und Hof, per April, billigst Zellestraße 15. 78/20*

Wohnungen, ein- und zweizimmrig, billigst sofort und später, Hübnerstraße 6. 79/2*

Schreinerstraße 19 vermietet Stube, Küche, 18,00. 16606*

Wohnungen nahe Bahnhof Hermannstraße, Ecke Warthestraße, 3, 2 und 1 Stube mit vielem Nebengelaß sowie Läden mit Wohnung, zu jedem Geschäfte passend, sofort preiswert. Näheres Rixdorf, Warthestraße 4, I. 19665*

Zimmer.

Möblierte Stube, Teilnehmer, Miete, Kaffee, Stiefelputzen 15 Mark. Dresdenerstraße 18, vorn III. 23415

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle an zwei Herren, Dresdenerstraße 58 III rechts.

Möblierte Schlafstelle, separat, Wallstraße 21/22, Quergebäude. Garth.

Mietsgesuche.

Kaufmann sucht ungeniert möbliertes Zimmer, monatlich 15 Mark. Nähe Zimmerstraße. Offerten unter H. 25, Postamt Zimmerstraße. 2337b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Schmelzer, Gesangshumorist, Stettinerstraße 57. †105*

Stellenangebote.

Schlosserlehrling verlangt Neue Königstraße 72. 132/2*

Farbigmacher verlangt Saarbrückerstraße 30. †65

Schraubendreher verlangen Gebrüder Montigel, Chausseestraße 2 E.

Guten Nebenverdienst für Bauhandwerker, speziell Klempner und Dachdecker, weist nach. Gefällige Angebote unter A. 8 an die Expedition dieses Blattes. 2321b*

Schlosserlehrling verlangt Wille u. Engwer, Kunstschmiede, Wilhelmshavenerstraße 16. †65*

Arbeiterin auf Jacketts verlangt Bankstraße 5 I. †98*

Mamsells auf Paletots verlangt Best, Schönleinstraße 7. †120

Tüchtige Vergolderin verlangt Barthels, Goldleistenfabrik, Michaelkirchstraße 17. 23355

Stepperinnen, Handnäherinnen verlangt Schrager, Keibelstraße 4.

Dienstmädchen erhalten guten Dienst bei Klara Hein, Stellenvermittlerin, Linienstraße 8. †147

Tüchtige Arbeiterinnen für Jacketts und Kostüme verlangt Atelier Otto Kohlmann, Kurstraße 40. 2326b

Mamsells auf Staubmäntel außer dem Hause verlangt Wieland, Rixdorf, Weserstraße 200 II. 2272b

Frauen finden durch Zeitungsaustragen dauernde und lohnende Beschäftigung. Schützenstraße 24/25, parterre rechts. *

Frauen finden durch Zeitungsaustragen dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9—12 Uhr Prinzenstraße 41 im Keller.

Frauen finden durch Zeitungsaustragen dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen Potsdamerstraße 38, Eingang Lützowstraße, im Laden. 79/5*

Frauen finden durch Zeitungsaustragen dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9—12 Uhr Mittenwalderstraße 6 im Laden. *

Handarbeiterin für Kurbelstickerei findet gut bezahlte, dauernde Stellung. Rosenberg, Oranienstraße 98. 22055*

Lehrdamen, Kostümröcke, Blusen, nachher Beschäftigung. Blumenstraße 9. 77/15*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

50 Maurer gesucht. 23255 **Pumpstation Schöneberg, Speyererstraße.**

Rahmenmacher!

Die Firma **Gost u. Co.,** Kurfürstenstraße 146, ist für Rahmenmacher, Tischler, Polierer, Glaser, Vergolder und Buchbinder wegen Differenzen gesperrt.

77/14 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter, Tischler u. Polierer!

In der Pianofabrik von **Rösener** befinden sich die Kollegen noch im Streik. Der Betrieb ist für sämtliche Arbeiter gesperrt.

Die Zehnerkommission.

Stockarbeiter!

Die Arbeiter der Firma **Julius und Hermann Gembicki, Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102,** befinden sich im Streik. 18/16*

Zuzug ist fernzuhalten!

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kistenmacher und Holzarbeiter!

In der Kistenfabrik von **Müller,** Charlottenburg, Helmholtzstraße, sind Differenzen ausgebrochen. 80/6*

Zuzug ist fernzuhalten!

Der Holzarbeiterverband. Verein der Kistenmacher.

Verband der Glaser!

Achtung Glaser!

Achtung Bauhandwerker!

Wegen Tarifdifferenzen ist die Firma Schmerler u. Co. (Daniel Glaser), Schützenstr. 73 und Spichernstraße 4, für Glaser gesperrt.

Die Ortsverwaltung.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.